

1959	Ausgegeben zu Bonn am 14. März 1959	Nr. 10
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
12. 3. 59	Verordnung zur Änderung einkommensteuerlicher Durchführungsvorschriften	89
13. 3. 59	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1958	120
6. 3. 59	Fünfte Verordnung zur Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes	150
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	152

In Teil II Nr. 1, ausgegeben am 21. Januar 1959, sind veröffentlicht: Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Südafrikanischen Union zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Einkünften aus dem Betrieb der Seeschifffahrt und der Luftfahrt. — Bekanntmachung zu dem Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über Handelsbeziehungen. — Bekanntmachung über die Änderung des Anhangs II des Internationalen Übereinkommens über den Freibord der Kauffahrteischiffe. — Bekanntmachung über Enteignungen für Zwecke der Deutschen Bundesbahn.

In Teil II Nr. 2, ausgegeben am 7. Februar 1959, sind veröffentlicht: Bekanntmachung über eine Ergänzung der Anlage III des Protokolls Nr. III zu dem revidierten Brüsseler Vertrag. — Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Januar 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen. — Gesetz zu dem Vierten Zusatzabkommen vom 1. November 1957 zum Zollvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft. — Verordnung über Erläuterungen zum Deutschen Zolltarif 1959.

In Teil II Nr. 3, ausgegeben am 11. Februar 1959, sind veröffentlicht: Gesetz zu den Protokollen vom 14. Juni 1954 über Änderungen des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt. — Gesetz zu dem Abkommen vom 29. August 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Brasilien über den planmäßigen Luftverkehr. — Gesetz zu dem Abkommen vom 31. August 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Uruguay über den Luftverkehr. — Gesetz zum Übereinkommen Nr. 97 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über Wanderarbeiter (Neufassung 1949). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ihres Protokolls vom 20. März 1952 sowie über die Erklärung im Sinne des Artikels 25 der Konvention (Ratifikation durch Österreich).

Verordnung zur Änderung einkommensteuerlicher Durchführungsvorschriften.

Vom 12. März 1959.

Auf Grund des § 51 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 23. September 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 672) und des Artikels 6 Abs. 3 Ziff. 4 des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 306) ist weiterhin anzuwenden. Sie wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält die folgende Fassung:

„(1) Eine Rückstellung für Pensionsanswartschaften kann nur für Versorgungsansprüche gebildet werden, die auf einer

vertraglichen Pensionsverpflichtung beruhen oder sich aus einer Betriebsvereinbarung, einem Tarifvertrag oder einer Besoldungsordnung ergeben. Eine auf betrieblicher Übung oder dem Grundsatz der Gleichbehandlung beruhende Pensionsverpflichtung gilt nicht als vertragliche Verpflichtung im Sinn des Satzes 1.“

b) Absatz 4 wird gestrichen.

2. Hinter § 11 werden die folgenden §§ 11a und 11b eingefügt:

„§ 11a

Weitere Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen

(1) Statt des in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahrens kann der Steuerpflichtige andere der kaufmännischen Übung entsprechende Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen anwen-

den, wenn sich danach für das erste Jahr der Nutzung und für die ersten drei Jahre der Nutzung insgesamt nicht höhere Absetzungen für Abnutzung als bei dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahren ergeben.

(2) Ein Wechsel zwischen dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten und einem nach Absatz 1 anwendbaren Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen sowie zwischen mehreren nach Absatz 1 anwendbaren Verfahren ist nicht zulässig.

(3) Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen sind die Vorschriften des § 7 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 des Gesetzes zu beachten.

§ 11 b

Buchmäßige Voraussetzungen für die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen

Die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes, § 11 a) ist nur bei den beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens zulässig, über die ein besonderes Verzeichnis geführt wird, das die folgenden Angaben enthält:

Tag der Anschaffung oder Herstellung,
Anschaffungs- oder Herstellungskosten,
voraussichtliche Nutzungsdauer,
Höhe der jährlichen Absetzung für Abnutzung.

Steuerpflichtige, bei denen diese Angaben aus der Buchführung ersichtlich sind, brauchen ein besonderes Verzeichnis im Sinn des Satzes 1 nicht zu führen."

3. Im Gesetzeshinweis vor § 12 werden die Worte „und §§ 7 c, 7 d Abs. 2 und § 7 f des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953“ gestrichen.

4. § 12 Abs. 1 erhält die folgende Fassung:

„(1) Bei Land- und Forstwirten liegt eine ordnungsmäßige Buchführung im Sinne des

§ 6 Abs. 2 des Gesetzes,
§ 7 a des Gesetzes,
§ 7 c Abs. 1 des Gesetzes,
§ 7 e Abs. 2 des Gesetzes,
§ 10 a des Gesetzes,
§ 10 d des Gesetzes,
§ 34 b Abs. 4 Ziff. 3 des Gesetzes,
§ 76,
§ 79 und
§ 82

vor, wenn Bücher geführt werden, die mindestens den Anforderungen der Verordnung über landwirtschaftliche Buchführung vom 5. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 908) entsprechen.“

5. In § 13 Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „nach §§ 1, 4 und 167“ durch die Worte „nach §§ 1, 4, 149 und 167“ ersetzt.

6. Der Gesetzeshinweis vor § 21 erhält die folgende Fassung:

„Zu § 7 d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957“.

7. In § 21 werden hinter den Worten „des Gesetzes“ die Worte „in der Fassung vom 13. November 1957“ eingefügt.

8. Hinter § 21 wird der folgende § 21 a eingefügt:

„§ 21 a

Überleitungsvorschrift zu § 7 d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957

Die Bewertungsfreiheit des § 7 d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 kann für ein nach dem 10. Juni 1958 hergestelltes Schiff auf Antrag in Anspruch genommen werden, wenn das Schiff vor dem 11. Juni 1958 bestellt und angezahlt oder wenn vor diesem Zeitpunkt mit seiner Herstellung begonnen worden ist. Weitere Voraussetzung ist, daß das Schiff vor dem 1. Januar 1961 geliefert oder fertiggestellt worden ist.“

9. § 29 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Worte „vor Ablauf von drei Jahren“ durch die Worte „bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von zehn Jahren, bei vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von drei Jahren“ ersetzt.
- b) Absatz 2 erhält die folgende Fassung:

„(2) Die Bausparkasse hat dem für ihre Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73 a der Reichsabgabenordnung) unverzüglich die Fälle anzuzeigen, in denen, außer im Fall des Todes des Bausparers, vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. bei nach dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Bausparverträgen

a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,

b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder

c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil beliehen werden;

2. bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Bausparverträgen

a) ein Tatbestand der Ziffer 1 vorliegt oder

b) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil abgetreten werden.

In den Fällen, in denen die Bausparsumme ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag beliehen werden, entfällt die Anzeigepflicht, wenn der Bausparer die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet.“

c) Absatz 3 erhält die folgende Fassung:

„(3) Der Steuerpflichtige hat dem für seine Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73 a der Reichsabgabenordnung) die Abtretung und die Beleihung (Absatz 1 Ziff. 3, Absatz 2 Ziff. 1 Buchstabe c und Ziff. 2) unverzüglich anzuzeigen.“

10. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Worte „und Bausparverträgen“ gestrichen.
- b) In dem bisherigen Absatz 1 werden die Worte „vor Ablauf von drei Jahren“ durch die Worte „bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von zehn Jahren, bei vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von drei Jahren“ ersetzt.
- c) Absatz 2 wird gestrichen.

11. Hinter § 30 wird der folgende neue § 31 eingefügt:

„§ 31

Nachversteuerung bei Bausparverträgen

(1) Eine Nachversteuerung ist durchzuführen, wenn, außer im Fall des Todes des Bausparers oder des Eintritts seiner völligen Erwerbsunfähigkeit, vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. bei nach dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Bausparverträgen
 - a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
 - b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
 - c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil beliehen werden;
2. bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Bausparverträgen
 - a) ein Tatbestand der Ziffer 1 vorliegt oder
 - b) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil abgetreten werden.

§ 30 ist entsprechend anzuwenden.

(2) In den Fällen, in denen die Bausparsumme ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag beliehen werden, ist eine Nachversteuerung nicht durchzuführen, soweit der Bausparer die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet.

(3) Im Fall der Abtretung der Ansprüche aus dem Bausparvertrag ist die Nachversteuerung auszusetzen, wenn der Abtretende eine Erklärung des Erwerbers, die Bausparsumme oder die auf Grund einer Beleihung empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau für den Abtretenden oder dessen Angehörige im Sinn des § 10 des Steueranpassungsgesetzes zu verwenden, beibringt.“

12. Die §§ 32 bis 42 werden gestrichen.

13. § 43 erhält die folgende Fassung:

„§ 43

Überleitungsvorschrift zu § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe d des Einkommensteuergesetzes 1953 und zu § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957

(1) §§ 21, 23 Satz 3 und 4, §§ 24 bis 28 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung

(EStDV 1953) vom 31. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 67) sind weiter anzuwenden, wenn der Steuerpflichtige Beiträge auf Grund eines vor dem 1. Januar 1955 abgeschlossenen Sparvertrags mit festgelegten Sparraten (§ 20 EStDV 1953) geleistet oder Sparbeiträge im Sinn der §§ 18 und 20 der bezeichneten Verordnung für den steuerbegünstigten Erwerb von Wertpapieren nach § 38 Abs. 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) vom 21. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 756) oder nach § 38 a Abs. 2 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 306) verwendet hat. Bei Sparverträgen mit festgelegten Sparraten ist Voraussetzung, daß der Steuerpflichtige mindestens den ersten Sparbetrag vor dem 1. Januar 1955 eingezahlt hat.

(2) §§ 33, 33 a, 35 bis 36 a, 38 Abs. 1 Satz 2 bis 4, § 38 a Abs. 1 letzter Satz und Abs. 3, §§ 39 bis 42 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 in Verbindung mit § 38 Abs. 2 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) vom 21. Dezember 1955 sind weiter anzuwenden, wenn der Steuerpflichtige Beiträge auf Grund von nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Kapitalansammlungsverträgen geleistet hat oder leistet oder wenn der Steuerpflichtige nach dem 31. Dezember 1954 und dem vor 1. Januar 1959 Sparbeiträge im Sinn der §§ 32 und 34 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) vom 21. Dezember 1955 oder der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 für den steuerbegünstigten Erwerb von Wertpapieren nach § 38 Abs. 1 der bezeichneten Verordnung vom 21. Dezember 1955 oder nach §§ 38 und 38 a Abs. 1 der bezeichneten Verordnung vom 26. April 1958 verwendet hat.“

14. Hinter § 43 wird der folgende neue § 44 eingefügt:

„§ 44

Überleitungsvorschrift für den Abzug von Beiträgen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes 1957 und des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957

Nach dem 31. Dezember 1958 geleistete Beiträge im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1793) und im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Gesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441) und des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957, die nach Artikel 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473) weiterhin als Sonderausgaben abzugsfähig sind, können zusammen mit den Sonderausgaben im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 des Gesetzes bis zu den in

§ 10 Abs. 3 Ziff. 3 des Gesetzes bezeichneten Höchstbeträgen abgezogen werden."

15. Die §§ 44 a und 44 b werden gestrichen.

16. § 49 erhält die folgende Fassung:

„§ 49

Förderung staatspolitischer Zwecke

(1) Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke können nur abgezogen werden, wenn sie an eine durch besondere Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates anerkannte juristische Person gegeben werden, die nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung

1. ausschließlich staatspolitische Zwecke verfolgt und
2. weder eine politische Partei ist noch ihre Mittel für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

Staatspolitische Zwecke im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die auf die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes und in Berlin (West) gerichtet sind; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatspolitischer Art verfolgen oder die auf den kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind.

(2) Die Empfängerin der Zuwendungen muß bestätigen, daß sie den ihr zugewendeten Betrag und ihre übrigen Mittel nur für staatspolitische Zwecke (Absatz 1), nicht aber für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet."

17. Im Gesetzeshinweis vor § 52 und in der Überschrift des § 52 werden hinter den Worten „des Gesetzes“ jeweils die Worte „in der Fassung vom 13. November 1957“ angefügt.

18. § 54 wird gestrichen.

19. § 56 erhält die folgende Fassung:

„§ 56

Steuererklärungspflicht

(1) Unbeschränkt Steuerpflichtige mit Ausnahme der in § 1 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Personen haben eine jährliche Steuererklärung über das im abgelaufenen Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) bezogene Einkommen in den folgenden Fällen abzugeben:

1. Ehegatten, bei denen in dem Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum), für das die Steuererklärung abzugeben ist, die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorgelegen haben,
 - a) wenn keiner der Ehegatten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, bezogen hat und
 - aa) die Summe der Einkünfte beider Ehegatten 3820 Deutsche Mark oder mehr betragen hat oder

bb) die getrennte Veranlagung nach § 26 a des Gesetzes gewählt wird;

b) wenn mindestens einer der Ehegatten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, bezogen hat und

aa) die Einkünfte beider Ehegatten zusammen mehr als 24 636 Deutsche Mark betragen haben oder

bb) eine Veranlagung nach § 46 Abs. 2 des Gesetzes in Betracht kommt;

2. andere unbeschränkt steuerpflichtige Personen,

a) wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte 1910 Deutsche Mark oder mehr betragen hat und darin keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten sind;

b) wenn in dem Gesamtbetrag der Einkünfte Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten sind und

aa) der Gesamtbetrag der Einkünfte mehr als 24 636 Deutsche Mark betragen hat oder

bb) eine Veranlagung nach § 46 Abs. 2 des Gesetzes in Betracht kommt.

Eine Steuererklärung ist außerdem abzugeben, wenn eine Veranlagung nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes beantragt wird (§ 72 Abs. 1). Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung entfällt, wenn nach Durchschnittssätzen zu ermittelnde Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft bezogen worden sind und die übrigen Einkünfte nicht mehr als 600 Deutsche Mark betragen haben.

(2) Zu den Einkünften, die der Steuerpflichtige in seiner Steuererklärung anzugeben hat, gehören auch die mit seinen Einkünften zusammenzurechnenden Einkünfte der Kinder, die mit ihm nach § 27 des Gesetzes zusammen veranlagt werden.

(3) Beschränkt Steuerpflichtige und die in § 1 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Personen haben eine jährliche Steuererklärung über ihre im abgelaufenen Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) bezogenen inländischen Einkünfte im Sinn des § 49 des Gesetzes abzugeben, soweit für diese die Einkommensteuer nicht durch den Steuerabzug als abgegolten gilt (§ 50 Abs. 4 des Gesetzes).

(4) Die jährlichen Steuererklärungen sind spätestens an dem von den obersten Finanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen bestimmten Zeitpunkt abzugeben. Im Fall des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes ist die Erklärung bis zum Schluß des dritten Kalendermonats, der auf den Schluß des

Wirtschaftsjahrs folgt, das im Veranlagungszeitraum begonnen hat, abzugeben, frühestens aber bis zu dem in Satz 1 bezeichneten Zeitpunkt. Das Recht des Finanzamts, schon vor diesem Zeitpunkt Angaben zu verlangen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, bleibt unberührt.

(5) Personen, die nach den Absätzen 1 oder 3 nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, haben eine solche abzugeben, wenn das Finanzamt sie dazu auffordert. Die Aufforderung kann auch durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen."

20. In § 57 erhält Satz 1 die folgende Fassung:

„Sind Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen, nach § 56 zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so hat jeder Ehegatte eine Steuererklärung abzugeben, wenn einer der Ehegatten die getrennte Veranlagung (§ 26 a des Gesetzes) wählt.“

21. § 57 a erhält die folgende Fassung:

„§ 57 a

Steuererklärungspflicht im Fall
der Zusammenveranlagung von Ehegatten
nach § 26 b des Gesetzes

Sind Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen, nach § 56 zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so haben die Ehegatten eine gemeinsame Steuererklärung abzugeben, wenn keiner der Ehegatten die getrennte Veranlagung (§ 26 a des Gesetzes) wählt.“

22. Der Gesetzeshinweis vor § 61 erhält die folgende Fassung:

„Zu §§ 26 a und 26 b des Gesetzes“.

23. In § 61 erhält der letzte Satz die folgende Fassung:

„Kann der Antrag nicht gemeinsam gestellt werden, weil einer der Ehegatten dazu aus zwingenden Gründen nicht in der Lage ist, so kann das Finanzamt den Antrag des anderen Ehegatten als genügend ansehen.“

24. Die §§ 62 bis 62 b werden gestrichen.

25. § 62 c Abs. 2 erhält die folgende Fassung:

„(2) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 26 b des Gesetzes) genügt es für die Anwendung der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes, wenn einer der beiden Ehegatten zu dem durch die bezeichneten Vorschriften begünstigten Personenkreis gehört. Die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns kann in diesem Fall nur unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 und nur bis zum Höchstbetrag von insgesamt 20 000 Deutsche Mark in Anspruch genommen werden. Die Nachversteuerung von Mehrentnahmen nach § 10 a Abs. 2 des Gesetzes

ist in diesem Fall auch insoweit durchzuführen, als bei einem Ehegatten ein nach § 45 Abs. 3 und § 46 Abs. 1 besonders festgestellter Betrag für Veranlagungszeiträume, in denen die Ehegatten getrennt veranlagt worden sind, vorhanden ist.“

26. § 62 d Abs. 2 erhält die folgende Fassung:

„(2) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 26 b des Gesetzes) kann der Steuerpflichtige den Verlustabzug nach § 10 d des Gesetzes auch für Verluste derjenigen Veranlagungszeiträume geltend machen, in denen die Ehegatten getrennt veranlagt worden sind.“

27. § 62 e wird gestrichen.

28. Der Gesetzeshinweis vor § 63 erhält die folgende Fassung:

„Zu § 32 des Gesetzes“.

29. § 63 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Kinderermäßigung“ durch die Worte „Abzug von Kinderfreibeträgen“ ersetzt.

b) Satz 1 erhält die folgende Fassung:
„Werden Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes getrennt veranlagt, so sind die Kinderfreibeträge (§ 32 Abs. 2 des Gesetzes) insgesamt in der Höhe abzuziehen, in der sie bei einer Zusammenveranlagung der Ehegatten zu berücksichtigen wären.“

c) In Satz 2 werden die Worte „die Voraussetzungen der Kinderermäßigung“ durch die Worte „die Voraussetzungen für den Abzug von Kinderfreibeträgen“ ersetzt.

30. Der Gesetzeshinweis vor § 63 a erhält die folgende Fassung:

„Zu § 32 a des Gesetzes“.

31. § 63 a erhält die folgende Fassung:

„§ 63 a

Verwitwete Personen

§ 32 a Abs. 3 des Gesetzes ist nicht auf solche Personen anzuwenden, die

1. für den Veranlagungszeitraum nach § 26 Abs. 1 des Gesetzes zwischen getrennter Veranlagung und Zusammenveranlagung wählen können oder

2. nach dem Tode ihres Ehegatten mindestens vier Monate im Veranlagungszeitraum entweder wiederverheiratet oder nach der Wiederverheiratung geschieden waren.“

32. Hinter § 63 a wird der folgende § 63 b eingefügt:

„§ 63 b

Einkommensteuertabelle
zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes

In den Fällen des § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes ergibt sich die zu veranlagende Einkommensteuer, vorbehaltlich der §§ 34, 34 b und 34 c des Gesetzes, aus der als Anhang beigefügten Einkommensteuertabelle.“

33. § 64 erhält die folgende Fassung:

„§ 64

Außergewöhnliche Belastungen

Die zumutbare Eigenbelastung beträgt bei Steuerpflichtigen

mit einem Einkommen, das um die nach § 32 Abs. 3 Ziff. 2 des Gesetzes und um die nach § 33 a des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) zu gewährenden Freibeträge vermindert ist, von	wenn sie			
	keinen Kinderfreibetrag erhalten		Kinderfreibeträge erhalten für	
	und nicht zu den in Spalte 3 bezeichneten Personen gehören,	und zu den 1. Ehegatten im Sinn des § 26 Abs. 1 des Gesetzes oder 2. verwitweten Personen, auf die § 32 a Abs. 3 Ziff. 1 des Gesetzes anzuwenden ist, oder 3. Personen, die den Freibetrag nach § 32 Abs. 3 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes erhalten, gehören,	ein Kind oder zwei Kinder,	drei oder mehr Kinder,
DM	2	3	4	5
höchstens 3 000	6	5	3	—
mehr als 3 000	7	6	4	2

vom Hundert dieses Betrags. Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes ist von der Summe der Einkommen beider Ehegatten auszugehen.“

34. § 68 b wird wie folgt geändert:

a) In Ziffer 2 werden der Strichpunkt durch ein Komma ersetzt und der folgende Halbsatz angefügt:

„sowie Einkünfte aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr, soweit die Einkünfte auf Beförderungen zwischen ausländischen Häfen oder vom Ausland in das Inland entfallen;“.

b) In Ziffer 4 werden

aa) in Buchstabe b der Klammerzusatz „(§ 17 des Gesetzes)“ und

bb) Buchstabe c gestrichen.

35. Vor § 70 wird der folgende § 69 a eingefügt:

„§ 69 a

Veranlagung

im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 des Gesetzes

Einkünfte aus mehr als einem Dienstverhältnis sind im Einkommen enthalten, wenn

1. im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 Buchstabe a oder b des Gesetzes der Arbeitnehmer gleichzeitig aus mehreren Dienstverhältnissen oder
2. im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 Buchstabe a des Gesetzes jeder Ehegatte

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen hat.“

36. § 70 erhält die folgende Fassung:

„§ 70

Ausgleich von Härten in bestimmten Fällen

Betragen in den Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 1 bis 4 des Gesetzes die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark, aber nicht mehr als 1 600 Deutsche Mark, so ist vom Einkommen der Betrag abzuziehen, um den die bezeichneten Einkünfte insgesamt niedriger als 1 600 Deutsche Mark sind.“

37. § 71 erhält die folgende Fassung:

„§ 71

Veranlagung auf Antrag

nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 und 5 des Gesetzes

(1) Sind Ehegatten, bei denen im Veranlagungszeitraum die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorgelegen haben, nach § 56 Abs. 1 Ziff. 1 Buchstabe b oder Abs. 5 nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so kann der Antrag auf getrennte Veranlagung nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 des Gesetzes nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

(2) In den Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 5 des Gesetzes kann der Antrag auf Veranlagung nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.“

38. § 72 erhält die folgende Fassung:

„§ 72

Veranlagung auf Antrag

nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes

(1) Der Antrag auf Veranlagung zur Einbeziehung von Einkünften im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 des Gesetzes kann nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

(2) Sind im Fall des Absatzes 1 in dem Einkommen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten und betragen die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark, aber nicht mehr als 1 600 Deutsche Mark, so ist § 70 entsprechend anzuwenden. Das gilt nicht, wenn das Einkommen 24 000 Deutsche Mark übersteigt.“

39. Hinter § 73 werden eingefügt

a) der folgende Gesetzeshinweis:

„Zu § 50 a des Gesetzes“;

b) die folgenden §§ 73 a bis 73 i:

„§ 73 a

Begriffsbestimmungen

(1) Inländisch im Sinn des § 50 a Abs. 1 des Gesetzes sind solche Unternehmen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes haben.

(2) Urheberrechte im Sinn des § 50a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes sind Rechte, die nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst, vom 19. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. S. 227) und des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie, vom 9. Januar 1907 (Reichsgesetzbl. S. 7) — beide Gesetze in der derzeit geltenden Fassung — geschützt sind.

(3) Gewerbliche Schutzrechte im Sinn des § 50a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes sind Rechte, die nach Maßgabe des Geschmacksmustergesetzes vom 11. Januar 1876 (Reichsgesetzbl. S. 11), des Patentgesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 623), des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 637) und des Warenzeichengesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 643) geschützt sind.

§ 73b

Bemessungsgrundlage für den Steuerabzug im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes

Dem Steuerabzug unterliegt der volle Betrag der Einnahmen. Abzüge (z. B. für Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben und Steuern) sind nicht zulässig.

§ 73c

Zeitpunkt des Zufließens

im Sinn des § 50a Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes

Die Aufsichtsratsvergütungen oder die Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes fließen dem Gläubiger zu

1. im Fall der Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift:
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift;
2. im Fall der Hinausschiebung der Zahlung wegen vorübergehender Zahlungsunfähigkeit des Schuldners:
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift;
3. im Fall der Gewährung von Vorschüssen:
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift der Vorschüsse.

§ 73d

Aufzeichnungen, Steueraufsicht

(1) Der Schuldner der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes (Schuldner) hat besondere Aufzeichnungen zu führen. Aus den Aufzeichnungen müssen ersichtlich sein:

1. Name und Wohnung des beschränkt steuerpflichtigen Gläubigers (Steuerschuldners),
2. Höhe der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen in Deutscher Mark,
3. Tag, an dem die Aufsichtsratsvergütungen oder die Vergütungen dem Steuerschuldner zugeflossen sind,

4. Höhe und Zeitpunkt der Abführung der einbehaltenen Steuer.

(2) Bei der Veranlagung des Schuldners zur Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) und bei örtlichen Prüfungen (Betriebsprüfungen usw.), die bei dem Schuldner vorgenommen werden, ist auch zu prüfen, ob die Steuern ordnungsmäßig einbehalten und abgeführt worden sind.

§ 73e

Abführung und Anmeldung der Aufsichtsratssteuer und der Steuer von Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes (§ 50a Abs. 5 des Gesetzes)

Der Schuldner hat die innerhalb eines Kalendervierteljahrs einbehaltene Aufsichtsratssteuer oder die Steuer von Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes unter der Bezeichnung „Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen“ oder „Steuerabzug von Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes“ jeweils bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr folgenden Monats an das für seine Besteuerung nach dem Einkommen zuständige Finanzamt (Finanzkasse) abzuführen; ist der Schuldner keine Körperschaft und stimmen Betriebs- und Wohnsitzfinanzamt nicht überein, so ist die einbehaltene Steuer an das Betriebsfinanzamt abzuführen. Bis zum gleichen Zeitpunkt hat der Schuldner dem nach Satz 1 zuständigen Finanzamt eine Anmeldung über die Höhe der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes und die Höhe des Steuerabzugs zu übersenden. Die Anmeldung muß vom Schuldner oder von einem zu seiner Vertretung Berechtigten unterschrieben sein.

§ 73f

Steuerabzug in den Fällen des § 50a Abs. 6 des Gesetzes

Der Schuldner der Vergütungen für die Nutzung oder das Recht auf Nutzung von Urheberrechten im Sinn des § 50a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes braucht den Steuerabzug nicht vorzunehmen, wenn er diese Vergütungen auf Grund eines Übereinkommens nicht an den beschränkt steuerpflichtigen Gläubiger (Steuerschuldner), sondern an die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (Gema) oder an einen anderen Rechtsträger abführt und die obersten Finanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen einwilligen, daß dieser andere Rechtsträger an die Stelle des Schuldners tritt. In diesem Fall hat die Gema oder der andere Rechtsträger den Steuerabzug vorzunehmen; § 50a Abs. 5 des Gesetzes sowie §§ 73d und 73e gelten entsprechend.

§ 73g

Haftungsbescheid

(1) Ist die Steuer nicht ordnungsmäßig einbehalten oder abgeführt, so hat das Finanzamt

von dem Schuldner, in den Fällen des § 73 f von dem dort bezeichneten Rechtsträger, oder von dem Steuerschuldner die Steuer durch Haftungsbescheid anzufordern.

(2) Der Zustellung des Haftungsbescheids an den Schuldner bedarf es nicht, wenn der Schuldner die einbehaltene Steuer dem Finanzamt ordnungsmäßig angemeldet hat (§ 73 e) oder wenn er vor dem Finanzamt oder einem Prüfungsbeamten des Finanzamts seine Verpflichtung zur Zahlung der Steuer schriftlich anerkannt hat.

§ 73 h

Besonderheiten im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen

Ergibt sich aus einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, daß unter bestimmten Voraussetzungen Aufsichtsratsvergütungen oder Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes nicht oder nur nach einem vom Gesetz abweichenden niedrigeren Steuersatz besteuert werden können, so darf der Schuldner den Steuerabzug nur unterlassen oder nach dem niedrigeren Steuersatz vornehmen, wenn das nach § 73 e zuständige Finanzamt bescheinigt, daß die Voraussetzungen für die Nichterhebung der Abzugsteuer oder die Erhebung der Abzugsteuer nach dem niedrigeren Steuersatz vorliegen. Die Bescheinigung des Finanzamts ist als Beleg zu den Aufzeichnungen im Sinn des § 73 d aufzubewahren.

§ 73 i

Abgeltung nach § 50 Abs. 4 des Gesetzes

Die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) für die in § 50 a Abs. 1 und 4 des Gesetzes bezeichneten Einkünfte gilt durch den Steuerabzug als abgegolten, wenn die Einkünfte nicht Betriebs-einnahmen eines inländischen Betriebs sind."

40. In § 75 Abs. 2 Satz 1 wird die Jahreszahl „1958“ durch die Jahreszahl „1961“ ersetzt.
41. In § 76 Abs. 2 Satz 1 werden die Jahreszahlen „1957/58“ durch die Jahreszahlen „1960/61“ ersetzt.
42. In § 77 Abs. 2 werden die Jahreszahlen „1957/58“ durch die Jahreszahlen „1960/61“ ersetzt.
43. In § 78 Abs. 3 werden die Jahreszahlen „1957/58“ durch die Jahreszahlen „1960/61“ ersetzt.
44. § 80 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 Ziff. 2 wird die Zahl „15“ durch die Zahl „20“ ersetzt.
 - In Absatz 2 werden im letzten Satz der Punkt durch ein Komma ersetzt und der folgende Halbsatz angefügt:
„es sei denn, daß durch die Bearbeitung oder die Verarbeitung ein Wirtschaftsgut entsteht, das nicht in der Anlage 3 oder in der Anlage 4 aufgeführt ist.“

45. Hinter § 82 wird der folgende § 82 a eingefügt:

„§ 82 a

Erhöhte Absetzungen von Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden

(1) Der Steuerpflichtige kann neben den Absetzungen für Abnutzung für das Gebäude von den Herstellungskosten, die für den Einbau der in der Anlage 7 zu dieser Verordnung bezeichneten Anlagen und Einrichtungen bei einem nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Gebäude aufgewendet worden sind, an Stelle der nach § 7 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu 10 vom Hundert absetzen. Nach Ablauf dieser zehn Jahre bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung für den dann noch vorhandenen Restwert nach der Restnutzungsdauer des Gebäudes. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der erhöhten Absetzungen ist, daß

- das Gebäude vor dem 21. Juni 1948 hergestellt worden ist und
- die Grundfläche der Wohnzwecken dienenden Räume des Gebäudes mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche beträgt.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 bei der Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus gilt § 15 Abs. 3 entsprechend.

(3) Steht das Gebäude im Eigentum mehrerer Personen, so sind die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Herstellungskosten von allen Eigentümern mit einem einheitlichen Vomhundertsatz abzusetzen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auf Herstellungskosten für den Einbau von Anlagen und Einrichtungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1957 und vor dem 1. Januar 1963 fertiggestellt werden.

(5) § 14 Abs. 1 gilt entsprechend."

46. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

- Ziffer 5 erhält die folgende Fassung:
„5. Maschinen, Geräte und Vorrichtungen zur Bekämpfung von Schädlingen und Frostschäden“.
- In Ziffer 7 werden hinter dem Wort „Hackfrüchte“ die Worte „, Hopfen und Gemüse“ angefügt.

47. In Anlage 2 Abschnitt A erhält Ziffer 3 die folgende Fassung:

„3. Neubau von Ställen“.

48. In Anlage 5 Ziff. 3 werden vor den Worten „Einrichtungen der Grubenlampenwirtschaft“ die Worte „Waschkauen sowie“ eingefügt.

49. Hinter der Anlage 6 wird die folgende Anlage 7 eingefügt:

„Anlage 7
(zu § 82 a)

Verzeichnis
der Anlagen und Einrichtungen
im Sinn des § 82 a Abs. 1

1. Wohnungsabschluß mit oder ohne Vorraum in der Wohnung
2. Kochraum mit Entlüftungsmöglichkeiten, Wasserzapfstelle und Spülbecken, Anschlußmöglichkeit für Kohle-, Gas- oder Elektroherd; entlüftbare Speisekammer oder entlüftbarer Speiseschrank
3. neuzeitliche sanitäre Anlagen
4. ein eingerichtetes Bad oder eine eingerichtete Dusche je Wohnung sowie Waschbecken
5. Anschlußmöglichkeit für Ofen oder gleichwertiges Heizgerät
6. elektrische Brennstellenanschlüsse und Steckdosen“.

50. Hinter der neuen Anlage 7 wird der folgende Anhang eingefügt:

Anhang
(zu § 63 b)

Einkommensteuertabelle
zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes*).

Artikel 2

Die Verordnung zur Durchführung des Steuerabzugs von Aufsichtsratsvergütungen in der Fassung vom 26. August 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 534) tritt mit Ablauf des Veranlagungszeitraums 1958 außer Kraft.

Artikel 3

(1) Die Vorschriften des Artikels 1 sind vorbehaltlich der Absätze 2 bis 8 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1958 anzuwenden.

(2) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 34 Buchstabe a und Buchstabe b Doppelbuchstabe aa sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1957 anzuwenden.

(3) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 2 und 48 sind erstmals auf Wirtschaftsgüter anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1957 angeschafft oder hergestellt worden sind.

(4) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 16 sind erstmals auf Ausgaben anzuwenden, die nach dem 23. Juni 1958 geleistet worden sind.

(5) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 44, 46 und 47 sind erstmals auf Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1958 enden.

(6) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 39 sind erstmals auf Vergütungen anzuwenden, die den Aufsichtsratsmitgliedern oder Gläubigern nach dem 31. Dezember 1958 zufließen.

(7) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 1 sind erstmals auf Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1959 enden.

(8) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 12 bis 14 sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1959 anzuwenden.

Artikel 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 15 des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473) auch im Land Berlin.

Artikel 5

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. März 1959.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

* Siehe Anlage.

Einkommensteuertabelle
zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes

Gültig ab 1. Januar 1958

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1	3 419	—	41	5 760 — 5 819	480
2	3 420 — 3 479	12	42	5 820 — 5 879	492
3	3 480 — 3 539	24	43	5 880 — 5 939	504
4	3 540 — 3 599	36	44	5 940 — 5 999	516
5	3 600 — 3 659	48	45	6 000 — 6 059	528
6	3 660 — 3 719	60	46	6 060 — 6 119	540
7	3 720 — 3 779	72	47	6 120 — 6 179	552
8	3 780 — 3 839	84	48	6 180 — 6 239	564
9	3 840 — 3 899	96	49	6 240 — 6 299	576
10	3 900 — 3 959	108	50	6 300 — 6 359	588
11	3 960 — 4 019	120	51	6 360 — 6 419	600
12	4 020 — 4 079	132	52	6 420 — 6 479	612
13	4 080 — 4 139	144	53	6 480 — 6 539	624
14	4 140 — 4 199	156	54	6 540 — 6 599	636
15	4 200 — 4 259	168	55	6 600 — 6 659	648
16	4 260 — 4 319	180	56	6 660 — 6 719	660
17	4 320 — 4 379	192	57	6 720 — 6 779	672
18	4 380 — 4 439	204	58	6 780 — 6 839	684
19	4 440 — 4 499	216	59	6 840 — 6 899	696
20	4 500 — 4 559	228	60	6 900 — 6 959	708
21	4 560 — 4 619	240	61	6 960 — 7 019	720
22	4 620 — 4 679	252	62	7 020 — 7 079	732
23	4 680 — 4 739	264	63	7 080 — 7 139	744
24	4 740 — 4 799	276	64	7 140 — 7 199	756
25	4 800 — 4 859	288	65	7 200 — 7 259	768
26	4 860 — 4 919	300	66	7 260 — 7 319	780
27	4 920 — 4 979	312	67	7 320 — 7 379	792
28	4 980 — 5 039	324	68	7 380 — 7 439	804
29	5 040 — 5 099	336	69	7 440 — 7 499	816
30	5 100 — 5 159	348	70	7 500 — 7 559	828
31	5 160 — 5 219	360	71	7 560 — 7 619	840
32	5 220 — 5 279	372	72	7 620 — 7 679	852
33	5 280 — 5 339	384	73	7 680 — 7 739	864
34	5 340 — 5 399	396	74	7 740 — 7 799	876
35	5 400 — 5 459	408	75	7 800 — 7 859	888
36	5 460 — 5 519	420	76	7 860 — 7 919	900
37	5 520 — 5 579	432	77	7 920 — 7 979	912
38	5 580 — 5 639	444	78	7 980 — 8 039	924
39	5 640 — 5 699	456	79	8 040 — 8 099	936
40	5 700 — 5 759	468	80	8 100 — 8 159	948

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
81	8 160 — 8 219	960	141	11 760 — 11 819	1 680
82	8 220 — 8 279	972	142	11 820 — 11 879	1 692
83	8 280 — 8 339	984	143	11 880 — 11 939	1 704
84	8 340 — 8 399	996	144	11 940 — 11 999	1 716
85	8 400 — 8 459	1 008	145	12 000 — 12 059	1 728
86	8 460 — 8 519	1 020	146	12 060 — 12 119	1 740
87	8 520 — 8 579	1 032	147	12 120 — 12 179	1 752
88	8 580 — 8 639	1 044	148	12 180 — 12 239	1 764
89	8 640 — 8 699	1 056	149	12 240 — 12 299	1 776
90	8 700 — 8 759	1 068	150	12 300 — 12 359	1 788
91	8 760 — 8 819	1 080	151	12 360 — 12 419	1 800
92	8 820 — 8 879	1 092	152	12 420 — 12 479	1 812
93	8 880 — 8 939	1 104	153	12 480 — 12 539	1 824
94	8 940 — 8 999	1 116	154	12 540 — 12 599	1 836
95	9 000 — 9 059	1 128	155	12 600 — 12 659	1 848
96	9 060 — 9 119	1 140	156	12 660 — 12 719	1 860
97	9 120 — 9 179	1 152	157	12 720 — 12 779	1 872
98	9 180 — 9 239	1 164	158	12 780 — 12 839	1 884
99	9 240 — 9 299	1 176	159	12 840 — 12 899	1 896
100	9 300 — 9 359	1 188	160	12 900 — 12 959	1 908
101	9 360 — 9 419	1 200	161	12 960 — 13 019	1 920
102	9 420 — 9 479	1 212	162	13 020 — 13 079	1 932
103	9 480 — 9 539	1 224	163	13 080 — 13 139	1 944
104	9 540 — 9 599	1 236	164	13 140 — 13 199	1 956
105	9 600 — 9 659	1 248	165	13 200 — 13 259	1 968
106	9 660 — 9 719	1 260	166	13 260 — 13 319	1 980
107	9 720 — 9 779	1 272	167	13 320 — 13 379	1 992
108	9 780 — 9 839	1 284	168	13 380 — 13 439	2 004
109	9 840 — 9 899	1 296	169	13 440 — 13 499	2 016
110	9 900 — 9 959	1 308	170	13 500 — 13 559	2 028
111	9 960 — 10 019	1 320	171	13 560 — 13 619	2 040
112	10 020 — 10 079	1 332	172	13 620 — 13 679	2 052
113	10 080 — 10 139	1 344	173	13 680 — 13 739	2 064
114	10 140 — 10 199	1 356	174	13 740 — 13 799	2 076
115	10 200 — 10 259	1 368	175	13 800 — 13 859	2 088
116	10 260 — 10 319	1 380	176	13 860 — 13 919	2 100
117	10 320 — 10 379	1 392	177	13 920 — 13 979	2 112
118	10 380 — 10 439	1 404	178	13 980 — 14 039	2 124
119	10 440 — 10 499	1 416	179	14 040 — 14 099	2 136
120	10 500 — 10 559	1 428	180	14 100 — 14 159	2 148
121	10 560 — 10 619	1 440	181	14 160 — 14 219	2 160
122	10 620 — 10 679	1 452	182	14 220 — 14 279	2 172
123	10 680 — 10 739	1 464	183	14 280 — 14 339	2 184
124	10 740 — 10 799	1 476	184	14 340 — 14 399	2 196
125	10 800 — 10 859	1 488	185	14 400 — 14 459	2 208
126	10 860 — 10 919	1 500	186	14 460 — 14 519	2 220
127	10 920 — 10 979	1 512	187	14 520 — 14 579	2 232
128	10 980 — 11 039	1 524	188	14 580 — 14 639	2 244
129	11 040 — 11 099	1 536	189	14 640 — 14 699	2 256
130	11 100 — 11 159	1 548	190	14 700 — 14 759	2 268
131	11 160 — 11 219	1 560	191	14 760 — 14 819	2 280
132	11 220 — 11 279	1 572	192	14 820 — 14 879	2 292
133	11 280 — 11 339	1 584	193	14 880 — 14 939	2 304
134	11 340 — 11 399	1 596	194	14 940 — 14 999	2 316
135	11 400 — 11 459	1 608	195	15 000 — 15 059	2 328
136	11 460 — 11 519	1 620	196	15 060 — 15 119	2 340
137	11 520 — 11 579	1 632	197	15 120 — 15 179	2 352
138	11 580 — 11 639	1 644	198	15 180 — 15 239	2 364
139	11 640 — 11 699	1 656	199	15 240 — 15 299	2 376
140	11 700 — 11 759	1 668	200	15 300 — 15 359	2 388

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
201	15 360 — 15 419	2 400	261	18 960 — 19 019	3 344
202	15 420 — 15 479	2 412	262	19 020 — 19 079	3 362
203	15 480 — 15 539	2 424	263	19 080 — 19 139	3 378
204	15 540 — 15 599	2 436	264	19 140 — 19 199	3 396
205	15 600 — 15 659	2 448	265	19 200 — 19 259	3 412
206	15 660 — 15 719	2 460	266	19 260 — 19 319	3 430
207	15 720 — 15 779	2 472	267	19 320 — 19 379	3 446
208	15 780 — 15 839	2 484	268	19 380 — 19 439	3 462
209	15 840 — 15 899	2 496	269	19 440 — 19 499	3 480
210	15 900 — 15 959	2 508	270	19 500 — 19 559	3 496
211	15 960 — 16 019	2 520	271	19 560 — 19 619	3 514
212	16 020 — 16 079	2 532	272	19 620 — 19 679	3 530
213	16 080 — 16 139	2 548	273	19 680 — 19 739	3 548
214	16 140 — 16 199	2 566	274	19 740 — 19 799	3 564
215	16 200 — 16 259	2 582	275	19 800 — 19 859	3 582
216	16 260 — 16 319	2 598	276	19 860 — 19 919	3 598
217	16 320 — 16 379	2 614	277	19 920 — 19 979	3 616
218	16 380 — 16 439	2 630	278	19 980 — 20 039	3 632
219	16 440 — 16 499	2 646	279	20 040 — 20 099	3 650
220	16 500 — 16 559	2 664	280	20 100 — 20 159	3 666
221	16 560 — 16 619	2 680	281	20 160 — 20 219	3 684
222	16 620 — 16 679	2 696	282	20 220 — 20 279	3 700
223	16 680 — 16 739	2 712	283	20 280 — 20 339	3 718
224	16 740 — 16 799	2 730	284	20 340 — 20 399	3 734
225	16 800 — 16 859	2 746	285	20 400 — 20 459	3 752
226	16 860 — 16 919	2 762	286	20 460 — 20 519	3 768
227	16 920 — 16 979	2 778	287	20 520 — 20 579	3 786
228	16 980 — 17 039	2 794	288	20 580 — 20 639	3 804
229	17 040 — 17 099	2 812	289	20 640 — 20 699	3 820
230	17 100 — 17 159	2 828	290	20 700 — 20 759	3 838
231	17 160 — 17 219	2 844	291	20 760 — 20 819	3 854
232	17 220 — 17 279	2 860	292	20 820 — 20 879	3 872
233	17 280 — 17 339	2 878	293	20 880 — 20 939	3 888
234	17 340 — 17 399	2 894	294	20 940 — 20 999	3 906
235	17 400 — 17 459	2 910	295	21 000 — 21 059	3 924
236	17 460 — 17 519	2 928	296	21 060 — 21 119	3 940
237	17 520 — 17 579	2 944	297	21 120 — 21 179	3 958
238	17 580 — 17 639	2 960	298	21 180 — 21 239	3 974
239	17 640 — 17 699	2 976	299	21 240 — 21 299	3 992
240	17 700 — 17 759	2 994	300	21 300 — 21 359	4 010
241	17 760 — 17 819	3 010	301	21 360 — 21 419	4 026
242	17 820 — 17 879	3 026	302	21 420 — 21 479	4 044
243	17 880 — 17 939	3 044	303	21 480 — 21 539	4 062
244	17 940 — 17 999	3 060	304	21 540 — 21 599	4 078
245	18 000 — 18 059	3 076	305	21 600 — 21 659	4 096
246	18 060 — 18 119	3 094	306	21 660 — 21 719	4 112
247	18 120 — 18 179	3 110	307	21 720 — 21 779	4 130
248	18 180 — 18 239	3 126	308	21 780 — 21 839	4 148
249	18 240 — 18 299	3 144	309	21 840 — 21 899	4 164
250	18 300 — 18 359	3 160	310	21 900 — 21 959	4 182
251	18 360 — 18 419	3 176	311	21 960 — 22 019	4 200
252	18 420 — 18 479	3 194	312	22 020 — 22 079	4 216
253	18 480 — 18 539	3 210	313	22 080 — 22 139	4 234
254	18 540 — 18 599	3 228	314	22 140 — 22 199	4 252
255	18 600 — 18 659	3 244	315	22 200 — 22 259	4 270
256	18 660 — 18 719	3 260	316	22 260 — 22 319	4 286
257	18 720 — 18 779	3 278	317	22 320 — 22 379	4 304
258	18 780 — 18 839	3 294	318	22 380 — 22 439	4 322
259	18 840 — 18 899	3 312	319	22 440 — 22 499	4 338
260	18 900 — 18 959	3 328	320	22 500 — 22 559	4 356

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
321	22 560 — 22 619	4 374	381	26 160 — 26 219	5 440
322	22 620 — 22 679	4 392	382	26 220 — 26 279	5 458
323	22 680 — 22 739	4 408	383	26 280 — 26 339	5 476
324	22 740 — 22 799	4 426	384	26 340 — 26 399	5 494
325	22 800 — 22 859	4 444	385	26 400 — 26 459	5 512
326	22 860 — 22 919	4 462	386	26 460 — 26 519	5 530
327	22 920 — 22 979	4 478	387	26 520 — 26 579	5 548
328	22 980 — 23 039	4 496	388	26 580 — 26 639	5 568
329	23 040 — 23 099	4 514	389	26 640 — 26 699	5 586
330	23 100 — 23 159	4 532	390	26 700 — 26 759	5 604
331	23 160 — 23 219	4 548	391	26 760 — 26 819	5 622
332	23 220 — 23 279	4 566	392	26 820 — 26 879	5 640
333	23 280 — 23 339	4 584	393	26 880 — 26 939	5 658
334	23 340 — 23 399	4 602	394	26 940 — 26 999	5 676
335	23 400 — 23 459	4 620	395	27 000 — 27 059	5 694
336	23 460 — 23 519	4 636	396	27 060 — 27 119	5 712
337	23 520 — 23 579	4 654	397	27 120 — 27 179	5 730
338	23 580 — 23 639	4 672	398	27 180 — 27 239	5 750
339	23 640 — 23 699	4 690	399	27 240 — 27 299	5 768
340	23 700 — 23 759	4 708	400	27 300 — 27 359	5 786
341	23 760 — 23 819	4 726	401	27 360 — 27 419	5 804
342	23 820 — 23 879	4 742	402	27 420 — 27 479	5 822
343	23 880 — 23 939	4 760	403	27 480 — 27 539	5 840
344	23 940 — 23 999	4 778	404	27 540 — 27 599	5 858
345	24 000 — 24 059	4 796	405	27 600 — 27 659	5 876
346	24 060 — 24 119	4 814	406	27 660 — 27 719	5 896
347	24 120 — 24 179	4 832	407	27 720 — 27 779	5 914
348	24 180 — 24 239	4 848	408	27 780 — 27 839	5 932
349	24 240 — 24 299	4 866	409	27 840 — 27 899	5 950
350	24 300 — 24 359	4 884	410	27 900 — 27 959	5 970
351	24 360 — 24 419	4 902	411	27 960 — 28 019	5 988
352	24 420 — 24 479	4 920	412	28 020 — 28 079	6 006
353	24 480 — 24 539	4 938	413	28 080 — 28 139	6 024
354	24 540 — 24 599	4 956	414	28 140 — 28 199	6 042
355	24 600 — 24 659	4 974	415	28 200 — 28 259	6 062
356	24 660 — 24 719	4 992	416	28 260 — 28 319	6 080
357	24 720 — 24 779	5 010	417	28 320 — 28 379	6 098
358	24 780 — 24 839	5 026	418	28 380 — 28 439	6 116
359	24 840 — 24 899	5 044	419	28 440 — 28 499	6 136
360	24 900 — 24 959	5 062	420	28 500 — 28 559	6 154
361	24 960 — 25 019	5 080	421	28 560 — 28 619	6 172
362	25 020 — 25 079	5 098	422	28 620 — 28 679	6 190
363	25 080 — 25 139	5 116	423	28 680 — 28 739	6 210
364	25 140 — 25 199	5 134	424	28 740 — 28 799	6 228
365	25 200 — 25 259	5 152	425	28 800 — 28 859	6 246
366	25 260 — 25 319	5 170	426	28 860 — 28 919	6 264
367	25 320 — 25 379	5 188	427	28 920 — 28 979	6 284
368	25 380 — 25 439	5 206	428	28 980 — 29 039	6 302
369	25 440 — 25 499	5 224	429	29 040 — 29 099	6 320
370	25 500 — 25 559	5 242	430	29 100 — 29 159	6 340
371	25 560 — 25 619	5 260	431	29 160 — 29 219	6 358
372	25 620 — 25 679	5 278	432	29 220 — 29 279	6 376
373	25 680 — 25 739	5 296	433	29 280 — 29 339	6 394
374	25 740 — 25 799	5 314	434	29 340 — 29 399	6 414
375	25 800 — 25 859	5 332	435	29 400 — 29 459	6 432
376	25 860 — 25 919	5 350	436	29 460 — 29 519	6 450
377	25 920 — 25 979	5 368	437	29 520 — 29 579	6 470
378	25 980 — 26 039	5 386	438	29 580 — 29 639	6 488
379	26 040 — 26 099	5 404	439	29 640 — 29 699	6 506
380	26 100 — 26 159	5 422	440	29 700 — 29 759	6 526

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
441	29 760 — 29 819	6 544	501	33 360 — 33 419	7 686
442	29 820 — 29 879	6 562	502	33 420 — 33 479	7 706
443	29 880 — 29 939	6 582	503	33 480 — 33 539	7 724
444	29 940 — 29 999	6 600	504	33 540 — 33 599	7 744
445	30 000 — 30 059	6 620	505	33 600 — 33 659	7 764
446	30 060 — 30 119	6 638	506	33 660 — 33 719	7 782
447	30 120 — 30 179	6 656	507	33 720 — 33 779	7 802
448	30 180 — 30 239	6 676	508	33 780 — 33 839	7 822
449	30 240 — 30 299	6 694	509	33 840 — 33 899	7 840
450	30 300 — 30 359	6 714	510	33 900 — 33 959	7 860
451	30 360 — 30 419	6 732	511	33 960 — 34 019	7 880
452	30 420 — 30 479	6 750	512	34 020 — 34 079	7 900
453	30 480 — 30 539	6 770	513	34 080 — 34 139	7 918
454	30 540 — 30 599	6 788	514	34 140 — 34 199	7 938
455	30 600 — 30 659	6 808	515	34 200 — 34 259	7 958
456	30 660 — 30 719	6 826	516	34 260 — 34 319	7 978
457	30 720 — 30 779	6 846	517	34 320 — 34 379	7 996
458	30 780 — 30 839	6 864	518	34 380 — 34 439	8 016
459	30 840 — 30 899	6 882	519	34 440 — 34 499	8 036
460	30 900 — 30 959	6 902	520	34 500 — 34 559	8 056
461	30 960 — 31 019	6 920	521	34 560 — 34 619	8 074
462	31 020 — 31 079	6 940	522	34 620 — 34 679	8 094
463	31 080 — 31 139	6 958	523	34 680 — 34 739	8 114
464	31 140 — 31 199	6 978	524	34 740 — 34 799	8 134
465	31 200 — 31 259	6 996	525	34 800 — 34 859	8 154
466	31 260 — 31 319	7 016	526	34 860 — 34 919	8 172
467	31 320 — 31 379	7 034	527	34 920 — 34 979	8 192
468	31 380 — 31 439	7 054	528	34 980 — 35 039	8 212
469	31 440 — 31 499	7 072	529	35 040 — 35 099	8 232
470	31 500 — 31 559	7 092	530	35 100 — 35 159	8 252
471	31 560 — 31 619	7 110	531	35 160 — 35 219	8 270
472	31 620 — 31 679	7 130	532	35 220 — 35 279	8 290
473	31 680 — 31 739	7 148	533	35 280 — 35 339	8 310
474	31 740 — 31 799	7 168	534	35 340 — 35 399	8 330
475	31 800 — 31 859	7 186	535	35 400 — 35 459	8 350
476	31 860 — 31 919	7 206	536	35 460 — 35 519	8 370
477	31 920 — 31 979	7 224	537	35 520 — 35 579	8 388
478	31 980 — 32 039	7 244	538	35 580 — 35 639	8 408
479	32 040 — 32 099	7 262	539	35 640 — 35 699	8 428
480	32 100 — 32 159	7 282	540	35 700 — 35 759	8 448
481	32 160 — 32 219	7 302	541	35 760 — 35 819	8 468
482	32 220 — 32 279	7 320	542	35 820 — 35 879	8 488
483	32 280 — 32 339	7 340	543	35 880 — 35 939	8 508
484	32 340 — 32 399	7 358	544	35 940 — 35 999	8 528
485	32 400 — 32 459	7 378	545	36 000 — 36 059	8 548
486	32 460 — 32 519	7 396	546	36 060 — 36 119	8 566
487	32 520 — 32 579	7 416	547	36 120 — 36 179	8 586
488	32 580 — 32 639	7 436	548	36 180 — 36 239	8 606
489	32 640 — 32 699	7 454	549	36 240 — 36 299	8 626
490	32 700 — 32 759	7 474	550	36 300 — 36 359	8 646
491	32 760 — 32 819	7 494	551	36 360 — 36 419	8 666
492	32 820 — 32 879	7 512	552	36 420 — 36 479	8 686
493	32 880 — 32 939	7 532	553	36 480 — 36 539	8 706
494	32 940 — 32 999	7 550	554	36 540 — 36 599	8 726
495	33 000 — 33 059	7 570	555	36 600 — 36 659	8 746
496	33 060 — 33 119	7 590	556	36 660 — 36 719	8 766
497	33 120 — 33 179	7 608	557	36 720 — 36 779	8 786
498	33 180 — 33 239	7 628	558	36 780 — 36 839	8 806
499	33 240 — 33 299	7 648	559	36 840 — 36 899	8 826
500	33 300 — 33 359	7 666	560	36 900 — 36 959	8 846

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
561	36 960 — 37 019	8 866	621	40 560 — 40 619	10 082
562	37 020 — 37 079	8 886	622	40 620 — 40 679	10 102
563	37 080 — 37 139	8 906	623	40 680 — 40 739	10 124
564	37 140 — 37 199	8 926	624	40 740 — 40 799	10 144
565	37 200 — 37 259	8 946	625	40 800 — 40 859	10 164
566	37 260 — 37 319	8 966	626	40 860 — 40 919	10 186
567	37 320 — 37 379	8 986	627	40 920 — 40 979	10 206
568	37 380 — 37 439	9 006	628	40 980 — 41 039	10 226
569	37 440 — 37 499	9 026	629	41 040 — 41 099	10 248
570	37 500 — 37 559	9 046	630	41 100 — 41 159	10 268
571	37 560 — 37 619	9 066	631	41 160 — 41 219	10 288
572	37 620 — 37 679	9 086	632	41 220 — 41 279	10 310
573	37 680 — 37 739	9 106	633	41 280 — 41 339	10 330
574	37 740 — 37 799	9 126	634	41 340 — 41 399	10 350
575	37 800 — 37 859	9 146	635	41 400 — 41 459	10 372
576	37 860 — 37 919	9 166	636	41 460 — 41 519	10 392
577	37 920 — 37 979	9 186	637	41 520 — 41 579	10 412
578	37 980 — 38 039	9 206	638	41 580 — 41 639	10 434
579	38 040 — 38 099	9 226	639	41 640 — 41 699	10 454
580	38 100 — 38 159	9 246	640	41 700 — 41 759	10 476
581	38 160 — 38 219	9 266	641	41 760 — 41 819	10 496
582	38 220 — 38 279	9 286	642	41 820 — 41 879	10 516
583	38 280 — 38 339	9 306	643	41 880 — 41 939	10 538
584	38 340 — 38 399	9 328	644	41 940 — 41 999	10 558
585	38 400 — 38 459	9 348	645	42 000 — 42 059	10 580
586	38 460 — 38 519	9 368	646	42 060 — 42 119	10 600
587	38 520 — 38 579	9 388	647	42 120 — 42 179	10 620
588	38 580 — 38 639	9 408	648	42 180 — 42 239	10 642
589	38 640 — 38 699	9 428	649	42 240 — 42 299	10 662
590	38 700 — 38 759	9 448	650	42 300 — 42 359	10 684
591	38 760 — 38 819	9 468	651	42 360 — 42 419	10 704
592	38 820 — 38 879	9 490	652	42 420 — 42 479	10 726
593	38 880 — 38 939	9 510	653	42 480 — 42 539	10 746
594	38 940 — 38 999	9 530	654	42 540 — 42 599	10 768
595	39 000 — 39 059	9 550	655	42 600 — 42 659	10 788
596	39 060 — 39 119	9 570	656	42 660 — 42 719	10 810
597	39 120 — 39 179	9 590	657	42 720 — 42 779	10 830
598	39 180 — 39 239	9 612	658	42 780 — 42 839	10 852
599	39 240 — 39 299	9 632	659	42 840 — 42 899	10 872
600	39 300 — 39 359	9 652	660	42 900 — 42 959	10 894
601	39 360 — 39 419	9 672	661	42 960 — 43 019	10 914
602	39 420 — 39 479	9 692	662	43 020 — 43 079	10 936
603	39 480 — 39 539	9 712	663	43 080 — 43 139	10 956
604	39 540 — 39 599	9 734	664	43 140 — 43 199	10 978
605	39 600 — 39 659	9 754	665	43 200 — 43 259	10 998
606	39 660 — 39 719	9 774	666	43 260 — 43 319	11 020
607	39 720 — 39 779	9 794	667	43 320 — 43 379	11 040
608	39 780 — 39 839	9 816	668	43 380 — 43 439	11 062
609	39 840 — 39 899	9 836	669	43 440 — 43 499	11 082
610	39 900 — 39 959	9 856	670	43 500 — 43 559	11 104
611	39 960 — 40 019	9 876	671	43 560 — 43 619	11 124
612	40 020 — 40 079	9 898	672	43 620 — 43 679	11 146
613	40 080 — 40 139	9 918	673	43 680 — 43 739	11 166
614	40 140 — 40 199	9 938	674	43 740 — 43 799	11 188
615	40 200 — 40 259	9 958	675	43 800 — 43 859	11 210
616	40 260 — 40 319	9 980	676	43 860 — 43 919	11 230
617	40 320 — 40 379	10 000	677	43 920 — 43 979	11 252
618	40 380 — 40 439	10 020	678	43 980 — 44 039	11 272
619	40 440 — 40 499	10 040	679	44 040 — 44 099	11 294
620	40 500 — 40 559	10 062	680	44 100 — 44 159	11 316

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
681	44 160 — 44 219	11 336	741	47 760 — 47 819	12 628
682	44 220 — 44 279	11 358	742	47 820 — 47 879	12 650
683	44 280 — 44 339	11 378	743	47 880 — 47 939	12 672
684	44 340 — 44 399	11 400	744	47 940 — 47 999	12 694
685	44 400 — 44 459	11 422	745	48 000 — 48 059	12 716
686	44 460 — 44 519	11 442	746	48 060 — 48 119	12 738
687	44 520 — 44 579	11 464	747	48 120 — 48 179	12 760
688	44 580 — 44 639	11 486	748	48 180 — 48 239	12 784
689	44 640 — 44 699	11 506	749	48 240 — 48 299	12 806
690	44 700 — 44 759	11 528	750	48 300 — 48 359	12 830
691	44 760 — 44 819	11 550	751	48 360 — 48 419	12 852
692	44 820 — 44 879	11 570	752	48 420 — 48 479	12 876
693	44 880 — 44 939	11 592	753	48 480 — 48 539	12 898
694	44 940 — 44 999	11 614	754	48 540 — 48 599	12 922
695	45 000 — 45 059	11 634	755	48 600 — 48 659	12 944
696	45 060 — 45 119	11 656	756	48 660 — 48 719	12 968
697	45 120 — 45 179	11 678	757	48 720 — 48 779	12 990
698	45 180 — 45 239	11 698	758	48 780 — 48 839	13 014
699	45 240 — 45 299	11 720	759	48 840 — 48 899	13 036
700	45 300 — 45 359	11 742	760	48 900 — 48 959	13 060
701	45 360 — 45 419	11 762	761	48 960 — 49 019	13 082
702	45 420 — 45 479	11 784	762	49 020 — 49 079	13 106
703	45 480 — 45 539	11 806	763	49 080 — 49 139	13 128
704	45 540 — 45 599	11 828	764	49 140 — 49 199	13 152
705	45 600 — 45 659	11 848	765	49 200 — 49 259	13 174
706	45 660 — 45 719	11 870	766	49 260 — 49 319	13 198
707	45 720 — 45 779	11 892	767	49 320 — 49 379	13 220
708	45 780 — 45 839	11 914	768	49 380 — 49 439	13 244
709	45 840 — 45 899	11 934	769	49 440 — 49 499	13 266
710	45 900 — 45 959	11 956	770	49 500 — 49 559	13 290
711	45 960 — 46 019	11 978	771	49 560 — 49 619	13 312
712	46 020 — 46 079	12 000	772	49 620 — 49 679	13 336
713	46 080 — 46 139	12 020	773	49 680 — 49 739	13 358
714	46 140 — 46 199	12 042	774	49 740 — 49 799	13 382
715	46 200 — 46 259	12 064	775	49 800 — 49 859	13 406
716	46 260 — 46 319	12 086	776	49 860 — 49 919	13 428
717	46 320 — 46 379	12 108	777	49 920 — 49 979	13 452
718	46 380 — 46 439	12 128	778	49 980 — 50 039	13 474
719	46 440 — 46 499	12 150	779	50 040 — 50 099	13 498
720	46 500 — 46 559	12 172	780	50 100 — 50 159	13 520
721	46 560 — 46 619	12 194	781	50 160 — 50 219	13 544
722	46 620 — 46 679	12 216	782	50 220 — 50 279	13 566
723	46 680 — 46 739	12 236	783	50 280 — 50 339	13 590
724	46 740 — 46 799	12 258	784	50 340 — 50 399	13 614
725	46 800 — 46 859	12 280	785	50 400 — 50 459	13 636
726	46 860 — 46 919	12 302	786	50 460 — 50 519	13 660
727	46 920 — 46 979	12 324	787	50 520 — 50 579	13 682
728	46 980 — 47 039	12 346	788	50 580 — 50 639	13 706
729	47 040 — 47 099	12 366	789	50 640 — 50 699	13 728
730	47 100 — 47 159	12 388	790	50 700 — 50 759	13 752
731	47 160 — 47 219	12 410	791	50 760 — 50 819	13 776
732	47 220 — 47 279	12 432	792	50 820 — 50 879	13 798
733	47 280 — 47 339	12 454	793	50 880 — 50 939	13 822
734	47 340 — 47 399	12 476	794	50 940 — 50 999	13 844
735	47 400 — 47 459	12 498	795	51 000 — 51 059	13 868
736	47 460 — 47 519	12 520	796	51 060 — 51 119	13 892
737	47 520 — 47 579	12 542	797	51 120 — 51 179	13 914
738	47 580 — 47 639	12 562	798	51 180 — 51 239	13 938
739	47 640 — 47 699	12 584	799	51 240 — 51 299	13 960
740	47 700 — 47 759	12 606	800	51 300 — 51 359	13 984

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
801	51 360 — 51 419	14 008	861	54 960 — 55 019	15 412
802	51 420 — 51 479	14 030	862	55 020 — 55 079	15 434
803	51 480 — 51 539	14 054	863	55 080 — 55 139	15 458
804	51 540 — 51 599	14 078	864	55 140 — 55 199	15 482
805	51 600 — 51 659	14 100	865	55 200 — 55 259	15 506
806	51 660 — 51 719	14 124	866	55 260 — 55 319	15 530
807	51 720 — 51 779	14 146	867	55 320 — 55 379	15 552
808	51 780 — 51 839	14 170	868	55 380 — 55 439	15 576
809	51 840 — 51 899	14 194	869	55 440 — 55 499	15 600
810	51 900 — 51 959	14 216	870	55 500 — 55 559	15 624
811	51 960 — 52 019	14 240	871	55 560 — 55 619	15 648
812	52 020 — 52 079	14 264	872	55 620 — 55 679	15 670
813	52 080 — 52 139	14 286	873	55 680 — 55 739	15 694
814	52 140 — 52 199	14 310	874	55 740 — 55 799	15 718
815	52 200 — 52 259	14 334	875	55 800 — 55 859	15 742
816	52 260 — 52 319	14 356	876	55 860 — 55 919	15 766
817	52 320 — 52 379	14 380	877	55 920 — 55 979	15 788
818	52 380 — 52 439	14 404	878	55 980 — 56 039	15 812
819	52 440 — 52 499	14 426	879	56 040 — 56 099	15 836
820	52 500 — 52 559	14 450	880	56 100 — 56 159	15 860
821	52 560 — 52 619	14 474	881	56 160 — 56 219	15 884
822	52 620 — 52 679	14 496	882	56 220 — 56 279	15 908
823	52 680 — 52 739	14 520	883	56 280 — 56 339	15 930
824	52 740 — 52 799	14 544	884	56 340 — 56 399	15 954
825	52 800 — 52 859	14 566	885	56 400 — 56 459	15 978
826	52 860 — 52 919	14 590	886	56 460 — 56 519	16 002
827	52 920 — 52 979	14 614	887	56 520 — 56 579	16 026
828	52 980 — 53 039	14 636	888	56 580 — 56 639	16 050
829	53 040 — 53 099	14 660	889	56 640 — 56 699	16 074
830	53 100 — 53 159	14 684	890	56 700 — 56 759	16 096
831	53 160 — 53 219	14 706	891	56 760 — 56 819	16 120
832	53 220 — 53 279	14 730	892	56 820 — 56 879	16 144
833	53 280 — 53 339	14 754	893	56 880 — 56 939	16 168
834	53 340 — 53 399	14 778	894	56 940 — 56 999	16 192
835	53 400 — 53 459	14 800	895	57 000 — 57 059	16 216
836	53 460 — 53 519	14 824	896	57 060 — 57 119	16 240
837	53 520 — 53 579	14 848	897	57 120 — 57 179	16 264
838	53 580 — 53 639	14 870	898	57 180 — 57 239	16 286
839	53 640 — 53 699	14 894	899	57 240 — 57 299	16 310
840	53 700 — 53 759	14 918	900	57 300 — 57 359	16 334
841	53 760 — 53 819	14 942	901	57 360 — 57 419	16 358
842	53 820 — 53 879	14 964	902	57 420 — 57 479	16 382
843	53 880 — 53 939	14 988	903	57 480 — 57 539	16 406
844	53 940 — 53 999	15 012	904	57 540 — 57 599	16 430
845	54 000 — 54 059	15 034	905	57 600 — 57 659	16 454
846	54 060 — 54 119	15 058	906	57 660 — 57 719	16 478
847	54 120 — 54 179	15 082	907	57 720 — 57 779	16 500
848	54 180 — 54 239	15 106	908	57 780 — 57 839	16 524
849	54 240 — 54 299	15 128	909	57 840 — 57 899	16 548
850	54 300 — 54 359	15 152	910	57 900 — 57 959	16 572
851	54 360 — 54 419	15 176	911	57 960 — 58 019	16 596
852	54 420 — 54 479	15 200	912	58 020 — 58 079	16 620
853	54 480 — 54 539	15 222	913	58 080 — 58 139	16 644
854	54 540 — 54 599	15 246	914	58 140 — 58 199	16 668
855	54 600 — 54 659	15 270	915	58 200 — 58 259	16 692
856	54 660 — 54 719	15 294	916	58 260 — 58 319	16 716
857	54 720 — 54 779	15 318	917	58 320 — 58 379	16 740
858	54 780 — 54 839	15 340	918	58 380 — 58 439	16 764
859	54 840 — 54 899	15 364	919	58 440 — 58 499	16 788
860	54 900 — 54 959	15 388	920	58 500 — 58 559	16 810

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
921	58 560 — 58 619	16 834	981	62 160 — 62 219	18 278
922	58 620 — 58 679	16 858	982	62 220 — 62 279	18 302
923	58 680 — 58 739	16 882	983	62 280 — 62 339	18 326
924	58 740 — 58 799	16 906	984	62 340 — 62 399	18 350
925	58 800 — 58 859	16 930	985	62 400 — 62 459	18 374
926	58 860 — 58 919	16 954	986	62 460 — 62 519	18 398
927	58 920 — 58 979	16 978	987	62 520 — 62 579	18 422
928	58 980 — 59 039	17 002	988	62 580 — 62 639	18 446
929	59 040 — 59 099	17 026	989	62 640 — 62 699	18 472
930	59 100 — 59 159	17 050	990	62 700 — 62 759	18 496
931	59 160 — 59 219	17 074	991	62 760 — 62 819	18 520
932	59 220 — 59 279	17 098	992	62 820 — 62 879	18 544
933	59 280 — 59 339	17 122	993	62 880 — 62 939	18 568
934	59 340 — 59 399	17 146	994	62 940 — 62 999	18 592
935	59 400 — 59 459	17 170	995	63 000 — 63 059	18 616
936	59 460 — 59 519	17 194	996	63 060 — 63 119	18 642
937	59 520 — 59 579	17 218	997	63 120 — 63 179	18 666
938	59 580 — 59 639	17 242	998	63 180 — 63 239	18 690
939	59 640 — 59 699	17 266	999	63 240 — 63 299	18 714
940	59 700 — 59 759	17 290	1 000	63 300 — 63 359	18 738
941	59 760 — 59 819	17 314	1 001	63 360 — 63 419	18 762
942	59 820 — 59 879	17 338	1 002	63 420 — 63 479	18 786
943	59 880 — 59 939	17 362	1 003	63 480 — 63 539	18 812
944	59 940 — 59 999	17 386	1 004	63 540 — 63 599	18 836
945	60 000 — 60 059	17 410	1 005	63 600 — 63 659	18 860
946	60 060 — 60 119	17 434	1 006	63 660 — 63 719	18 884
947	60 120 — 60 179	17 458	1 007	63 720 — 63 779	18 908
948	60 180 — 60 239	17 482	1 008	63 780 — 63 839	18 932
949	60 240 — 60 299	17 506	1 009	63 840 — 63 899	18 958
950	60 300 — 60 359	17 530	1 010	63 900 — 63 959	18 982
951	60 360 — 60 419	17 554	1 011	63 960 — 64 019	19 006
952	60 420 — 60 479	17 578	1 012	64 020 — 64 079	19 030
953	60 480 — 60 539	17 602	1 013	64 080 — 64 139	19 054
954	60 540 — 60 599	17 626	1 014	64 140 — 64 199	19 078
955	60 600 — 60 659	17 650	1 015	64 200 — 64 259	19 104
956	60 660 — 60 719	17 674	1 016	64 260 — 64 319	19 128
957	60 720 — 60 779	17 698	1 017	64 320 — 64 379	19 152
958	60 780 — 60 839	17 722	1 018	64 380 — 64 439	19 176
959	60 840 — 60 899	17 746	1 019	64 440 — 64 499	19 200
960	60 900 — 60 959	17 770	1 020	64 500 — 64 559	19 226
961	60 960 — 61 019	17 794	1 021	64 560 — 64 619	19 250
962	61 020 — 61 079	17 818	1 022	64 620 — 64 679	19 274
963	61 080 — 61 139	17 842	1 023	64 680 — 64 739	19 298
964	61 140 — 61 199	17 866	1 024	64 740 — 64 799	19 322
965	61 200 — 61 259	17 890	1 025	64 800 — 64 859	19 348
966	61 260 — 61 319	17 916	1 026	64 860 — 64 919	19 372
967	61 320 — 61 379	17 940	1 027	64 920 — 64 979	19 396
968	61 380 — 61 439	17 964	1 028	64 980 — 65 039	19 420
969	61 440 — 61 499	17 988	1 029	65 040 — 65 099	19 446
970	61 500 — 61 559	18 012	1 030	65 100 — 65 159	19 470
971	61 560 — 61 619	18 036	1 031	65 160 — 65 219	19 494
972	61 620 — 61 679	18 060	1 032	65 220 — 65 279	19 518
973	61 680 — 61 739	18 084	1 033	65 280 — 65 339	19 542
974	61 740 — 61 799	18 108	1 034	65 340 — 65 399	19 568
975	61 800 — 61 859	18 132	1 035	65 400 — 65 459	19 592
976	61 860 — 61 919	18 156	1 036	65 460 — 65 519	19 616
977	61 920 — 61 979	18 180	1 037	65 520 — 65 579	19 640
978	61 980 — 62 039	18 204	1 038	65 580 — 65 639	19 666
979	62 040 — 62 099	18 230	1 039	65 640 — 65 699	19 690
980	62 100 — 62 159	18 254	1 040	65 700 — 65 759	19 714

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 041	65 760 — 65 819	19 738	1 101	69 360 — 69 419	21 218
1 042	65 820 — 65 879	19 764	1 102	69 420 — 69 479	21 244
1 043	65 880 — 65 939	19 788	1 103	69 480 — 69 539	21 268
1 044	65 940 — 65 999	19 812	1 104	69 540 — 69 599	21 292
1 045	66 000 — 66 059	19 836	1 105	69 600 — 69 659	21 318
1 046	66 060 — 66 119	19 862	1 106	69 660 — 69 719	21 342
1 047	66 120 — 66 179	19 886	1 107	69 720 — 69 779	21 368
1 048	66 180 — 66 239	19 910	1 108	69 780 — 69 839	21 392
1 049	66 240 — 66 299	19 936	1 109	69 840 — 69 899	21 418
1 050	66 300 — 66 359	19 960	1 110	69 900 — 69 959	21 442
1 051	66 360 — 66 419	19 984	1 111	69 960 — 70 019	21 466
1 052	66 420 — 66 479	20 008	1 112	70 020 — 70 079	21 492
1 053	66 480 — 66 539	20 034	1 113	70 080 — 70 139	21 516
1 054	66 540 — 66 599	20 058	1 114	70 140 — 70 199	21 542
1 055	66 600 — 66 659	20 082	1 115	70 200 — 70 259	21 566
1 056	66 660 — 66 719	20 108	1 116	70 260 — 70 319	21 592
1 057	66 720 — 66 779	20 132	1 117	70 320 — 70 379	21 616
1 058	66 780 — 66 839	20 156	1 118	70 380 — 70 439	21 642
1 059	66 840 — 66 899	20 180	1 119	70 440 — 70 499	21 666
1 060	66 900 — 66 959	20 206	1 120	70 500 — 70 559	21 690
1 061	66 960 — 67 019	20 230	1 121	70 560 — 70 619	21 716
1 062	67 020 — 67 079	20 254	1 122	70 620 — 70 679	21 740
1 063	67 080 — 67 139	20 280	1 123	70 680 — 70 739	21 766
1 064	67 140 — 67 199	20 304	1 124	70 740 — 70 799	21 790
1 065	67 200 — 67 259	20 328	1 125	70 800 — 70 859	21 816
1 066	67 260 — 67 319	20 354	1 126	70 860 — 70 919	21 840
1 067	67 320 — 67 379	20 378	1 127	70 920 — 70 979	21 866
1 068	67 380 — 67 439	20 402	1 128	70 980 — 71 039	21 890
1 069	67 440 — 67 499	20 428	1 129	71 040 — 71 099	21 916
1 070	67 500 — 67 559	20 452	1 130	71 100 — 71 159	21 940
1 071	67 560 — 67 619	20 476	1 131	71 160 — 71 219	21 966
1 072	67 620 — 67 679	20 502	1 132	71 220 — 71 279	21 990
1 073	67 680 — 67 739	20 526	1 133	71 280 — 71 339	22 016
1 074	67 740 — 67 799	20 550	1 134	71 340 — 71 399	22 040
1 075	67 800 — 67 859	20 576	1 135	71 400 — 71 459	22 064
1 076	67 860 — 67 919	20 600	1 136	71 460 — 71 519	22 090
1 077	67 920 — 67 979	20 624	1 137	71 520 — 71 579	22 114
1 078	67 980 — 68 039	20 650	1 138	71 580 — 71 639	22 140
1 079	68 040 — 68 099	20 674	1 139	71 640 — 71 699	22 164
1 080	68 100 — 68 159	20 698	1 140	71 700 — 71 759	22 190
1 081	68 160 — 68 219	20 724	1 141	71 760 — 71 819	22 214
1 082	68 220 — 68 279	20 748	1 142	71 820 — 71 879	22 240
1 083	68 280 — 68 339	20 772	1 143	71 880 — 71 939	22 264
1 084	68 340 — 68 399	20 798	1 144	71 940 — 71 999	22 290
1 085	68 400 — 68 459	20 822	1 145	72 000 — 72 059	22 316
1 086	68 460 — 68 519	20 846	1 146	72 060 — 72 119	22 340
1 087	68 520 — 68 579	20 872	1 147	72 120 — 72 179	22 366
1 088	68 580 — 68 639	20 896	1 148	72 180 — 72 239	22 390
1 089	68 640 — 68 699	20 922	1 149	72 240 — 72 299	22 416
1 090	68 700 — 68 759	20 946	1 150	72 300 — 72 359	22 440
1 091	68 760 — 68 819	20 970	1 151	72 360 — 72 419	22 466
1 092	68 820 — 68 879	20 996	1 152	72 420 — 72 479	22 490
1 093	68 880 — 68 939	21 020	1 153	72 480 — 72 539	22 516
1 094	68 940 — 68 999	21 044	1 154	72 540 — 72 599	22 540
1 095	69 000 — 69 059	21 070	1 155	72 600 — 72 659	22 566
1 096	69 060 — 69 119	21 094	1 156	72 660 — 72 719	22 590
1 097	69 120 — 69 179	21 120	1 157	72 720 — 72 779	22 616
1 098	69 180 — 69 239	21 144	1 158	72 780 — 72 839	22 640
1 099	69 240 — 69 299	21 168	1 159	72 840 — 72 899	22 666
1 100	69 300 — 69 359	21 194	1 160	72 900 — 72 959	22 690

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 161	72 960 — 73 019	22 716	1 221	76 560 — 76 619	24 232
1 162	73 020 — 73 079	22 742	1 222	76 620 — 76 679	24 256
1 163	73 080 — 73 139	22 766	1 223	76 680 — 76 739	24 282
1 164	73 140 — 73 199	22 792	1 224	76 740 — 76 799	24 308
1 165	73 200 — 73 259	22 816	1 225	76 800 — 76 859	24 332
1 166	73 260 — 73 319	22 842	1 226	76 860 — 76 919	24 358
1 167	73 320 — 73 379	22 866	1 227	76 920 — 76 979	24 384
1 168	73 380 — 73 439	22 892	1 228	76 980 — 77 039	24 408
1 169	73 440 — 73 499	22 918	1 229	77 040 — 77 099	24 434
1 170	73 500 — 73 559	22 942	1 230	77 100 — 77 159	24 460
1 171	73 560 — 73 619	22 968	1 231	77 160 — 77 219	24 486
1 172	73 620 — 73 679	22 992	1 232	77 220 — 77 279	24 510
1 173	73 680 — 73 739	23 018	1 233	77 280 — 77 339	24 536
1 174	73 740 — 73 799	23 042	1 234	77 340 — 77 399	24 562
1 175	73 800 — 73 859	23 068	1 235	77 400 — 77 459	24 588
1 176	73 860 — 73 919	23 094	1 236	77 460 — 77 519	24 612
1 177	73 920 — 73 979	23 118	1 237	77 520 — 77 579	24 638
1 178	73 980 — 74 039	23 144	1 238	77 580 — 77 639	24 664
1 179	74 040 — 74 099	23 168	1 239	77 640 — 77 699	24 688
1 180	74 100 — 74 159	23 194	1 240	77 700 — 77 759	24 714
1 181	74 160 — 74 219	23 220	1 241	77 760 — 77 819	24 740
1 182	74 220 — 74 279	23 244	1 242	77 820 — 77 879	24 766
1 183	74 280 — 74 339	23 270	1 243	77 880 — 77 939	24 790
1 184	74 340 — 74 399	23 294	1 244	77 940 — 77 999	24 816
1 185	74 400 — 74 459	23 320	1 245	78 000 — 78 059	24 842
1 186	74 460 — 74 519	23 346	1 246	78 060 — 78 119	24 868
1 187	74 520 — 74 579	23 370	1 247	78 120 — 78 179	24 892
1 188	74 580 — 74 639	23 396	1 248	78 180 — 78 239	24 918
1 189	74 640 — 74 699	23 420	1 249	78 240 — 78 299	24 944
1 190	74 700 — 74 759	23 446	1 250	78 300 — 78 359	24 970
1 191	74 760 — 74 819	23 472	1 251	78 360 — 78 419	24 996
1 192	74 820 — 74 879	23 496	1 252	78 420 — 78 479	25 020
1 193	74 880 — 74 939	23 522	1 253	78 480 — 78 539	25 046
1 194	74 940 — 74 999	23 548	1 254	78 540 — 78 599	25 072
1 195	75 000 — 75 059	23 572	1 255	78 600 — 78 659	25 098
1 196	75 060 — 75 119	23 598	1 256	78 660 — 78 719	25 122
1 197	75 120 — 75 179	23 624	1 257	78 720 — 78 779	25 148
1 198	75 180 — 75 239	23 648	1 258	78 780 — 78 839	25 174
1 199	75 240 — 75 299	23 674	1 259	78 840 — 78 899	25 200
1 200	75 300 — 75 359	23 698	1 260	78 900 — 78 959	25 226
1 201	75 360 — 75 419	23 724	1 261	78 960 — 79 019	25 250
1 202	75 420 — 75 479	23 750	1 262	79 020 — 79 079	25 276
1 203	75 480 — 75 539	23 774	1 263	79 080 — 79 139	25 302
1 204	75 540 — 75 599	23 800	1 264	79 140 — 79 199	25 328
1 205	75 600 — 75 659	23 826	1 265	79 200 — 79 259	25 352
1 206	75 660 — 75 719	23 850	1 266	79 260 — 79 319	25 378
1 207	75 720 — 75 779	23 876	1 267	79 320 — 79 379	25 404
1 208	75 780 — 75 839	23 902	1 268	79 380 — 79 439	25 430
1 209	75 840 — 75 899	23 926	1 269	79 440 — 79 499	25 456
1 210	75 900 — 75 959	23 952	1 270	79 500 — 79 559	25 482
1 211	75 960 — 76 019	23 978	1 271	79 560 — 79 619	25 506
1 212	76 020 — 76 079	24 002	1 272	79 620 — 79 679	25 532
1 213	76 080 — 76 139	24 028	1 273	79 680 — 79 739	25 558
1 214	76 140 — 76 199	24 054	1 274	79 740 — 79 799	25 584
1 215	76 200 — 76 259	24 078	1 275	79 800 — 79 859	25 610
1 216	76 260 — 76 319	24 104	1 276	79 860 — 79 919	25 634
1 217	76 320 — 76 379	24 130	1 277	79 920 — 79 979	25 660
1 218	76 380 — 76 439	24 154	1 278	79 980 — 80 039	25 686
1 219	76 440 — 76 499	24 180	1 279	80 040 — 80 099	25 712
1 220	76 500 — 76 559	24 206	1 280	80 100 — 80 159	25 738

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 281	80 160 — 80 219	25 764	1 341	83 760 — 83 819	27 312
1 282	80 220 — 80 279	25 788	1 342	83 820 — 83 879	27 338
1 283	80 280 — 80 339	25 814	1 343	83 880 — 83 939	27 364
1 284	80 340 — 80 399	25 840	1 344	83 940 — 83 999	27 390
1 285	80 400 — 80 459	25 866	1 345	84 000 — 84 059	27 416
1 286	80 460 — 80 519	25 892	1 346	84 060 — 84 119	27 442
1 287	80 520 — 80 579	25 918	1 347	84 120 — 84 179	27 468
1 288	80 580 — 80 639	25 942	1 348	84 180 — 84 239	27 494
1 289	80 640 — 80 699	25 968	1 349	84 240 — 84 299	27 520
1 290	80 700 — 80 759	25 994	1 350	84 300 — 84 359	27 546
1 291	80 760 — 80 819	26 020	1 351	84 360 — 84 419	27 572
1 292	80 820 — 80 879	26 046	1 352	84 420 — 84 479	27 598
1 293	80 880 — 80 939	26 072	1 353	84 480 — 84 539	27 624
1 294	80 940 — 80 999	26 098	1 354	84 540 — 84 599	27 650
1 295	81 000 — 81 059	26 124	1 355	84 600 — 84 659	27 676
1 296	81 060 — 81 119	26 148	1 356	84 660 — 84 719	27 702
1 297	81 120 — 81 179	26 174	1 357	84 720 — 84 779	27 728
1 298	81 180 — 81 239	26 200	1 358	84 780 — 84 839	27 754
1 299	81 240 — 81 299	26 226	1 359	84 840 — 84 899	27 780
1 300	81 300 — 81 359	26 252	1 360	84 900 — 84 959	27 806
1 301	81 360 — 81 419	26 278	1 361	84 960 — 85 019	27 832
1 302	81 420 — 81 479	26 304	1 362	85 020 — 85 079	27 858
1 303	81 480 — 81 539	26 330	1 363	85 080 — 85 139	27 884
1 304	81 540 — 81 599	26 354	1 364	85 140 — 85 199	27 910
1 305	81 600 — 81 659	26 380	1 365	85 200 — 85 259	27 936
1 306	81 660 — 81 719	26 406	1 366	85 260 — 85 319	27 962
1 307	81 720 — 81 779	26 432	1 367	85 320 — 85 379	27 988
1 308	81 780 — 81 839	26 458	1 368	85 380 — 85 439	28 014
1 309	81 840 — 81 899	26 484	1 369	85 440 — 85 499	28 040
1 310	81 900 — 81 959	26 510	1 370	85 500 — 85 559	28 066
1 311	81 960 — 82 019	26 536	1 371	85 560 — 85 619	28 092
1 312	82 020 — 82 079	26 562	1 372	85 620 — 85 679	28 118
1 313	82 080 — 82 139	26 588	1 373	85 680 — 85 739	28 144
1 314	82 140 — 82 199	26 612	1 374	85 740 — 85 799	28 170
1 315	82 200 — 82 259	26 638	1 375	85 800 — 85 859	28 196
1 316	82 260 — 82 319	26 664	1 376	85 860 — 85 919	28 222
1 317	82 320 — 82 379	26 690	1 377	85 920 — 85 979	28 248
1 318	82 380 — 82 439	26 716	1 378	85 980 — 86 039	28 274
1 319	82 440 — 82 499	26 742	1 379	86 040 — 86 099	28 302
1 320	82 500 — 82 559	26 768	1 380	86 100 — 86 159	28 328
1 321	82 560 — 82 619	26 794	1 381	86 160 — 86 219	28 354
1 322	82 620 — 82 679	26 820	1 382	86 220 — 86 279	28 380
1 323	82 680 — 82 739	26 846	1 383	86 280 — 86 339	28 406
1 324	82 740 — 82 799	26 872	1 384	86 340 — 86 399	28 432
1 325	82 800 — 82 859	26 898	1 385	86 400 — 86 459	28 458
1 326	82 860 — 82 919	26 924	1 386	86 460 — 86 519	28 484
1 327	82 920 — 82 979	26 950	1 387	86 520 — 86 579	28 510
1 328	82 980 — 83 039	26 974	1 388	86 580 — 86 639	28 536
1 329	83 040 — 83 099	27 000	1 389	86 640 — 86 699	28 562
1 330	83 100 — 83 159	27 026	1 390	86 700 — 86 759	28 588
1 331	83 160 — 83 219	27 052	1 391	86 760 — 86 819	28 614
1 332	83 220 — 83 279	27 078	1 392	86 820 — 86 879	28 640
1 333	83 280 — 83 339	27 104	1 393	86 880 — 86 939	28 668
1 334	83 340 — 83 399	27 130	1 394	86 940 — 86 999	28 694
1 335	83 400 — 83 459	27 156	1 395	87 000 — 87 059	28 720
1 336	83 460 — 83 519	27 182	1 396	87 060 — 87 119	28 746
1 337	83 520 — 83 579	27 208	1 397	87 120 — 87 179	28 772
1 338	83 580 — 83 639	27 234	1 398	87 180 — 87 239	28 798
1 339	83 640 — 83 699	27 260	1 399	87 240 — 87 299	28 824
1 340	83 700 — 83 759	27 286	1 400	87 300 — 87 359	28 850

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 401	87 360 — 87 419	28 876	1 461	90 960 — 91 019	30 458
1 402	87 420 — 87 479	28 902	1 462	91 020 — 91 079	30 484
1 403	87 480 — 87 539	28 930	1 463	91 080 — 91 139	30 510
1 404	87 540 — 87 599	28 956	1 464	91 140 — 91 199	30 536
1 405	87 600 — 87 659	28 982	1 465	91 200 — 91 259	30 564
1 406	87 660 — 87 719	29 008	1 466	91 260 — 91 319	30 590
1 407	87 720 — 87 779	29 034	1 467	91 320 — 91 379	30 616
1 408	87 780 — 87 839	29 060	1 468	91 380 — 91 439	30 642
1 409	87 840 — 87 899	29 086	1 469	91 440 — 91 499	30 670
1 410	87 900 — 87 959	29 112	1 470	91 500 — 91 559	30 696
1 411	87 960 — 88 019	29 140	1 471	91 560 — 91 619	30 722
1 412	88 020 — 88 079	29 166	1 472	91 620 — 91 679	30 748
1 413	88 080 — 88 139	29 192	1 473	91 680 — 91 739	30 776
1 414	88 140 — 88 199	29 218	1 474	91 740 — 91 799	30 802
1 415	88 200 — 88 259	29 244	1 475	91 800 — 91 859	30 828
1 416	88 260 — 88 319	29 270	1 476	91 860 — 91 919	30 854
1 417	88 320 — 88 379	29 296	1 477	91 920 — 91 979	30 882
1 418	88 380 — 88 439	29 324	1 478	91 980 — 92 039	30 908
1 419	88 440 — 88 499	29 350	1 479	92 040 — 92 099	30 934
1 420	88 500 — 88 559	29 376	1 480	92 100 — 92 159	30 962
1 421	88 560 — 88 619	29 402	1 481	92 160 — 92 219	30 988
1 422	88 620 — 88 679	29 428	1 482	92 220 — 92 279	31 014
1 423	88 680 — 88 739	29 454	1 483	92 280 — 92 339	31 040
1 424	88 740 — 88 799	29 480	1 484	92 340 — 92 399	31 068
1 425	88 800 — 88 859	29 508	1 485	92 400 — 92 459	31 094
1 426	88 860 — 88 919	29 534	1 486	92 460 — 92 519	31 120
1 427	88 920 — 88 979	29 560	1 487	92 520 — 92 579	31 148
1 428	88 980 — 89 039	29 586	1 488	92 580 — 92 639	31 174
1 429	89 040 — 89 099	29 612	1 489	92 640 — 92 699	31 200
1 430	89 100 — 89 159	29 638	1 490	92 700 — 92 759	31 226
1 431	89 160 — 89 219	29 666	1 491	92 760 — 92 819	31 254
1 432	89 220 — 89 279	29 692	1 492	92 820 — 92 879	31 280
1 433	89 280 — 89 339	29 718	1 493	92 880 — 92 939	31 306
1 434	89 340 — 89 399	29 744	1 494	92 940 — 92 999	31 334
1 435	89 400 — 89 459	29 770	1 495	93 000 — 93 059	31 360
1 436	89 460 — 89 519	29 796	1 496	93 060 — 93 119	31 386
1 437	89 520 — 89 579	29 824	1 497	93 120 — 93 179	31 414
1 438	89 580 — 89 639	29 850	1 498	93 180 — 93 239	31 440
1 439	89 640 — 89 699	29 876	1 499	93 240 — 93 299	31 466
1 440	89 700 — 89 759	29 902	1 500	93 300 — 93 359	31 494
1 441	89 760 — 89 819	29 928	1 501	93 360 — 93 419	31 520
1 442	89 820 — 89 879	29 956	1 502	93 420 — 93 479	31 546
1 443	89 880 — 89 939	29 982	1 503	93 480 — 93 539	31 574
1 444	89 940 — 89 999	30 008	1 504	93 540 — 93 599	31 600
1 445	90 000 — 90 059	30 034	1 505	93 600 — 93 659	31 626
1 446	90 060 — 90 119	30 060	1 506	93 660 — 93 719	31 654
1 447	90 120 — 90 179	30 088	1 507	93 720 — 93 779	31 680
1 448	90 180 — 90 239	30 114	1 508	93 780 — 93 839	31 706
1 449	90 240 — 90 299	30 140	1 509	93 840 — 93 899	31 734
1 450	90 300 — 90 359	30 166	1 510	93 900 — 93 959	31 760
1 451	90 360 — 90 419	30 192	1 511	93 960 — 94 019	31 786
1 452	90 420 — 90 479	30 220	1 512	94 020 — 94 079	31 814
1 453	90 480 — 90 539	30 246	1 513	94 080 — 94 139	31 840
1 454	90 540 — 90 599	30 272	1 514	94 140 — 94 199	31 866
1 455	90 600 — 90 659	30 298	1 515	94 200 — 94 259	31 894
1 456	90 660 — 90 719	30 326	1 516	94 260 — 94 319	31 920
1 457	90 720 — 90 779	30 352	1 517	94 320 — 94 379	31 946
1 458	90 780 — 90 839	30 378	1 518	94 380 — 94 439	31 974
1 459	90 840 — 90 899	30 404	1 519	94 440 — 94 499	32 000
1 460	90 900 — 90 959	30 430	1 520	94 500 — 94 559	32 026

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 521	94 560 — 94 619	32 054	1 581	100 320 — 100 439	34 638
1 522	94 620 — 94 679	32 080	1 582	100 440 — 100 559	34 692
1 523	94 680 — 94 739	32 106	1 583	100 560 — 100 679	34 746
1 524	94 740 — 94 799	32 134	1 584	100 680 — 100 799	34 800
1 525	94 800 — 94 859	32 160	1 585	100 800 — 100 919	34 856
1 526	94 860 — 94 919	32 188	1 586	100 920 — 101 039	34 910
1 527	94 920 — 94 979	32 214	1 587	101 040 — 101 159	34 964
1 528	94 980 — 95 039	32 240	1 588	101 160 — 101 279	35 018
1 529	95 040 — 95 099	32 268	1 589	101 280 — 101 399	35 072
1 530	95 100 — 95 159	32 294	1 590	101 400 — 101 519	35 126
1 531	95 160 — 95 219	32 320	1 591	101 520 — 101 639	35 182
1 532	95 220 — 95 279	32 348	1 592	101 640 — 101 759	35 236
1 533	95 280 — 95 339	32 374	1 593	101 760 — 101 879	35 290
1 534	95 340 — 95 399	32 402	1 594	101 880 — 101 999	35 344
1 535	95 400 — 95 459	32 428	1 595	102 000 — 102 119	35 398
1 536	95 460 — 95 519	32 454	1 596	102 120 — 102 239	35 454
1 537	95 520 — 95 579	32 482	1 597	102 240 — 102 359	35 508
1 538	95 580 — 95 639	32 508	1 598	102 360 — 102 479	35 562
1 539	95 640 — 95 699	32 536	1 599	102 480 — 102 599	35 616
1 540	95 700 — 95 759	32 562	1 600	102 600 — 102 719	35 672
1 541	95 760 — 95 819	32 588	1 601	102 720 — 102 839	35 726
1 542	95 820 — 95 879	32 616	1 602	102 840 — 102 959	35 780
1 543	95 880 — 95 939	32 642	1 603	102 960 — 103 079	35 834
1 544	95 940 — 95 999	32 670	1 604	103 080 — 103 199	35 890
1 545	96 000 — 96 119	32 696	1 605	103 200 — 103 319	35 944
1 546	96 120 — 96 239	32 750	1 606	103 320 — 103 439	35 998
1 547	96 240 — 96 359	32 804	1 607	103 440 — 103 559	36 054
1 548	96 360 — 96 479	32 858	1 608	103 560 — 103 679	36 108
1 549	96 480 — 96 599	32 910	1 609	103 680 — 103 799	36 162
1 550	96 600 — 96 719	32 964	1 610	103 800 — 103 919	36 218
1 551	96 720 — 96 839	33 018	1 611	103 920 — 104 039	36 272
1 552	96 840 — 96 959	33 072	1 612	104 040 — 104 159	36 326
1 553	96 960 — 97 079	33 126	1 613	104 160 — 104 279	36 382
1 554	97 080 — 97 199	33 180	1 614	104 280 — 104 399	36 436
1 555	97 200 — 97 319	33 234	1 615	104 400 — 104 519	36 490
1 556	97 320 — 97 439	33 288	1 616	104 520 — 104 639	36 546
1 557	97 440 — 97 559	33 342	1 617	104 640 — 104 759	36 600
1 558	97 560 — 97 679	33 394	1 618	104 760 — 104 879	36 656
1 559	97 680 — 97 799	33 448	1 619	104 880 — 104 999	36 710
1 560	97 800 — 97 919	33 502	1 620	105 000 — 105 119	36 764
1 561	97 920 — 98 039	33 556	1 621	105 120 — 105 239	36 820
1 562	98 040 — 98 159	33 610	1 622	105 240 — 105 359	36 874
1 563	98 160 — 98 279	33 664	1 623	105 360 — 105 479	36 930
1 564	98 280 — 98 399	33 718	1 624	105 480 — 105 599	36 984
1 565	98 400 — 98 519	33 772	1 625	105 600 — 105 719	37 040
1 566	98 520 — 98 639	33 826	1 626	105 720 — 105 839	37 094
1 567	98 640 — 98 759	33 880	1 627	105 840 — 105 959	37 150
1 568	98 760 — 98 879	33 934	1 628	105 960 — 106 079	37 204
1 569	98 880 — 98 999	33 988	1 629	106 080 — 106 199	37 260
1 570	99 000 — 99 119	34 042	1 630	106 200 — 106 319	37 314
1 571	99 120 — 99 239	34 096	1 631	106 320 — 106 439	37 370
1 572	99 240 — 99 359	34 150	1 632	106 440 — 106 559	37 424
1 573	99 360 — 99 479	34 204	1 633	106 560 — 106 679	37 480
1 574	99 480 — 99 599	34 258	1 634	106 680 — 106 799	37 534
1 575	99 600 — 99 719	34 312	1 635	106 800 — 106 919	37 590
1 576	99 720 — 99 839	34 368	1 636	106 920 — 107 039	37 644
1 577	99 840 — 99 959	34 422	1 637	107 040 — 107 159	37 700
1 578	99 960 — 100 079	34 476	1 638	107 160 — 107 279	37 754
1 579	100 080 — 100 199	34 530	1 639	107 280 — 107 399	37 810
1 580	100 200 — 100 319	34 584	1 640	107 400 — 107 519	37 864

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 641	107 520 — 107 639	37 920	1 701	114 720 — 114 839	41 256
1 642	107 640 — 107 759	37 976	1 702	114 840 — 114 959	41 312
1 643	107 760 — 107 879	38 030	1 703	114 960 — 115 079	41 368
1 644	107 880 — 107 999	38 086	1 704	115 080 — 115 199	41 424
1 645	108 000 — 108 119	38 140	1 705	115 200 — 115 319	41 480
1 646	108 120 — 108 239	38 196	1 706	115 320 — 115 439	41 536
1 647	108 240 — 108 359	38 252	1 707	115 440 — 115 559	41 592
1 648	108 360 — 108 479	38 306	1 708	115 560 — 115 679	41 648
1 649	108 480 — 108 599	38 362	1 709	115 680 — 115 799	41 704
1 650	108 600 — 108 719	38 416	1 710	115 800 — 115 919	41 760
1 651	108 720 — 108 839	38 472	1 711	115 920 — 116 039	41 816
1 652	108 840 — 108 959	38 528	1 712	116 040 — 116 159	41 872
1 653	108 960 — 109 079	38 582	1 713	116 160 — 116 279	41 928
1 654	109 080 — 109 199	38 638	1 714	116 280 — 116 399	41 984
1 655	109 200 — 109 319	38 694	1 715	116 400 — 116 519	42 042
1 656	109 320 — 109 439	38 748	1 716	116 520 — 116 639	42 098
1 657	109 440 — 109 559	38 804	1 717	116 640 — 116 759	42 154
1 658	109 560 — 109 679	38 860	1 718	116 760 — 116 879	42 210
1 659	109 680 — 109 799	38 916	1 719	116 880 — 116 999	42 266
1 660	109 800 — 109 919	38 970	1 720	117 000 — 117 119	42 322
1 661	109 920 — 110 039	39 026	1 721	117 120 — 117 239	42 378
1 662	110 040 — 110 159	39 082	1 722	117 240 — 117 359	42 434
1 663	110 160 — 110 279	39 136	1 723	117 360 — 117 479	42 492
1 664	110 280 — 110 399	39 192	1 724	117 480 — 117 599	42 548
1 665	110 400 — 110 519	39 248	1 725	117 600 — 117 719	42 604
1 666	110 520 — 110 639	39 304	1 726	117 720 — 117 839	42 660
1 667	110 640 — 110 759	39 358	1 727	117 840 — 117 959	42 716
1 668	110 760 — 110 879	39 414	1 728	117 960 — 118 079	42 774
1 669	110 880 — 110 999	39 470	1 729	118 080 — 118 199	42 830
1 670	111 000 — 111 119	39 526	1 730	118 200 — 118 319	42 886
1 671	111 120 — 111 239	39 582	1 731	118 320 — 118 439	42 942
1 672	111 240 — 111 359	39 636	1 732	118 440 — 118 559	42 998
1 673	111 360 — 111 479	39 692	1 733	118 560 — 118 679	43 056
1 674	111 480 — 111 599	39 748	1 734	118 680 — 118 799	43 112
1 675	111 600 — 111 719	39 804	1 735	118 800 — 118 919	43 168
1 676	111 720 — 111 839	39 860	1 736	118 920 — 119 039	43 224
1 677	111 840 — 111 959	39 914	1 737	119 040 — 119 159	43 282
1 678	111 960 — 112 079	39 970	1 738	119 160 — 119 279	43 338
1 679	112 080 — 112 199	40 026	1 739	119 280 — 119 399	43 394
1 680	112 200 — 112 319	40 082	1 740	119 400 — 119 519	43 450
1 681	112 320 — 112 439	40 138	1 741	119 520 — 119 639	43 508
1 682	112 440 — 112 559	40 194	1 742	119 640 — 119 759	43 564
1 683	112 560 — 112 679	40 250	1 743	119 760 — 119 879	43 620
1 684	112 680 — 112 799	40 306	1 744	119 880 — 119 999	43 678
1 685	112 800 — 112 919	40 360	1 745	120 000 — 120 119	43 734
1 686	112 920 — 113 039	40 416	1 746	120 120 — 120 239	43 790
1 687	113 040 — 113 159	40 472	1 747	120 240 — 120 359	43 848
1 688	113 160 — 113 279	40 528	1 748	120 360 — 120 479	43 904
1 689	113 280 — 113 399	40 584	1 749	120 480 — 120 599	43 960
1 690	113 400 — 113 519	40 640	1 750	120 600 — 120 719	44 018
1 691	113 520 — 113 639	40 696	1 751	120 720 — 120 839	44 074
1 692	113 640 — 113 759	40 752	1 752	120 840 — 120 959	44 130
1 693	113 760 — 113 879	40 808	1 753	120 960 — 121 079	44 188
1 694	113 880 — 113 999	40 864	1 754	121 080 — 121 199	44 244
1 695	114 000 — 114 119	40 920	1 755	121 200 — 121 319	44 300
1 696	114 120 — 114 239	40 976	1 756	121 320 — 121 439	44 358
1 697	114 240 — 114 359	41 032	1 757	121 440 — 121 559	44 414
1 698	114 360 — 114 479	41 088	1 758	121 560 — 121 679	44 470
1 699	114 480 — 114 599	41 144	1 759	121 680 — 121 799	44 528
1 700	114 600 — 114 719	41 200	1 760	121 800 — 121 919	44 584

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 761	121 920 — 122 039	44 642	1 821	129 120 — 129 239	48 074
1 762	122 040 — 122 159	44 698	1 822	129 240 — 129 359	48 132
1 763	122 160 — 122 279	44 756	1 823	129 360 — 129 479	48 190
1 764	122 280 — 122 399	44 812	1 824	129 480 — 129 599	48 248
1 765	122 400 — 122 519	44 868	1 825	129 600 — 129 719	48 304
1 766	122 520 — 122 639	44 926	1 826	129 720 — 129 839	48 362
1 767	122 640 — 122 759	44 982	1 827	129 840 — 129 959	48 420
1 768	122 760 — 122 879	45 040	1 828	129 960 — 130 079	48 478
1 769	122 880 — 122 999	45 096	1 829	130 080 — 130 199	48 536
1 770	123 000 — 123 119	45 154	1 830	130 200 — 130 319	48 594
1 771	123 120 — 123 239	45 210	1 831	130 320 — 130 439	48 650
1 772	123 240 — 123 359	45 268	1 832	130 440 — 130 559	48 708
1 773	123 360 — 123 479	45 324	1 833	130 560 — 130 679	48 766
1 774	123 480 — 123 599	45 382	1 834	130 680 — 130 799	48 824
1 775	123 600 — 123 719	45 438	1 835	130 800 — 130 919	48 882
1 776	123 720 — 123 839	45 496	1 836	130 920 — 131 039	48 940
1 777	123 840 — 123 959	45 552	1 837	131 040 — 131 159	48 998
1 778	123 960 — 124 079	45 610	1 838	131 160 — 131 279	49 056
1 779	124 080 — 124 199	45 666	1 839	131 280 — 131 399	49 112
1 780	124 200 — 124 319	45 724	1 840	131 400 — 131 519	49 170
1 781	124 320 — 124 439	45 780	1 841	131 520 — 131 639	49 228
1 782	124 440 — 124 559	45 838	1 842	131 640 — 131 759	49 286
1 783	124 560 — 124 679	45 894	1 843	131 760 — 131 879	49 344
1 784	124 680 — 124 799	45 952	1 844	131 880 — 131 999	49 402
1 785	124 800 — 124 919	46 010	1 845	132 000 — 132 119	49 460
1 786	124 920 — 125 039	46 066	1 846	132 120 — 132 239	49 518
1 787	125 040 — 125 159	46 124	1 847	132 240 — 132 359	49 576
1 788	125 160 — 125 279	46 180	1 848	132 360 — 132 479	49 634
1 789	125 280 — 125 399	46 238	1 849	132 480 — 132 599	49 692
1 790	125 400 — 125 519	46 296	1 850	132 600 — 132 719	49 750
1 791	125 520 — 125 639	46 352	1 851	132 720 — 132 839	49 808
1 792	125 640 — 125 759	46 410	1 852	132 840 — 132 959	49 866
1 793	125 760 — 125 879	46 466	1 853	132 960 — 133 079	49 924
1 794	125 880 — 125 999	46 524	1 854	133 080 — 133 199	49 982
1 795	126 000 — 126 119	46 582	1 855	133 200 — 133 319	50 040
1 796	126 120 — 126 239	46 638	1 856	133 320 — 133 439	50 098
1 797	126 240 — 126 359	46 696	1 857	133 440 — 133 559	50 156
1 798	126 360 — 126 479	46 754	1 858	133 560 — 133 679	50 214
1 799	126 480 — 126 599	46 810	1 859	133 680 — 133 799	50 272
1 800	126 600 — 126 719	46 868	1 860	133 800 — 133 919	50 330
1 801	126 720 — 126 839	46 926	1 861	133 920 — 134 039	50 388
1 802	126 840 — 126 959	46 982	1 862	134 040 — 134 159	50 446
1 803	126 960 — 127 079	47 040	1 863	134 160 — 134 279	50 504
1 804	127 080 — 127 199	47 098	1 864	134 280 — 134 399	50 562
1 805	127 200 — 127 319	47 154	1 865	134 400 — 134 519	50 620
1 806	127 320 — 127 439	47 212	1 866	134 520 — 134 639	50 678
1 807	127 440 — 127 559	47 270	1 867	134 640 — 134 759	50 736
1 808	127 560 — 127 679	47 326	1 868	134 760 — 134 879	50 794
1 809	127 680 — 127 799	47 384	1 869	134 880 — 134 999	50 852
1 810	127 800 — 127 919	47 442	1 870	135 000 — 135 119	50 910
1 811	127 920 — 128 039	47 500	1 871	135 120 — 135 239	50 968
1 812	128 040 — 128 159	47 556	1 872	135 240 — 135 359	51 026
1 813	128 160 — 128 279	47 614	1 873	135 360 — 135 479	51 086
1 814	128 280 — 128 399	47 672	1 874	135 480 — 135 599	51 144
1 815	128 400 — 128 519	47 730	1 875	135 600 — 135 719	51 202
1 816	128 520 — 128 639	47 786	1 876	135 720 — 135 839	51 260
1 817	128 640 — 128 759	47 844	1 877	135 840 — 135 959	51 318
1 818	128 760 — 128 879	47 902	1 878	135 960 — 136 079	51 376
1 819	128 880 — 128 999	47 960	1 879	136 080 — 136 199	51 434
1 820	129 000 — 129 119	48 016	1 880	136 200 — 136 319	51 492

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 881	136 320 — 136 439	51 550	1 941	143 520 — 143 639	55 068
1 882	136 440 — 136 559	51 610	1 942	143 640 — 143 759	55 126
1 883	136 560 — 136 679	51 668	1 943	143 760 — 143 879	55 186
1 884	136 680 — 136 799	51 726	1 944	143 880 — 143 999	55 244
1 885	136 800 — 136 919	51 784	1 945	144 000 — 144 119	55 304
1 886	136 920 — 137 039	51 842	1 946	144 120 — 144 239	55 362
1 887	137 040 — 137 159	51 900	1 947	144 240 — 144 359	55 422
1 888	137 160 — 137 279	51 960	1 948	144 360 — 144 479	55 480
1 889	137 280 — 137 399	52 018	1 949	144 480 — 144 599	55 540
1 890	137 400 — 137 519	52 076	1 950	144 600 — 144 719	55 598
1 891	137 520 — 137 639	52 134	1 951	144 720 — 144 839	55 658
1 892	137 640 — 137 759	52 192	1 952	144 840 — 144 959	55 716
1 893	137 760 — 137 879	52 252	1 953	144 960 — 145 079	55 776
1 894	137 880 — 137 999	52 310	1 954	145 080 — 145 199	55 834
1 895	138 000 — 138 119	52 368	1 955	145 200 — 145 319	55 894
1 896	138 120 — 138 239	52 426	1 956	145 320 — 145 439	55 952
1 897	138 240 — 138 359	52 486	1 957	145 440 — 145 559	56 012
1 898	138 360 — 138 479	52 544	1 958	145 560 — 145 679	56 072
1 899	138 480 — 138 599	52 602	1 959	145 680 — 145 799	56 130
1 900	138 600 — 138 719	52 660	1 960	145 800 — 145 919	56 190
1 901	138 720 — 138 839	52 718	1 961	145 920 — 146 039	56 248
1 902	138 840 — 138 959	52 778	1 962	146 040 — 146 159	56 308
1 903	138 960 — 139 079	52 836	1 963	146 160 — 146 279	56 366
1 904	139 080 — 139 199	52 894	1 964	146 280 — 146 399	56 426
1 905	139 200 — 139 319	52 954	1 965	146 400 — 146 519	56 486
1 906	139 320 — 139 439	53 012	1 966	146 520 — 146 639	56 544
1 907	139 440 — 139 559	53 070	1 967	146 640 — 146 759	56 604
1 908	139 560 — 139 679	53 128	1 968	146 760 — 146 879	56 662
1 909	139 680 — 139 799	53 188	1 969	146 880 — 146 999	56 722
1 910	139 800 — 139 919	53 246	1 970	147 000 — 147 119	56 782
1 911	139 920 — 140 039	53 304	1 971	147 120 — 147 239	56 840
1 912	140 040 — 140 159	53 364	1 972	147 240 — 147 359	56 900
1 913	140 160 — 140 279	53 422	1 973	147 360 — 147 479	56 958
1 914	140 280 — 140 399	53 480	1 974	147 480 — 147 599	57 018
1 915	140 400 — 140 519	53 540	1 975	147 600 — 147 719	57 078
1 916	140 520 — 140 639	53 598	1 976	147 720 — 147 839	57 136
1 917	140 640 — 140 759	53 656	1 977	147 840 — 147 959	57 196
1 918	140 760 — 140 879	53 716	1 978	147 960 — 148 079	57 256
1 919	140 880 — 140 999	53 774	1 979	148 080 — 148 199	57 314
1 920	141 000 — 141 119	53 832	1 980	148 200 — 148 319	57 374
1 921	141 120 — 141 239	53 892	1 981	148 320 — 148 439	57 434
1 922	141 240 — 141 359	53 950	1 982	148 440 — 148 559	57 492
1 923	141 360 — 141 479	54 008	1 983	148 560 — 148 679	57 552
1 924	141 480 — 141 599	54 068	1 984	148 680 — 148 799	57 612
1 925	141 600 — 141 719	54 126	1 985	148 800 — 148 919	57 670
1 926	141 720 — 141 839	54 186	1 986	148 920 — 149 039	57 730
1 927	141 840 — 141 959	54 244	1 987	149 040 — 149 159	57 790
1 928	141 960 — 142 079	54 302	1 988	149 160 — 149 279	57 848
1 929	142 080 — 142 199	54 362	1 989	149 280 — 149 399	57 908
1 930	142 200 — 142 319	54 420	1 990	149 400 — 149 519	57 968
1 931	142 320 — 142 439	54 480	1 991	149 520 — 149 639	58 026
1 932	142 440 — 142 559	54 538	1 992	149 640 — 149 759	58 086
1 933	142 560 — 142 679	54 596	1 993	149 760 — 149 879	58 146
1 934	142 680 — 142 799	54 656	1 994	149 880 — 149 999	58 206
1 935	142 800 — 142 919	54 714	1 995	150 000 — 150 119	58 264
1 936	142 920 — 143 039	54 774	1 996	150 120 — 150 239	58 324
1 937	143 040 — 143 159	54 832	1 997	150 240 — 150 359	58 384
1 938	143 160 — 143 279	54 892	1 998	150 360 — 150 479	58 444
1 939	143 280 — 143 399	54 950	1 999	150 480 — 150 599	58 502
1 940	143 400 — 143 519	55 008	2 000	150 600 — 150 719	58 562

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Nr. Lfd.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 001	150 720 — 150 839	58 622	2 061	157 920 — 158 039	62 210
2 002	150 840 — 150 959	58 682	2 062	158 040 — 158 159	62 270
2 003	150 960 — 151 079	58 740	2 063	158 160 — 158 279	62 330
2 004	151 080 — 151 199	58 800	2 064	158 280 — 158 399	62 390
2 005	151 200 — 151 319	58 860	2 065	158 400 — 158 519	62 450
2 006	151 320 — 151 439	58 920	2 066	158 520 — 158 639	62 510
2 007	151 440 — 151 559	58 978	2 067	158 640 — 158 759	62 570
2 008	151 560 — 151 679	59 038	2 068	158 760 — 158 879	62 630
2 009	151 680 — 151 799	59 098	2 069	158 880 — 158 999	62 690
2 010	151 800 — 151 919	59 158	2 070	159 000 — 159 119	62 750
2 011	151 920 — 152 039	59 218	2 071	159 120 — 159 239	62 810
2 012	152 040 — 152 159	59 276	2 072	159 240 — 159 359	62 870
2 013	152 160 — 152 279	59 336	2 073	159 360 — 159 479	62 930
2 014	152 280 — 152 399	59 396	2 074	159 480 — 159 599	62 990
2 015	152 400 — 152 519	59 456	2 075	159 600 — 159 719	63 050
2 016	152 520 — 152 639	59 516	2 076	159 720 — 159 839	63 110
2 017	152 640 — 152 759	59 576	2 077	159 840 — 159 959	63 170
2 018	152 760 — 152 879	59 634	2 078	159 960 — 160 079	63 232
2 019	152 880 — 152 999	59 694	2 079	160 080 — 160 199	63 292
2 020	153 000 — 153 119	59 754	2 080	160 200 — 160 319	63 352
2 021	153 120 — 153 239	59 814	2 081	160 320 — 160 439	63 412
2 022	153 240 — 153 359	59 874	2 082	160 440 — 160 559	63 472
2 023	153 360 — 153 479	59 934	2 083	160 560 — 160 679	63 532
2 024	153 480 — 153 599	59 994	2 084	160 680 — 160 799	63 592
2 025	153 600 — 153 719	60 052	2 085	160 800 — 160 919	63 652
2 026	153 720 — 153 839	60 112	2 086	160 920 — 161 039	63 712
2 027	153 840 — 153 959	60 172	2 087	161 040 — 161 159	63 774
2 028	153 960 — 154 079	60 232	2 088	161 160 — 161 279	63 834
2 029	154 080 — 154 199	60 292	2 089	161 280 — 161 399	63 894
2 030	154 200 — 154 319	60 352	2 090	161 400 — 161 519	63 954
2 031	154 320 — 154 439	60 412	2 091	161 520 — 161 639	64 014
2 032	154 440 — 154 559	60 472	2 092	161 640 — 161 759	64 074
2 033	154 560 — 154 679	60 530	2 093	161 760 — 161 879	64 134
2 034	154 680 — 154 799	60 590	2 094	161 880 — 161 999	64 196
2 035	154 800 — 154 919	60 650	2 095	162 000 — 162 119	64 256
2 036	154 920 — 155 039	60 710	2 096	162 120 — 162 239	64 316
2 037	155 040 — 155 159	60 770	2 097	162 240 — 162 359	64 376
2 038	155 160 — 155 279	60 830	2 098	162 360 — 162 479	64 436
2 039	155 280 — 155 399	60 890	2 099	162 480 — 162 599	64 496
2 040	155 400 — 155 519	60 950	2 100	162 600 — 162 719	64 558
2 041	155 520 — 155 639	61 010	2 101	162 720 — 162 839	64 618
2 042	155 640 — 155 759	61 070	2 102	162 840 — 162 959	64 678
2 043	155 760 — 155 879	61 130	2 103	162 960 — 163 079	64 738
2 044	155 880 — 155 999	61 190	2 104	163 080 — 163 199	64 798
2 045	156 000 — 156 119	61 250	2 105	163 200 — 163 319	64 860
2 046	156 120 — 156 239	61 310	2 106	163 320 — 163 439	64 920
2 047	156 240 — 156 359	61 370	2 107	163 440 — 163 559	64 980
2 048	156 360 — 156 479	61 430	2 108	163 560 — 163 679	65 040
2 049	156 480 — 156 599	61 490	2 109	163 680 — 163 799	65 100
2 050	156 600 — 156 719	61 550	2 110	163 800 — 163 919	65 162
2 051	156 720 — 156 839	61 608	2 111	163 920 — 164 039	65 222
2 052	156 840 — 156 959	61 668	2 112	164 040 — 164 159	65 282
2 053	156 960 — 157 079	61 728	2 113	164 160 — 164 279	65 342
2 054	157 080 — 157 199	61 788	2 114	164 280 — 164 399	65 404
2 055	157 200 — 157 319	61 848	2 115	164 400 — 164 519	65 464
2 056	157 320 — 157 439	61 908	2 116	164 520 — 164 639	65 524
2 057	157 440 — 157 559	61 968	2 117	164 640 — 164 759	65 584
2 058	157 560 — 157 679	62 028	2 118	164 760 — 164 879	65 646
2 059	157 680 — 157 799	62 088	2 119	164 880 — 164 999	65 706
2 060	157 800 — 157 919	62 150	2 120	165 000 — 165 119	65 766

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 121	165 120 — 165 239	65 826	2 181	172 320 — 172 439	69 472
2 122	165 240 — 165 359	65 888	2 182	172 440 — 172 559	69 532
2 123	165 360 — 165 479	65 948	2 183	172 560 — 172 679	69 594
2 124	165 480 — 165 599	66 008	2 184	172 680 — 172 799	69 654
2 125	165 600 — 165 719	66 068	2 185	172 800 — 172 919	69 714
2 126	165 720 — 165 839	66 130	2 186	172 920 — 173 039	69 776
2 127	165 840 — 165 959	66 190	2 187	173 040 — 173 159	69 836
2 128	165 960 — 166 079	66 250	2 188	173 160 — 173 279	69 898
2 129	166 080 — 166 199	66 312	2 189	173 280 — 173 399	69 958
2 130	166 200 — 166 319	66 372	2 190	173 400 — 173 519	70 020
2 131	166 320 — 166 439	66 432	2 191	173 520 — 173 639	70 080
2 132	166 440 — 166 559	66 492	2 192	173 640 — 173 759	70 142
2 133	166 560 — 166 679	66 554	2 193	173 760 — 173 879	70 202
2 134	166 680 — 166 799	66 614	2 194	173 880 — 173 999	70 264
2 135	166 800 — 166 919	66 674	2 195	174 000 — 174 119	70 324
2 136	166 920 — 167 039	66 736	2 196	174 120 — 174 239	70 386
2 137	167 040 — 167 159	66 796	2 197	174 240 — 174 359	70 448
2 138	167 160 — 167 279	66 856	2 198	174 360 — 174 479	70 508
2 139	167 280 — 167 399	66 918	2 199	174 480 — 174 599	70 570
2 140	167 400 — 167 519	66 978	2 200	174 600 — 174 719	70 630
2 141	167 520 — 167 639	67 038	2 201	174 720 — 174 839	70 692
2 142	167 640 — 167 759	67 100	2 202	174 840 — 174 959	70 752
2 143	167 760 — 167 879	67 160	2 203	174 960 — 175 079	70 814
2 144	167 880 — 167 999	67 220	2 204	175 080 — 175 199	70 874
2 145	168 000 — 168 119	67 282	2 205	175 200 — 175 319	70 936
2 146	168 120 — 168 239	67 342	2 206	175 320 — 175 439	70 996
2 147	168 240 — 168 359	67 402	2 207	175 440 — 175 559	71 058
2 148	168 360 — 168 479	67 464	2 208	175 560 — 175 679	71 118
2 149	168 480 — 168 599	67 524	2 209	175 680 — 175 799	71 180
2 150	168 600 — 168 719	67 584	2 210	175 800 — 175 919	71 242
2 151	168 720 — 168 839	67 646	2 211	175 920 — 176 039	71 302
2 152	168 840 — 168 959	67 706	2 212	176 040 — 176 159	71 364
2 153	168 960 — 169 079	67 768	2 213	176 160 — 176 279	71 424
2 154	169 080 — 169 199	67 828	2 214	176 280 — 176 399	71 486
2 155	169 200 — 169 319	67 888	2 215	176 400 — 176 519	71 546
2 156	169 320 — 169 439	67 950	2 216	176 520 — 176 639	71 608
2 157	169 440 — 169 559	68 010	2 217	176 640 — 176 759	71 670
2 158	169 560 — 169 679	68 072	2 218	176 760 — 176 879	71 730
2 159	169 680 — 169 799	68 132	2 219	176 880 — 176 999	71 792
2 160	169 800 — 169 919	68 192	2 220	177 000 — 177 119	71 852
2 161	169 920 — 170 039	68 254	2 221	177 120 — 177 239	71 914
2 162	170 040 — 170 159	68 314	2 222	177 240 — 177 359	71 976
2 163	170 160 — 170 279	68 376	2 223	177 360 — 177 479	72 036
2 164	170 280 — 170 399	68 436	2 224	177 480 — 177 599	72 098
2 165	170 400 — 170 519	68 496	2 225	177 600 — 177 719	72 158
2 166	170 520 — 170 639	68 558	2 226	177 720 — 177 839	72 220
2 167	170 640 — 170 759	68 618	2 227	177 840 — 177 959	72 282
2 168	170 760 — 170 879	68 680	2 228	177 960 — 178 079	72 342
2 169	170 880 — 170 999	68 740	2 229	178 080 — 178 199	72 404
2 170	171 000 — 171 119	68 802	2 230	178 200 — 178 319	72 464
2 171	171 120 — 171 239	68 862	2 231	178 320 — 178 439	72 526
2 172	171 240 — 171 359	68 922	2 232	178 440 — 178 559	72 588
2 173	171 360 — 171 479	68 984	2 233	178 560 — 178 679	72 648
2 174	171 480 — 171 599	69 044	2 234	178 680 — 178 799	72 710
2 175	171 600 — 171 719	69 106	2 235	178 800 — 178 919	72 772
2 176	171 720 — 171 839	69 166	2 236	178 920 — 179 039	72 832
2 177	171 840 — 171 959	69 228	2 237	179 040 — 179 159	72 894
2 178	171 960 — 172 079	69 288	2 238	179 160 — 179 279	72 956
2 179	172 080 — 172 199	69 350	2 239	179 280 — 179 399	73 016
2 180	172 200 — 172 319	69 410	2 240	179 400 — 179 519	73 078

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 241	179 520 — 179 639	73 140	2 301	186 720 — 186 839	76 828
2 242	179 640 — 179 759	73 200	2 302	186 840 — 186 959	76 888
2 243	179 760 — 179 879	73 262	2 303	186 960 — 187 079	76 950
2 244	179 880 — 179 999	73 322	2 304	187 080 — 187 199	77 012
2 245	180 000 — 180 119	73 384	2 305	187 200 — 187 319	77 074
2 246	180 120 — 180 239	73 446	2 306	187 320 — 187 439	77 136
2 247	180 240 — 180 359	73 506	2 307	187 440 — 187 559	77 196
2 248	180 360 — 180 479	73 568	2 308	187 560 — 187 679	77 258
2 249	180 480 — 180 599	73 630	2 309	187 680 — 187 799	77 320
2 250	180 600 — 180 719	73 692	2 310	187 800 — 187 919	77 382
2 251	180 720 — 180 839	73 752	2 311	187 920 — 188 039	77 444
2 252	180 840 — 180 959	73 814	2 312	188 040 — 188 159	77 506
2 253	180 960 — 181 079	73 876	2 313	188 160 — 188 279	77 566
2 254	181 080 — 181 199	73 936	2 314	188 280 — 188 399	77 628
2 255	181 200 — 181 319	73 998	2 315	188 400 — 188 519	77 690
2 256	181 320 — 181 439	74 060	2 316	188 520 — 188 639	77 752
2 257	181 440 — 181 559	74 120	2 317	188 640 — 188 759	77 814
2 258	181 560 — 181 679	74 182	2 318	188 760 — 188 879	77 876
2 259	181 680 — 181 799	74 244	2 319	188 880 — 188 999	77 936
2 260	181 800 — 181 919	74 304	2 320	189 000 — 189 119	77 998
2 261	181 920 — 182 039	74 366	2 321	189 120 — 189 239	78 060
2 262	182 040 — 182 159	74 428	2 322	189 240 — 189 359	78 122
2 263	182 160 — 182 279	74 490	2 323	189 360 — 189 479	78 184
2 264	182 280 — 182 399	74 550	2 324	189 480 — 189 599	78 246
2 265	182 400 — 182 519	74 612	2 325	189 600 — 189 719	78 308
2 266	182 520 — 182 639	74 674	2 326	189 720 — 189 839	78 368
2 267	182 640 — 182 759	74 734	2 327	189 840 — 189 959	78 430
2 268	182 760 — 182 879	74 796	2 328	189 960 — 190 079	78 492
2 269	182 880 — 182 999	74 858	2 329	190 080 — 190 199	78 554
2 270	183 000 — 183 119	74 920	2 330	190 200 — 190 319	78 616
2 271	183 120 — 183 239	74 980	2 331	190 320 — 190 439	78 678
2 272	183 240 — 183 359	75 042	2 332	190 440 — 190 559	78 740
2 273	183 360 — 183 479	75 104	2 333	190 560 — 190 679	78 802
2 274	183 480 — 183 599	75 166	2 334	190 680 — 190 799	78 862
2 275	183 600 — 183 719	75 226	2 335	190 800 — 190 919	78 924
2 276	183 720 — 183 839	75 288	2 336	190 920 — 191 039	78 986
2 277	183 840 — 183 959	75 350	2 337	191 040 — 191 159	79 048
2 278	183 960 — 184 079	75 412	2 338	191 160 — 191 279	79 110
2 279	184 080 — 184 199	75 472	2 339	191 280 — 191 399	79 172
2 280	184 200 — 184 319	75 534	2 340	191 400 — 191 519	79 234
2 281	184 320 — 184 439	75 596	2 341	191 520 — 191 639	79 296
2 282	184 440 — 184 559	75 658	2 342	191 640 — 191 759	79 358
2 283	184 560 — 184 679	75 718	2 343	191 760 — 191 879	79 418
2 284	184 680 — 184 799	75 780	2 344	191 880 — 191 999	79 480
2 285	184 800 — 184 919	75 842	2 345	192 000 — 192 119	79 542
2 286	184 920 — 185 039	75 904	2 346	192 120 — 192 239	79 604
2 287	185 040 — 185 159	75 964	2 347	192 240 — 192 359	79 666
2 288	185 160 — 185 279	76 026	2 348	192 360 — 192 479	79 728
2 289	185 280 — 185 399	76 088	2 349	192 480 — 192 599	79 790
2 290	185 400 — 185 519	76 150	2 350	192 600 — 192 719	79 852
2 291	185 520 — 185 639	76 212	2 351	192 720 — 192 839	79 914
2 292	185 640 — 185 759	76 272	2 352	192 840 — 192 959	79 976
2 293	185 760 — 185 879	76 334	2 353	192 960 — 193 079	80 038
2 294	185 880 — 185 999	76 396	2 354	193 080 — 193 199	80 098
2 295	186 000 — 186 119	76 458	2 355	193 200 — 193 319	80 160
2 296	186 120 — 186 239	76 520	2 356	193 320 — 193 439	80 222
2 297	186 240 — 186 359	76 580	2 357	193 440 — 193 559	80 284
2 298	186 360 — 186 479	76 642	2 358	193 560 — 193 679	80 346
2 299	186 480 — 186 599	76 704	2 359	193 680 — 193 799	80 408
2 300	186 600 — 186 719	76 766	2 360	193 800 — 193 919	80 470

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 361	193 920 — 194 039	80 532	2 421	201 120 — 201 239	84 250
2 362	194 040 — 194 159	80 594	2 422	201 240 — 201 359	84 312
2 363	194 160 — 194 279	80 656	2 423	201 360 — 201 479	84 374
2 364	194 280 — 194 399	80 718	2 424	201 480 — 201 599	84 436
2 365	194 400 — 194 519	80 780	2 425	201 600 — 201 719	84 498
2 366	194 520 — 194 639	80 842	2 426	201 720 — 201 839	84 560
2 367	194 640 — 194 759	80 904	2 427	201 840 — 201 959	84 622
2 368	194 760 — 194 879	80 966	2 428	201 960 — 202 079	84 684
2 369	194 880 — 194 999	81 026	2 429	202 080 — 202 199	84 746
2 370	195 000 — 195 119	81 088	2 430	202 200 — 202 319	84 808
2 371	195 120 — 195 239	81 150	2 431	202 320 — 202 439	84 870
2 372	195 240 — 195 359	81 212	2 432	202 440 — 202 559	84 934
2 373	195 360 — 195 479	81 274	2 433	202 560 — 202 679	84 996
2 374	195 480 — 195 599	81 336	2 434	202 680 — 202 799	85 058
2 375	195 600 — 195 719	81 398	2 435	202 800 — 202 919	85 120
2 376	195 720 — 195 839	81 460	2 436	202 920 — 203 039	85 182
2 377	195 840 — 195 959	81 522	2 437	203 040 — 203 159	85 244
2 378	195 960 — 196 079	81 584	2 438	203 160 — 203 279	85 306
2 379	196 080 — 196 199	81 646	2 439	203 280 — 203 399	85 368
2 380	196 200 — 196 319	81 708	2 440	203 400 — 203 519	85 430
2 381	196 320 — 196 439	81 770	2 441	203 520 — 203 639	85 492
2 382	196 440 — 196 559	81 832	2 442	203 640 — 203 759	85 554
2 383	196 560 — 196 679	81 894	2 443	203 760 — 203 879	85 616
2 384	196 680 — 196 799	81 956	2 444	203 880 — 203 999	85 678
2 385	196 800 — 196 919	82 018	2 445	204 000 — 204 119	85 740
2 386	196 920 — 197 039	82 080	2 446	204 120 — 204 239	85 802
2 387	197 040 — 197 159	82 142	2 447	204 240 — 204 359	85 864
2 388	197 160 — 197 279	82 204	2 448	204 360 — 204 479	85 926
2 389	197 280 — 197 399	82 266	2 449	204 480 — 204 599	85 988
2 390	197 400 — 197 519	82 328	2 450	204 600 — 204 719	86 052
2 391	197 520 — 197 639	82 390	2 451	204 720 — 204 839	86 114
2 392	197 640 — 197 759	82 452	2 452	204 840 — 204 959	86 176
2 393	197 760 — 197 879	82 514	2 453	204 960 — 205 079	86 238
2 394	197 880 — 197 999	82 576	2 454	205 080 — 205 199	86 300
2 395	198 000 — 198 119	82 638	2 455	205 200 — 205 319	86 362
2 396	198 120 — 198 239	82 700	2 456	205 320 — 205 439	86 424
2 397	198 240 — 198 359	82 762	2 457	205 440 — 205 559	86 486
2 398	198 360 — 198 479	82 824	2 458	205 560 — 205 679	86 548
2 399	198 480 — 198 599	82 886	2 459	205 680 — 205 799	86 610
2 400	198 600 — 198 719	82 948	2 460	205 800 — 205 919	86 672
2 401	198 720 — 198 839	83 010	2 461	205 920 — 206 039	86 734
2 402	198 840 — 198 959	83 072	2 462	206 040 — 206 159	86 796
2 403	198 960 — 199 079	83 134	2 463	206 160 — 206 279	86 860
2 404	199 080 — 199 199	83 196	2 464	206 280 — 206 399	86 922
2 405	199 200 — 199 319	83 258	2 465	206 400 — 206 519	86 984
2 406	199 320 — 199 439	83 320	2 466	206 520 — 206 639	87 046
2 407	199 440 — 199 559	83 382	2 467	206 640 — 206 759	87 108
2 408	199 560 — 199 679	83 444	2 468	206 760 — 206 879	87 170
2 409	199 680 — 199 799	83 506	2 469	206 880 — 206 999	87 232
2 410	199 800 — 199 919	83 568	2 470	207 000 — 207 119	87 294
2 411	199 920 — 200 039	83 630	2 471	207 120 — 207 239	87 356
2 412	200 040 — 200 159	83 692	2 472	207 240 — 207 359	87 418
2 413	200 160 — 200 279	83 754	2 473	207 360 — 207 479	87 480
2 414	200 280 — 200 399	83 816	2 474	207 480 — 207 599	87 544
2 415	200 400 — 200 519	83 878	2 475	207 600 — 207 719	87 606
2 416	200 520 — 200 639	83 940	2 476	207 720 — 207 839	87 668
2 417	200 640 — 200 759	84 002	2 477	207 840 — 207 959	87 730
2 418	200 760 — 200 879	84 064	2 478	207 960 — 208 079	87 792
2 419	200 880 — 200 999	84 126	2 479	208 080 — 208 199	87 854
2 420	201 000 — 201 119	84 188	2 480	208 200 — 208 319	87 916

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
2 481	208 320 — 208 439	87 978	2 530	214 200 — 214 319	91 028
2 482	208 440 — 208 559	88 040	2 531	214 320 — 214 439	91 090
2 483	208 560 — 208 679	88 102	2 532	214 440 — 214 559	91 152
2 484	208 680 — 208 799	88 166	2 533	214 560 — 214 679	91 216
2 485	208 800 — 208 919	88 228	2 534	214 680 — 214 799	91 278
2 486	208 920 — 209 039	88 290	2 535	214 800 — 214 919	91 340
2 487	209 040 — 209 159	88 352	2 536	214 920 — 215 039	91 402
2 488	209 160 — 209 279	88 414	2 537	215 040 — 215 159	91 464
2 489	209 280 — 209 399	88 476	2 538	215 160 — 215 279	91 526
2 490	209 400 — 209 519	88 538	2 539	215 280 — 215 399	91 588
2 491	209 520 — 209 639	88 600	2 540	215 400 — 215 519	91 652
2 492	209 640 — 209 759	88 662			
2 493	209 760 — 209 879	88 726	2 541	215 520 — 215 639	91 714
2 494	209 880 — 209 999	88 788	2 542	215 640 — 215 759	91 776
2 495	210 000 — 210 119	88 850	2 543	215 760 — 215 879	91 838
2 496	210 120 — 210 239	88 912	2 544	215 880 — 215 999	91 900
2 497	210 240 — 210 359	88 974	2 545	216 000 — 216 119	91 962
2 498	210 360 — 210 479	89 036	2 546	216 120 — 216 239	92 024
2 499	210 480 — 210 599	89 098	2 547	216 240 — 216 359	92 088
2 500	210 600 — 210 719	89 160	2 548	216 360 — 216 479	92 150
			2 549	216 480 — 216 599	92 212
2 501	210 720 — 210 839	89 222	2 550	216 600 — 216 719	92 274
2 502	210 840 — 210 959	89 286	2 551	216 720 — 216 839	92 336
2 503	210 960 — 211 079	89 348	2 552	216 840 — 216 959	92 398
2 504	211 080 — 211 199	89 410	2 553	216 960 — 217 079	92 460
2 505	211 200 — 211 319	89 472	2 554	217 080 — 217 199	92 524
2 506	211 320 — 211 439	89 534	2 555	217 200 — 217 319	92 586
2 507	211 440 — 211 559	89 596	2 556	217 320 — 217 439	92 648
2 508	211 560 — 211 679	89 658	2 557	217 440 — 217 559	92 710
2 509	211 680 — 211 799	89 720	2 558	217 560 — 217 679	92 772
2 510	211 800 — 211 919	89 784	2 559	217 680 — 217 799	92 834
2 511	211 920 — 212 039	89 846	2 560	217 800 — 217 919	92 898
2 512	212 040 — 212 159	89 908			
2 513	212 160 — 212 279	89 970	2 561	217 920 — 218 039	92 960
2 514	212 280 — 212 399	90 032	2 562	218 040 — 218 159	93 022
2 515	212 400 — 212 519	90 094	2 563	218 160 — 218 279	93 084
2 516	212 520 — 212 639	90 156	2 564	218 280 — 218 399	93 146
2 517	212 640 — 212 759	90 218	2 565	218 400 — 218 519	93 208
2 518	212 760 — 212 879	90 282	2 566	218 520 — 218 639	93 270
2 519	212 880 — 212 999	90 344	2 567	218 640 — 218 759	93 334
2 520	213 000 — 213 119	90 406	2 568	218 760 — 218 879	93 396
			2 569	218 880 — 218 999	93 458
2 521	213 120 — 213 239	90 468	2 570	219 000 — 219 119	93 520
2 522	213 240 — 213 359	90 530	2 571	219 120 — 219 239	93 582
2 523	213 360 — 213 479	90 592	2 572	219 240 — 219 359	93 644
2 524	213 480 — 213 599	90 654	2 573	219 360 — 219 479	93 708
2 525	213 600 — 213 719	90 716	2 574	219 480 — 219 599	93 770
2 526	213 720 — 213 839	90 780	2 575	219 600 — 219 719	93 832
2 527	213 840 — 213 959	90 842	2 576	219 720 — 219 839	93 894
2 528	213 960 — 214 079	90 904	2 577	219 840 — 219 959	93 956
2 529	214 080 — 214 199	90 966	2 578	219 960 — 220 079	94 018

Für zu versteuernde Einkommensbeträge von 220 080 Deutsche Mark an beläuft sich die Einkommensteuer auf den um 22 562 Deutsche Mark verminderten Betrag von 53 vom Hundert des abgerundeten zu versteuernden Einkommensbetrags. Der zu versteuernde Einkommensbetrag ist auf den nächsten durch 120 ohne Rest teilbaren Betrag nach unten abzurunden, wenn er nicht bereits durch 120 ohne Rest teilbar ist.

Bei der Berechnung der Einkommensteuer sich ergebende Pfennigbeträge bleiben unberücksichtigt.

**Bekanntmachung der Neufassung
der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.**

Vom 13. März 1959.

Auf Grund des § 51 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 23. September 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 672) wird nachstehend der Wortlaut der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung unter Berücksichtigung der Verordnung zur Änderung einkommensteuerlicher Durchführungsvorschriften vom 12. März 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 89) bekanntgemacht.

Bonn, den 13. März 1959.

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Einkommensteuer-Durchführungsverordnung

in der Fassung vom 13. März 1959

(EStDV 1958).

Zu § 2 Abs. 5 des Gesetzes

§ 1

Wirtschaftsjahr

Das Wirtschaftsjahr umfaßt einen Zeitraum von zwölf Monaten. Es darf einen Zeitraum von weniger als zwölf Monaten umfassen, wenn

1. ein Betrieb eröffnet, erworben, aufgegeben oder veräußert wird oder
2. ein Steuerpflichtiger von regelmäßigen Abschlüssen auf einen bestimmten Tag zu regelmäßigen Abschlüssen auf einen anderen bestimmten Tag übergeht. Bei Umstellung eines Wirtschaftsjahrs, das mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, auf ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr und bei Umstellung eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahrs auf ein anderes vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr gilt dies nur, wenn die Umstellung im Einvernehmen mit dem Finanzamt vorgenommen wird.

§ 2

Wirtschaftsjahr bei Land- und Forstwirten

(1) Macht ein Land- und Forstwirt regelmäßig Abschlüsse für ein Wirtschaftsjahr, das nicht am 30. Juni, aber an einem anderen Tag in der Zeit vom 24. Juni bis 6. Juli endet, so ist dieses Wirtschaftsjahr das Wirtschaftsjahr im Sinn des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 Satz 1 des Gesetzes.

(2) Wirtschaftsjahr im Sinn des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes ist bei

1. reiner Weidewirtschaft und reiner Viehzucht
der Zeitraum vom 1. Mai bis 30. April,
2. reiner Forstwirtschaft
der Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. September.

Ein Betrieb der in Satz 1 bezeichneten Art liegt auch vor, wenn daneben in geringem Umfang noch eine andere land- oder forstwirtschaftliche Nutzung vorhanden ist. Soweit die Oberfinanzdirektionen¹⁾ vor dem 1. Januar 1955 ein anderes als die in § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes oder in Satz 1 bezeichneten Wirtschaftsjahre festgesetzt haben, wird dieser Zeitraum als Wirtschaftsjahr bestimmt; dies gilt nicht für den Weinbau.

(3) Buchführende Land- und Forstwirte im Sinn des § 2 Abs. 5 Ziff. 3 Satz 2 des Gesetzes sind Land- und Forstwirte, die auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung oder ohne eine solche Verpflichtung Bücher führen und regelmäßig Abschlüsse machen.

¹⁾ Im Land Berlin: Das Landesfinanzamt Berlin.

Es müssen mindestens die nach der Verordnung über landwirtschaftliche Buchführung vom 5. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 908) erforderlichen Bücher, Register und Verzeichnisse geführt werden.

Zu § 2 Abs. 6 des Gesetzes

§ 3

(gestrichen)

Zu § 3 des Gesetzes

§ 4

Steuerfreie Einnahmen

Die Vorschriften der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung über die Steuerpflicht oder die Steuerfreiheit von Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit sind bei der Veranlagung anzuwenden.

Zu § 3 a des Gesetzes

§ 5

Begriffsbestimmungen

(1) Aufschließungsmaßnahmen sind Maßnahmen, die in sachlichem Zusammenhang mit der Errichtung von Wohnbauten notwendig sind, um diese Bauten in verkehrsbüchlicher Weise nutzbar zu machen. Dazu gehören insbesondere die Herrichtung der Verkehrsflächen einschließlich des Erwerbs der hierzu erforderlichen Grundstücke und die Herstellung der Abwasseranlagen und der öffentlichen Versorgungsleitungen.

(2) Gemeinschaftseinrichtungen sind solche Einrichtungen, die in ursächlichem Zusammenhang mit der Errichtung von Wohnbauten stehen und dazu bestimmt sind, den Bewohnern dieser Wohnbauten zur gemeinsamen Benutzung zu dienen. Dazu gehören insbesondere Heizungsanlagen, Wasch- und Trockenanlagen, Badeeinrichtungen, Kindergärten und Kinderspielplätze, Versammlungsräume, Leseräume und Sammelgaragen.

(3) Festverzinsliche Schuldverschreibungen des Bundes oder der Länder sind auch solche Schuldverschreibungen, bei denen das Gläubigerrecht in ein Schuldbuch des Bundes oder in das Schuldbuch eines Landes eingetragen ist (Schuldbuchforderungen).

(4) Namensschuldverschreibungen im Sinn des § 3 a Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes sind die schlichten Namenspapiere, die nicht indossiert werden können (Rektapapiere), dagegen nicht die indossablen Namenspapiere (Orderpapiere).

(5) Industrieobligationen sind festverzinsliche Schuldverschreibungen, die von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ausgegeben werden.

Zu §§ 4 bis 7 des Gesetzes

§ 6

Eröffnung, Erwerb, Aufgabe und Veräußerung eines Betriebs

(1) Wird ein Betrieb eröffnet oder erworben, so tritt bei der Ermittlung des Gewinns an die Stelle des Betriebsvermögens am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs das Betriebsvermögen im Zeitpunkt der Eröffnung oder des Erwerbs des Betriebs.

(2) Wird ein Betrieb aufgegeben oder veräußert, so tritt bei der Ermittlung des Gewinns an die Stelle des Betriebsvermögens am Schluß des Wirtschaftsjahrs das Betriebsvermögen im Zeitpunkt der Aufgabe oder der Veräußerung des Betriebs.

§ 7

Unentgeltliche Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs oder einzelner Wirtschaftsgüter

(1) Wird ein Betrieb oder ein Teilbetrieb unentgeltlich übertragen, so sind bei der Ermittlung des Gewinns des bisherigen Betriebsinhabers die Wirtschaftsgüter mit den Werten anzusetzen, die sich nach den Vorschriften über die Gewinnermittlung ergeben. Der Rechtsnachfolger ist an diese Werte gebunden.

(2) Werden einzelne Wirtschaftsgüter unentgeltlich übertragen, so gilt für den Erwerber der Betrag als Anschaffungskosten, den er für das einzelne Wirtschaftsgut im Zeitpunkt des Erwerbs hätte aufwenden müssen.

(3) Im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes sind bei der Bemessung der Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung durch den Rechtsnachfolger (Absatz 1) oder Erwerber (Absatz 2) die sich bei Anwendung der Absätze 1 und 2 ergebenden Werte als Anschaffungskosten zugrunde zu legen.

§ 8

Überleitungsvorschrift zu § 4 Abs. 3 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen

Sind bei der Ermittlung des Gewinns für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 1955 geendet haben, wegen Schwankungen im Betriebsvermögen Zuschläge oder Abschläge nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen vorgenommen worden, so können bei der Ermittlung des Gewinns für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1954 enden, entsprechende Abschläge oder Zuschläge vorgenommen werden, soweit sich die Schwankungen im Betriebsvermögen ausgeglichen haben.

§ 9

Pensionsrückstellungen

(1) Eine Rückstellung für Pensionsanwartschaften kann nur für Versorgungsansprüche gebildet werden, die auf einer vertraglichen Pensionsverpflichtung beruhen oder sich aus einer Betriebsverein-

barung, einem Tarifvertrag oder einer Besoldungsordnung ergeben. Eine auf betrieblicher Übung oder dem Grundsatz der Gleichbehandlung beruhende Pensionsverpflichtung gilt nicht als vertragliche Verpflichtung im Sinn des Satzes 1.

(2) Eine Rückstellung für Pensionsanwartschaften darf im Wirtschaftsjahr den Gewinn nur bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich als Unterschied des Gegenwartswerts am Schluß des Wirtschaftsjahrs und am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ergibt. Der Gegenwartswert ist nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zu berechnen. Er ist gleich dem Barwert der künftigen Pensionsleistungen (einschließlich der Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung) am Schluß des Wirtschaftsjahrs abzüglich des Barwerts der in ihrer betragsmäßigen Höhe oder im Verhältnis zum pensionsfähigen Arbeitslohn gleichbleibenden Jahresbeträge, die nach dem Schluß des Wirtschaftsjahrs rechnungsmäßig aufzubringen wären, um den Barwert der künftigen Pensionsleistungen vom Zeitpunkt der Pensionszusage bis zum vertraglich vorgesehenen Eintritt des Versorgungsfalls anzusammeln. Die Jahresbeträge sind so zu bemessen, daß im Zeitpunkt der Pensionszusage der Barwert der Jahresbeträge gleich dem Barwert der künftigen Pensionsleistungen ist. Erhöht sich der Versorgungsanspruch nach der Pensionszusage durch eine Vertragsänderung, so gilt diese Erhöhung als neue Pensionszusage. Beendet die aus der Pensionszusage berechnete Person ihre Tätigkeit für den Steuerpflichtigen vor dem vertraglich vorgesehenen Eintritt des Versorgungsfalls unter Beibehaltung des Versorgungsanspruchs, so darf die Rückstellung in dem Wirtschaftsjahr, in dem die Tätigkeit endet, den Gewinn bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich als Unterschied zwischen dem versicherungsmathematischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen am Schluß dieses Wirtschaftsjahrs und dem Gegenwartswert am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ergibt.

(3) Ist die am Schluß des Wirtschaftsjahrs 1954 (1953/54) in der Steuerbilanz ausgewiesene Rückstellung für eine Pensionsanwartschaft höher als der Gegenwartswert (Absatz 2) an diesem Stichtag, so sind bei der Berechnung der Gegenwartswerte für die folgenden Wirtschaftsjahre die Jahresbeträge abweichend von Absatz 2 Satz 4 so zu bemessen, daß am Schluß des Wirtschaftsjahrs 1954 (1953/54) der Barwert dieser Jahresbeträge gleich dem Barwert der künftigen Pensionsleistungen abzüglich der bis zu diesem Stichtag gebildeten Rückstellung ist.

§ 10

Absetzung für Abnutzung im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes

Bei Wirtschaftsgütern, die bereits am 21. Juni 1948¹⁾ zum Betriebsvermögen gehört haben, sind im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes für die Bemessung der Absetzungen für Abnutzung als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde zu legen

¹⁾ Im Land Berlin: 1. April 1949.

1. bei Gebäuden höchstens die Werte, die sich bei sinngemäßer Anwendung des § 16 Abs. 1 des D-Markbilanzgesetzes vom 21. August 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 279)¹⁾, und
 2. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens höchstens die Werte, die sich bei sinngemäßer Anwendung des § 18 des D-Markbilanzgesetzes
- ergeben würden.

§ 11

**Anschaffungs- oder Herstellungskosten
in den Fällen der §§ 7 c und 7 d Abs. 2 des Gesetzes
in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen**

Bei Gebäuden, Eigentumswohnungen und Schiffen, die mit Zuschüssen im Sinn der §§ 7 c und 7 d Abs. 2 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen angeschafft oder hergestellt worden sind, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um den Betrag dieser Zuschüsse anzusetzen.

§ 11 a

**Weitere Verfahren der Absetzung
für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen**

(1) Statt des in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahrens kann der Steuerpflichtige andere der kaufmännischen Übung entsprechende Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen anwenden, wenn sich danach für das erste Jahr der Nutzung und für die ersten drei Jahre der Nutzung insgesamt nicht höhere Absetzungen für Abnutzung als bei dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahren ergeben.

(2) Ein Wechsel zwischen dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten und einem nach Absatz 1 anwendbaren Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen sowie zwischen mehreren nach Absatz 1 anwendbaren Verfahren ist nicht zulässig.

(3) Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen sind die Vorschriften des § 7 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 des Gesetzes zu beachten.

§ 11 b

**Buchmäßige Voraussetzungen für die Absetzung
für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen**

Die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes, § 11 a) ist nur bei den beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlage-

¹⁾ An die Stelle des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 21. August 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 279) tritt im Land Rheinland-Pfalz das Landesgesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 6. September 1949 (Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz Teil I S. 421) und in Berlin das Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 12. August 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 329).

vermögens zulässig, über die ein besonderes Verzeichnis geführt wird, das die folgenden Angaben enthält:

- Tag der Anschaffung oder Herstellung,
- Anschaffungs- oder Herstellungskosten,
- voraussichtliche Nutzungsdauer,
- Höhe der jährlichen Absetzung für Abnutzung.

Steuerpflichtige, bei denen diese Angaben aus der Buchführung ersichtlich sind, brauchen ein besonderes Verzeichnis im Sinn des Satzes 1 nicht zu führen.

Zu § 6 Abs. 2, §§ 7 a, 7 c Abs. 1, §§ 7 e, 10 a, 10 d und 34 b des Gesetzes

§ 12

Ordnungsmäßige Buchführung

(1) Bei Land- und Forstwirten liegt eine ordnungsmäßige Buchführung im Sinn des

- § 6 Abs. 2 des Gesetzes,
- § 7 a des Gesetzes,
- § 7 c Abs. 1 des Gesetzes,
- § 7 e Abs. 2 des Gesetzes,
- § 10 a des Gesetzes,
- § 10 d des Gesetzes,
- § 34 b Abs. 4 Ziff. 3 des Gesetzes,
- § 76,
- § 79 und
- § 82

vor, wenn Bücher geführt werden, die mindestens den Anforderungen der Verordnung über landwirtschaftliche Buchführung vom 5. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 908) entsprechen.

(2) Bei Steuerpflichtigen, die ihren Gewinn aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes ermitteln, gelten Aufzeichnungen, die den Vorschriften der Absätze 3 und 4 entsprechen, als ordnungsmäßige Buchführung im Sinn des

- § 6 Abs. 2 des Gesetzes,
- § 7 a des Gesetzes und
- § 75.

(3) Die Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben müssen einzeln aufgezeichnet und am Schluß des Kalenderjahrs zusammengerechnet werden. Steuerliche Vorschriften, die eine Zusammenrechnung für kürzere Zeiträume anordnen, bleiben unberührt. Die Vorschriften der §§ 162 und 163 der Reichsabgabenordnung sind zu beachten.

(4) Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, bei denen Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes oder Abschreibungen nach § 7 a des Gesetzes oder nach § 75 vorgenommen werden, sind in ein besonderes, laufend zu führendes Verzeichnis aufzunehmen, das den Tag der Anschaffung oder Herstellung, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die Absetzungen für Abnutzung und die Abschreibungen zu enthalten hat.

§ 13

**Begünstigter Personenkreis
im Sinn der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes**

(1) Auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung vom 14. August 1957 (Bundesge-

setzbl. I S. 1215) können Rechte und Vergünstigungen in Anspruch nehmen

1. Vertriebene (§ 1 des Bundesvertriebenengesetzes),
2. Heimatvertriebene (§ 2 des Bundesvertriebenengesetzes),
3. Sowjetzonenflüchtlinge (§ 3 des Bundesvertriebenengesetzes),
4. den Sowjetzonenflüchtlingen gleichgestellte Personen (§ 4 des Bundesvertriebenengesetzes),

wenn sie die in §§ 9 bis 13 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Voraussetzungen erfüllen. Den in den Ziffern 1 bis 4 bezeichneten Personen stehen diejenigen Personengruppen gleich, die durch eine auf Grund des § 14 des Bundesvertriebenengesetzes erlassene Rechtsverordnung zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen nach dem Bundesvertriebenengesetz berechtigt werden. Der Nachweis für die Zugehörigkeit zu einer der bezeichneten Personengruppen ist durch Vorlage eines Ausweises im Sinn des § 15 des Bundesvertriebenengesetzes zu erbringen. Die bisher von den Ländern für die in Satz 1 Ziff. 1 und 2 bezeichneten Steuerpflichtigen ausgegebenen Ausweise gelten weiter, bis sie durch Ausweise im Sinn des § 15 des Bundesvertriebenengesetzes ersetzt oder durch die Bundesregierung außer Kraft gesetzt werden.

(2) Erlischt die Befugnis zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen (§§ 13 und 19 des Bundesvertriebenengesetzes), so können

1. § 7 a des Gesetzes für solche bewegliche Wirtschaftsgüter, die bis zum Tag des Erlöschens der Befugnis angeschafft oder hergestellt worden sind,
2. § 7 e des Gesetzes für solche Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude, die bis zum Tag des Erlöschens der Befugnis hergestellt worden sind, und
3. § 10 a des Gesetzes für den gesamten nicht entnommenen Gewinn des Veranlagungszeitraums, in dem die Befugnis erloschen ist,

in Anspruch genommen werden. Werden in den Fällen der Ziffern 1 und 2 die beweglichen Wirtschaftsgüter oder die Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftlichen Betriebsgebäude erst nach dem Tag des Erlöschens der Befugnis angeschafft oder hergestellt, so können §§ 7 a und 7 e des Gesetzes auf die bis zu diesem Zeitpunkt aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten angewandt werden. Der Tag der Anschaffung ist der Tag der Lieferung, der Tag der Herstellung ist der Tag der Fertigstellung.

(3) Die für die Eintragung eines Vermerks im Sinn des § 19 des Bundesvertriebenengesetzes zuständige Behörde hat die Eintragung des Vermerks unverzüglich dem für die Veranlagung des Steuerpflichtigen zuständigen Finanzamt (§ 73 a der Reichsabgabenordnung) mitzuteilen.

(4) Aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt sind Steuerpflichtige, die nach §§ 1, 4, 149 und 167 des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz — BEG —) in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559) oder nach den landesrechtlichen Vorschriften Anspruch auf Entschädigung haben. Der Nachweis für die Zugehörigkeit zu der Personengruppe der Verfolgten ist durch Vorlage eines Bescheids oder einer sonstigen Mitteilung der zuständigen Entschädigungsbehörde zu erbringen.

Zu § 7 a des Gesetzes

§ 14

Bewertungsfreiheit für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter

(1) Das Jahr der Anschaffung ist das Wirtschaftsjahr der Lieferung, das Jahr der Herstellung ist das Wirtschaftsjahr der Fertigstellung.

(2) Sind im Fall des § 7 a des Gesetzes mehrere Personen an einem Unternehmen als Mitunternehmer beteiligt und liegen nicht bei allen Mitunternehmern die Voraussetzungen des Gesetzes vor, so kann die Bewertungsfreiheit von dem Unternehmen nur in Höhe des Hundertsatzes in Anspruch genommen werden, mit dem die Mitunternehmer, die die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen, an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sind. Die Höchstgrenze der Abschreibung für das Unternehmen beträgt auch in diesem Fall 100 000 Deutsche Mark.

Zu § 7 b des Gesetzes

§ 15

Erhöhte Absetzungen für Wohngebäude

(1) Der Steuerpflichtige kann im Fall des § 7 b des Gesetzes an Stelle der nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in dem darauffolgenden Jahr bis zu je 10 vom Hundert, in den darauffolgenden zehn Jahren bis zu je 3 vom Hundert der Herstellungskosten absetzen.

(2) § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

(3) Die erhöhten Absetzungen nach § 7 b des Gesetzes sind auch bei der Berechnung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus nach der Verordnung über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 99) zulässig. Der Absetzungsbetrag ist in voller Höhe von dem um die abzugsfähigen Schuldzinsen gekürzten Grundbetrag abzuziehen. Entsteht hierdurch ein Verlust, so ist dieser mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten auszugleichen.

§ 16

Erhöhte Absetzungen beim Ersterwerb im Sinn des § 7 b Abs. 3 und 4 des Gesetzes

(1) Kleinsiedlung ist eine Siedlerstelle im Sinn des § 10, Kaufeigenheim ist ein Wohngebäude im

Sinn des § 9 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 523).

(2) Die Verpflichtung, die Kleinsiedlung oder das Kaufeigenheim an natürliche Personen zu Eigentum zu übertragen (Vorrats- oder Bestellbau), muß sich auf die Übertragung des bürgerlich-rechtlichen Eigentums oder eines Erbbaurechts beziehen. Sie kann auch gegenüber einem anderen als dem Ersterwerber übernommen werden.

(3) Beim Ersterwerb einer Eigentumswohnung gilt Absatz 2 entsprechend. Beim Ersterwerb eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts muß sich die Verpflichtung auf die Bestellung des Dauerwohnrechts beziehen. In den Fällen der Sätze 1 und 2 ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme des § 7b des Gesetzes, daß die Wohnung zu mehr als 66⅔ vom Hundert Wohnzwecken dient.

(4) Zu den Anschaffungskosten gehören nicht die Aufwendungen für den Erwerb des Grund und Bodens.

Zu § 7c des Gesetzes

§ 17

Tilgung in gleichen Jahresbeträgen

Ein Darlehen ist in gleichen Jahresbeträgen zu tilgen, wenn es jährlich mit gleichen Teilbeträgen, die der im Darlehensvertrag vereinbarten Laufzeit entsprechen, zurückzuzahlen ist.

§ 18

Voraussetzungen

(1) Bauherr ist, wer auf eigene Rechnung und Gefahr Wohnungen baut oder bauen läßt.

(2) Eigenheim ist ein Wohngebäude im Sinn des § 9 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 523). Für die Begriffe „Kaufeigenheim“ und „Kleinsiedlung“ gilt § 16 Abs. 1.

(3) Ein Wiederaufbau von durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden liegt auch vor, wenn ein anderer die Gebäude wieder aufbaut als der Eigentümer im Zeitpunkt der Zerstörung.

§ 19

Gewinn bei Berechnung des berücksichtigungsfähigen Gesamtbetrags der im Wirtschaftsjahr gegebenen Darlehen

Bei Berechnung des berücksichtigungsfähigen Gesamtbetrags der im Wirtschaftsjahr gegebenen Darlehen ist von dem Gewinn auszugehen, der sich vor Abzug des nach § 7c Abs. 1 des Gesetzes vom Gewinn abzuziehenden Betrags ergibt.

§ 20

Nachversteuerung

(1) Die befreiende Schuldübernahme steht der Rückzahlung des Darlehens an den Darlehnsgeber gleich. Das gilt nicht, wenn die Darlehnschuld im Rahmen der Veräußerung eines Gebäudes oder einer Eigentumswohnung übernommen wird.

(2) Eine Nachversteuerung ist nicht durchzuführen, wenn eine Darlehnsforderung zur Sicherung einer Schuld abgetreten wird. Das gleiche gilt, wenn eine Darlehnsforderung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge oder im Rahmen der unentgeltlichen Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs oder eines Mitunternehmeranteils auf einen anderen übergeht.

Zu § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957

§ 21

Bewertungsfreiheit für Schiffe

Bei Anwendung des § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 gilt § 14 Abs. 1 entsprechend.

§ 21 a

Überleitungsvorschrift zu § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957

Die Bewertungsfreiheit des § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 kann für ein nach dem 10. Juni 1958 hergestelltes Schiff auf Antrag in Anspruch genommen werden, wenn das Schiff vor dem 11. Juni 1958 bestellt und angezahlt oder wenn vor diesem Zeitpunkt mit seiner Herstellung begonnen worden ist. Weitere Voraussetzung ist, daß das Schiff vor dem 1. Januar 1961 geliefert oder fertiggestellt worden ist.

Zu § 7e des Gesetzes

§ 22

Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude

(1) Die durch § 7e Abs. 1 des Gesetzes gewährte Bewertungsfreiheit wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß sich

1. in dem hergestellten Fabrikgebäude (§ 7e Abs. 1 Buchstaben a bis c des Gesetzes) die mit der Fabrikation zusammenhängenden üblichen Kontor- und Lagerräume oder
2. in dem hergestellten Lagerhaus (§ 7e Abs. 1 Buchstabe d des Gesetzes) die mit der Lagerung zusammenhängenden üblichen Kontorräume befinden,

wenn auf diese Räume nicht mehr als 20 vom Hundert der Herstellungskosten entfallen.

(2) Die Bewertungsfreiheit nach § 7e des Gesetzes ist auch dann zu gewähren, wenn ein nach dem 31. Dezember 1951 hergestelltes Gebäude gleichzeitig mehreren der in § 7e Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Zwecken dient.

(3) Dient ein nach dem 31. Dezember 1951 hergestelltes Gebäude zum Teil Fabrikationszwecken oder Lagerzwecken der in § 7e Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Art und zum Teil Wohnzwecken, so ist, wenn der Fabrikationszwecken oder Lagerzwecken dienende Gebäudeteil überwiegt, bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen die Bewertungsfreiheit des § 7e des Gesetzes zu gewähren. Überwiegt der Wohnzwecken dienende Teil, so sind die erhöhten Absetzungen des § 7b des Gesetzes

auch dann zuzubilligen, wenn der Fabrikationszwecken oder Lagerzwecken dienende Teil 33¹/₈ vom Hundert, bei Gebäuden, die vor dem 1. Januar 1953 hergestellt worden sind, 20 vom Hundert übersteigt.

(4) Zum Absatz an Wiederverkäufer im Sinn des § 7e Abs. 1 Buchstabe d des Gesetzes bestimmt sind solche Waren, die zum Absatz an einen anderen Unternehmer zur Weiterveräußerung — sei es in derselben Beschaffenheit, sei es nach vorheriger Bearbeitung oder Verarbeitung — bestimmt sind.

(5) Zu den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden gehört auch die Wohnung des Steuerpflichtigen, wenn sie die bei Betrieben gleicher Art übliche Größe nicht überschreitet.

(6) § 14 gilt entsprechend.

Zu §§ 7c, 7d Abs. 2, §§ 7f und 7g des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 und zu §§ 7c und 7d Abs. 2 des Gesetzes in der Fassung vom 17. Januar 1952

§ 23

Weitergeltung von Durchführungsvorschriften

(1) Auf Zuschüsse und Darlehen, für die die Steuervergünstigungen der §§ 7c, 7d Abs. 2, §§ 7f und 7g des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) in Anspruch genommen worden sind, sind §§ 11 bis 11e, 11h und 12b bis 12d der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1953) vom 31. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 67) anzuwenden.

(2) Auf die Rückzahlung von Darlehen, die vor dem 1. Juni 1953 hingegeben worden sind, ist § 11f der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1953) vom 31. März 1954 anzuwenden.

§ 24

(gestrichen)

Zu § 9 des Gesetzes

§ 25

Überleitungsvorschrift zu § 9 Ziff. 1 Satz 2 des Gesetzes

Der Steuerpflichtige kann bei Leibrenten, die vor dem 1. Januar 1955 zu laufen begonnen haben, an Stelle der Anteile, die sich nach § 55 für den Rentenberechtigten ergeben, im Kalenderjahr 1955 90 vom Hundert, im Kalenderjahr 1956 80 vom Hundert, im Kalenderjahr 1957 70 vom Hundert, im Kalenderjahr 1958 60 vom Hundert und im Kalenderjahr 1959 50 vom Hundert des Jahresbetrags der Rente als Werbungskosten abziehen.

§ 26

Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

(1) Hat der Arbeitnehmer aus nicht zwingenden persönlichen Gründen seinen Wohnsitz an einem Ort, der mehr als 40 km von der Arbeitsstätte entfernt liegt, so sind die Aufwendungen nur insoweit Werbungskosten, als sie durch die Fahrten bis zur Entfernung von 40 km verursacht werden.

(2) Zur Abgeltung des Abzugs der Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden für jeden Arbeitstag, an dem der Steuerpflichtige für diese Fahrten ein eigenes Kraftfahrzeug benutzt, die folgenden Pauschbeträge für jeden Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte festgesetzt:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. bei Benutzung eines Kraftwagens | 0,50 DM, |
| 2. bei Benutzung eines Kleinstkraftwagens (drei- oder vierrädriges Kraftfahrzeug, dessen Motor einen Hubraum von nicht mehr als 500 Kubikzentimeter hat) | 0,36 DM, |
| 3. bei Benutzung eines Motorrads oder Motorrollers | 0,22 DM, |
| 4. bei Benutzung eines Fahrrads mit Motor | 0,12 DM. |

Maßgebend ist die kürzeste benutzbare Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Ausnahmsweise kann eine andere Straßenverbindung zugrunde gelegt werden, wenn sie offensichtlich verkehrsgünstiger ist und von dem Steuerpflichtigen regelmäßig benutzt wird. Die tatsächlichen Aufwendungen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit eigenem Kraftfahrzeug können nicht an Stelle der Pauschbeträge oder neben den Pauschbeträgen abgezogen werden.

§ 27

Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringering

Bei nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgütern, die vor dem 21. Juni 1948 angeschafft oder hergestellt oder die unentgeltlich erworben worden sind, sind für die Bemessung der Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringering als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde zu legen

1. bei einem Gebäude,
 - a) das vor dem 21. Juni 1948 angeschafft oder hergestellt worden ist, der am 21. Juni 1948 maßgebende Einheitswert zuzüglich der nach dem 20. Juni 1948 aufgewendeten Herstellungskosten;
 - b) das unentgeltlich erworben und vor dem 21. Juni 1948 hergestellt worden ist, der am 21. Juni 1948 maßgebende Einheitswert zuzüglich der nach dem 20. Juni 1948 aufgewendeten Herstellungskosten abzüglich der nach dem 20. Juni 1948 von dem Rechtsvorgänger vorgenommenen Absetzungen für Abnutzung im Sinn des § 7 des Gesetzes und der erhöhten Absetzungen im Sinn des § 7b des Gesetzes;
 - c) das unentgeltlich erworben und nach dem 20. Juni 1948 hergestellt worden ist, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Rechtsvorgängers abzüglich der von ihm vorgenommenen Absetzungen für Abnutzung im Sinn des § 7 des Gesetzes und der erhöhten Absetzungen im Sinn des § 7b des Gesetzes zuzüglich der vom Erwerber aufgewendeten Herstellungskosten.

In Reichsmark festgesetzte Einheitswerte sind im Verhältnis von einer Reichsmark gleich einer Deutschen Mark umzurechnen. Auf Antrag können für die Bemessung der Absetzungen für Abnutzung die im Verhältnis von einer Reichsmark gleich einer Deutschen Mark umgerechneten Beträge zugrunde gelegt werden, die in dem am 31. Dezember 1947 endenden Veranlagungszeitraum als Absetzung für Abnutzung steuerlich geltend gemacht werden konnten, soweit diese der normalen Abnutzung entsprechen und nicht auf überhöhten Anschaffungs- oder Herstellungskosten beruhen;

2. bei einem sonstigen Wirtschaftsgut,
 - a) das vor dem 21. Juni 1948 angeschafft, hergestellt oder unentgeltlich erworben worden ist, der Betrag, den der Steuerpflichtige für die Anschaffung am 31. August 1948 hätte aufwenden müssen;
 - b) das nach dem 20. Juni 1948 unentgeltlich erworben worden ist, der Betrag, den der Steuerpflichtige für die Anschaffung im Zeitpunkt des Erwerbs hätte aufwenden müssen.

Für das Land Berlin treten an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 1. April 1949, an die Stelle des 20. Juni 1948 jeweils der 31. März 1949 und an die Stelle des 31. August 1948 der 31. August 1949.

Zu § 10 des Gesetzes

§ 28

Überleitungsvorschrift zu § 10 Abs. 1 Ziff. 1 Satz 2 des Gesetzes

Für den Abzug des Anteils von Leibrenten, die vor dem 1. Januar 1955 zu laufen begonnen haben, gilt § 25 entsprechend.

§ 29

Anzeigepflichten bei Versicherungsverträgen und Bausparverträgen

(1) Das Versicherungsunternehmen hat bei den in § 10 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes bezeichneten Versicherungen gegen Einmalbeitrag dem für seine Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73 a der Reichsabgabenordnung) unverzüglich die Fälle anzuzeigen, in denen bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von zehn Jahren, bei vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von drei Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. die Versicherungssumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird, ohne daß der Schadensfall eingetreten ist oder in der Rentenversicherung die vertragsmäßige Rentenleistung erbracht wird,
2. der Einmalbeitrag ganz oder zum Teil zurückgezahlt wird oder
3. Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag ganz oder zum Teil abgetreten oder beliehen werden.

(2) Die Bausparkasse hat dem für ihre Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73 a der Reichsabgabenordnung) unverzüglich die Fälle anzuzeigen, in denen, außer im Fall des Todes des Bausparers, vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. bei nach dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Bausparverträgen
 - a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
 - b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
 - c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil beliehen werden;
2. bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Bausparverträgen
 - a) ein Tatbestand der Ziffer 1 vorliegt oder
 - b) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil abgetreten werden.

In den Fällen, in denen die Bausparsumme ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag beliehen werden, entfällt die Anzeigepflicht, wenn der Bausparer die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet.

(3) Der Steuerpflichtige hat dem für seine Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73 a der Reichsabgabenordnung) die Abtretung und die Beleihung (Absatz 1 Ziff. 3, Absatz 2 Ziff. 1 Buchstabe c und Ziff. 2) unverzüglich anzuzeigen.

(4) Ein Anspruch aus einem Versicherungsvertrag oder einem Bausparvertrag wird beliehen, wenn der Anspruch zur Sicherung einer Schuld abgetreten oder verpfändet wird. Hierbei ist es unerheblich, ob die Schuld vor oder nach Abschluß des Vertrags entstanden ist.

§ 30

Nachversteuerung bei Versicherungsverträgen

Wird bei den in § 10 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes bezeichneten Versicherungen gegen Einmalbeitrag bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von zehn Jahren, bei vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von drei Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. die Versicherungssumme ausgezahlt, ohne daß der Schadensfall eingetreten ist oder in der Rentenversicherung die vertragsmäßige Rentenleistung erbracht wird,
2. der Einmalbeitrag zurückgezahlt oder werden
3. Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag abgetreten oder beliehen,

so ist eine Nachversteuerung für den Veranlagungszeitraum durchzuführen, in dem einer dieser Tatbestände verwirklicht ist. Zu diesem Zweck ist die Steuer zu berechnen, die festzusetzen gewesen wäre, wenn der Steuerpflichtige den Einmalbeitrag nicht geleistet hätte. Der Unterschiedsbetrag zwischen dieser und der festgesetzten Steuer ist als Nachsteuer zu erheben. Bei einer teilweisen Auszahlung, Rückzahlung, Abtretung oder Beleihung

(Ziffern 1 bis 3) ist der Einmalbeitrag insoweit als nicht geleistet anzusehen, als einer dieser Tatbestände verwirklicht ist.

§ 31

Nachversteuerung bei Bausparverträgen

(1) Eine Nachversteuerung ist durchzuführen, wenn, außer im Fall des Todes des Bausparers oder des Eintritts seiner völligen Erwerbsunfähigkeit, vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. bei nach dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Bausparverträgen
 - a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
 - b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
 - c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil beliehen werden;
2. bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Bausparverträgen
 - a) ein Tatbestand der Ziffer 1 vorliegt oder
 - b) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil abgetreten werden.

§ 30 ist entsprechend anzuwenden.

(2) In den Fällen, in denen die Bausparsumme ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag beliehen werden, ist eine Nachversteuerung nicht durchzuführen, soweit der Bausparer die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet.

(3) Im Fall der Abtretung der Ansprüche aus dem Bausparvertrag ist die Nachversteuerung auszusetzen, wenn der Abtretende eine Erklärung des Erwerbers, die Bausparsumme oder die auf Grund einer Beleihung empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau für den Abtretenden oder dessen Angehörige im Sinn des § 10 des Steueranpassungsgesetzes zu verwenden, beibringt.

§§ 32 bis 42

(gestrichen)

§ 43

Überleitungsvorschrift

zu § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe d des Einkommensteuergesetzes 1953 und zu § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957

(1) §§ 21, 23 Satz 3 und 4, §§ 24 bis 28 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1953) vom 31. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 67) sind weiter anzuwenden, wenn der Steuerpflichtige Beiträge auf Grund eines vor dem 1. Januar 1955 abgeschlossenen Sparvertrags mit festgelegten Sparraten (§ 20 EStDV 1953) geleistet oder Sparbeträge im Sinn der §§ 18 und 20 der bezeichneten Verordnung für den steuerbegünstigten Erwerb von Wertpapieren nach § 38 Abs. 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) vom 21. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 756) oder nach § 38 a Abs. 2 der Einkommensteuer-Durch-

führungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 306) verwendet hat. Bei Sparverträgen mit festgelegten Sparraten ist Voraussetzung, daß der Steuerpflichtige mindestens den ersten Sparbetrag vor dem 1. Januar 1955 eingezahlt hat.

(2) §§ 33, 33 a, 35 bis 36 a, 38 Abs. 1 Satz 2 bis 4, § 38 a Abs. 1 letzter Satz und Abs. 3, §§ 39 bis 42 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 in Verbindung mit § 38 Abs. 2 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) vom 21. Dezember 1955 sind weiter anzuwenden, wenn der Steuerpflichtige Beiträge auf Grund von nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Kapitalansammlungsverträgen geleistet hat oder leistet oder wenn der Steuerpflichtige nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 Sparbeträge im Sinn der §§ 32 und 34 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) vom 21. Dezember 1955 oder der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 für den steuerbegünstigten Erwerb von Wertpapieren nach § 38 Abs. 1 der bezeichneten Verordnung vom 21. Dezember 1955 oder nach §§ 38 und 38 a Abs. 1 der bezeichneten Verordnung vom 26. April 1958 verwendet hat.

§ 44

Überleitungsvorschrift

für den Abzug von Beiträgen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes 1957 und des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957

Nach dem 31. Dezember 1958 geleistete Beiträge im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1793) und im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Gesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441) und des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957, die nach Artikel 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473) weiterhin als Sonderausgaben abzugsfähig sind, können zusammen mit den Sonderausgaben im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 des Gesetzes bis zu den in § 10 Abs. 3 Ziff. 3 des Gesetzes bezeichneten Höchstbeträgen abgezogen werden.

§§ 44 a und 44 b

(gestrichen)

Zu § 10a des Gesetzes

§ 45

Steuerbegünstigung

des nicht entnommenen Gewinns
im Fall des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes

(1) Für die Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes ist

1. in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 1 des Gesetzes der im Veranlagungszeitraum nicht entnommene Gewinn,

2. in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 2 des Gesetzes der nicht entnommene Gewinn des im Veranlagungszeitraum endenden Wirtschaftsjahrs maßgebend.

(2) Ist ein Steuerpflichtiger Inhaber oder Mitinhaber mehrerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe oder mehrerer Gewerbebetriebe oder Inhaber (Mitinhaber) von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gewerbebetrieben, so kann die Steuerbegünstigung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes nur auf die Summe der nicht entnommenen Gewinne aus allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gewerbebetrieben angewendet werden. Voraussetzung für die Anwendung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes ist in diesem Fall, daß alle Gewinne auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt werden. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn der Steuerpflichtige und eine mit ihm zusammen veranlagte Person Inhaber oder Mitinhaber je eines Betriebs oder mehrerer Betriebe sind. Gewinne aus Land- und Forstwirtschaft, die neben Gewinnen aus Gewerbebetrieb erzielt werden, bleiben auf Antrag bei der Anwendung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes außer Betracht, wenn sie nicht auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung zu ermitteln sind und 3 000 Deutsche Mark nicht übersteigen.

(3) Der nach § 10 a Abs. 1 des Gesetzes als Sonderausgabe abgezogene Betrag ist bei der Veranlagung für den Veranlagungszeitraum, für den die Steuerbegünstigung in Anspruch genommen wird, zum Zweck der späteren Nachversteuerung im Steuerbescheid besonders festzustellen. Wird die Steuerbegünstigung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes für einen späteren Veranlagungszeitraum erneut in Anspruch genommen, so ist bei der Veranlagung die Summe der bis dahin nach § 10 a Abs. 1 des Gesetzes als Sonderausgaben abgezogenen und noch nicht nachversteuerten Beträge im Steuerbescheid besonders festzustellen.

§ 46

Nachversteuerung der Mehrentnahmen

(1) Bei der Nachversteuerung ist der nach § 45 Abs. 3 besonders festgestellte Betrag um den nachversteuerten Betrag zu kürzen. Ein verbleibender Betrag ist für eine spätere Nachversteuerung im Steuerbescheid besonders festzustellen.

(2) Eine Nachversteuerung von Mehrentnahmen kommt innerhalb des in § 10 a Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes bezeichneten Zeitraums solange und insoweit in Betracht, als ein nach § 45 Abs. 3 und nach Absatz 1 besonders festgestellter Betrag vorhanden ist.

(3) Für die Feststellung der Mehrentnahmen sind in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 1 des Gesetzes die Entnahmen im Veranlagungszeitraum und in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 2 des Gesetzes die Entnahmen im Wirtschaftsjahr, das im Veranlagungszeitraum endet, maßgebend.

(4) Im Fall des § 45 Abs. 2 sind für die Feststellung der Mehrentnahmen die Summe der Gewinne und die Summe der Entnahmen aus allen

land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gewerbebetrieben zu berücksichtigen. Gewinne und Entnahmen aus den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, deren Gewinne bei der Anwendung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes nach § 45 Abs. 2 letzter Satz außer Betracht geblieben sind, bleiben auch für die Feststellung der Mehrentnahmen außer Ansatz.

(5) Als Entnahmen gelten auch die Veräußerung des Betriebs im ganzen, die Veräußerung von Anteilen an einem Betrieb sowie die Aufgabe des Betriebs.

§ 47

Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns im Fall des § 10 a Abs. 3 des Gesetzes

(1) Nehmen Steuerpflichtige die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns für den Gewinn aus selbständiger Arbeit in Anspruch, so ist der auf Grund dieser Begünstigung als Sonderausgabe abgezogene Betrag im Steuerbescheid getrennt von dem nach § 45 Abs. 3 festzustellenden Betrag besonders festzustellen. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 45 Abs. 2 und 3 entsprechend.

(2) Auch hinsichtlich der Nachversteuerung sind die Fälle des Absatzes 1 besonders zu behandeln. Die Feststellung, ob die Entnahmen aus dem Betrieb den bei der Veranlagung zu berücksichtigenden Gewinn aus selbständiger Arbeit übersteigen, ist unabhängig von den Entnahmen aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben oder Gewerbebetrieben zu treffen. Die Vorschriften des § 46 Abs. 1, 2, 4 und 5 sind entsprechend anzuwenden.

Zu § 10 b des Gesetzes

§ 48

Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke

(1) Für die Begriffe gemeinnützige, mildtätige, kirchliche, religiöse und wissenschaftliche Zwecke im Sinn des § 10 b des Gesetzes gelten die §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) in der Fassung der Anlage 1 der Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer - Durchführungsverordnung vom 16. Oktober 1948 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 139)¹⁾ und die Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592).

(2) Gemeinnützige Zwecke der in Absatz 1 bezeichneten Art müssen außerdem durch Anordnung der Bundesregierung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, allgemein als besonders förderungswürdig anerkannt worden sein.

(3) Zuwendungen für die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Zwecke sind nur dann abzugsfähig, wenn

1. der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle (z. B. Universität, Forschungsinstitut) ist und bestätigt, daß

¹⁾ Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1128.

der zugewendete Betrag zu einem der in den Absätzen 1 oder 2 bezeichneten Zwecke verwendet wird, oder

2. der Empfänger der Zuwendungen eine in § 4 Abs. 1 Ziff. 6 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichnete Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse ist und bestätigt, daß sie den zugewendeten Betrag nur für ihre satzungsmäßigen Zwecke verwendet.

(4) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates durch Anordnung Ausgaben im Sinn des § 10 b des Gesetzes als steuerbegünstigt auch anerkennen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 oder des Absatzes 3 nicht gegeben sind.

§ 49

Förderung staatspolitischer Zwecke

(1) Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke können nur abgezogen werden, wenn sie an eine durch besondere Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates anerkannte juristische Person gegeben werden, die nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung

1. ausschließlich staatspolitische Zwecke verfolgt und
2. weder eine politische Partei ist noch ihre Mittel für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

Staatspolitische Zwecke im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die auf die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes und in Berlin (West) gerichtet sind; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatspolitischer Art verfolgen oder die auf den kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind.

(2) Die Empfängerin der Zuwendungen muß bestätigen, daß sie den ihr zugewendeten Betrag und ihre übrigen Mittel nur für staatspolitische Zwecke (Absatz 1), nicht aber für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

§ 50

Überleitungsvorschrift zum Spendenabzug

(1) Soweit gemeinnützige Zwecke vor dem 1. Juli 1951¹⁾ als besonders förderungswürdig anerkannt worden sind, bleiben die Anerkennungen aufrechterhalten.

(2) Soweit Zweck und Form von Zuwendungen vor dem 1. Juli 1951¹⁾ als steuerbegünstigt anerkannt worden sind, bleiben die Anerkennungen aufrechterhalten.

Zu § 12 des Gesetzes

§ 51

(gestrichen)

¹⁾ Im Land Berlin: 22. August 1951.

Zu § 13 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957

§ 52

Begünstigter Personenkreis im Sinn des § 13 Abs. 4 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957

(1) Für die Abgrenzung des begünstigten Personenkreises gilt § 13 Abs. 1 und 3 entsprechend.

(2) Erlischt die Befugnis zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen (§§ 13 und 19 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung vom 14. August 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 1215), so kann der Freibetrag letztmals in dem Veranlagungszeitraum in Anspruch genommen werden, in dem die Befugnis erloschen ist.

Zu § 17 des Gesetzes

§ 53

Veräußerung wesentlicher Beteiligungen

(1) Anteile an einer Kapitalgesellschaft im Sinn des § 17 des Gesetzes sind Aktien, Kuxe, Genußscheine, Anteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder ähnliche Beteiligungen und Anwartschaften auf solche Beteiligungen.

(2) Gewinn aus der Veräußerung eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft ist auch der Gewinn, den der Gesellschafter bei der Auflösung der Kapitalgesellschaft erzielt.

(3) Bei Anteilen an einer Kapitalgesellschaft, die vor dem 21. Juni 1948¹⁾ erworben worden sind, sind als Anschaffungskosten im Sinn des § 17 Abs. 2 des Gesetzes die endgültigen Höchstwerte zugrunde zu legen, mit denen die Anteile in eine steuerliche Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark auf den 21. Juni 1948¹⁾ hätten eingestellt werden können.

§ 54

(gestrichen)

Zu § 22 des Gesetzes

§ 55

Ermittlung des Ertrags aus Leibrenten in besonderen Fällen

(1) Der Ertrag des Rentenrechts ist in den folgenden Fällen auf Grund der in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes aufgeführten Tabelle zu ermitteln:

1. bei Leibrenten, die vor dem 1. Januar 1955 zu laufen begonnen haben. Dabei ist das vor dem 1. Januar 1955 vollendete Lebensjahr des Rentenberechtigten maßgebend;
2. bei Leibrenten, deren Dauer von der Lebenszeit einer anderen Person als des Rentenberechtigten abhängt. Dabei ist das bei Beginn der Rente, im Fall der Ziffer 1 das vor dem 1. Januar 1955 vollendete Lebensjahr dieser Person maßgebend;
3. bei Leibrenten, deren Dauer von der Lebenszeit mehrerer Personen abhängt. Dabei ist das bei Beginn der Rente, im Fall der Ziffer 1 das vor dem 1. Januar 1955 vollendete Lebensjahr der ältesten Person maßgebend, wenn das Rentenrecht mit dem

¹⁾ Im Land Berlin: 1. April 1949.

Tod des zuerst Sterbenden erlischt, und das Lebensjahr der jüngsten Person, wenn das Rentenrecht mit dem Tod des zuletzt Sterbenden erlischt.

(2) Der Ertrag aus Leibrenten, die auf eine bestimmte Zeit beschränkt sind (abgekürzte Leibrenten), ist nach der Lebenserwartung unter Berücksichtigung der zeitlichen Begrenzung zu ermitteln. Der Ertragsanteil ist aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden.

Beschränkung der Laufzeit der Rente auf . . . Jahre ab Beginn des Rentenbezugs (ab 1. Januar 1955, falls die Rente vor diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen hat)	Der Ertragsanteil beträgt, vorbehaltlich der Spalte 3, . . . v. H.	Der Ertragsanteil ist der Tabelle in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes zu entnehmen, wenn der Rentenberechtigte zu Beginn des Rentenbezugs (vor dem 1. Januar 1955, falls die Rente vor diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen hat) das . . . te Lebensjahr vollendet hatte
1	2	3
1	0	entfällt
2	2	99
3	4	90
4	6	85
5	7	83
6	9	80
7	11	77
8	12	75
9	14	73
10	15	72
11	16	70
12	18	68
13	19	67
14	21	65
15	22	64
16	23	63
17	24	62
18	25	61
19	26	59
20	27	58
21	28	57
22	29	56
23	30	55
24	31	54
25	32	53
26	33	52
27	34	51
28	35	50
29	36	48
30	37	47
31	38	46
32	39	45
33	40	44
34	41	43
35—36	42	41
37—38	44	39
39	45	38
40—41	46	36
42—43	47	35
44—45	49	32
46—47	51	29
48—50	52	27
51—53	54	24
54—55	55	22
56—58	56	21
59—61	57	19
62—64	58	17
65—68	59	15
69—72	60	13
73—76	61	11
77—81	62	9
82—86	63	6

mehr als 86

Der Ertragsanteil ist immer der Tabelle in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes zu entnehmen.

Zu § 25 des Gesetzes

§ 56

Steuererklärungspflicht

(1) Unbeschränkt Steuerpflichtige mit Ausnahme der in § 1 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Personen haben eine jährliche Steuererklärung über das im abgelaufenen Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) bezogene Einkommen in den folgenden Fällen abzugeben:

1. Ehegatten, bei denen in dem Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum), für das die Steuererklärung abzugeben ist, die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorgelegen haben,

a) wenn keiner der Ehegatten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, bezogen hat und

aa) die Summe der Einkünfte beider Ehegatten 3 820 Deutsche Mark oder mehr betragen hat oder

bb) die getrennte Veranlagung nach § 26 a des Gesetzes gewählt wird;

b) wenn mindestens einer der Ehegatten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, bezogen hat und

aa) die Einkünfte beider Ehegatten zusammen mehr als 24 636 Deutsche Mark betragen haben oder

bb) eine Veranlagung nach § 46 Abs. 2 des Gesetzes in Betracht kommt;

2. andere unbeschränkt steuerpflichtige Personen,

a) wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte 1 910 Deutsche Mark oder mehr betragen hat und darin keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten sind;

b) wenn in dem Gesamtbetrag der Einkünfte Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten sind und

aa) der Gesamtbetrag der Einkünfte mehr als 24 636 Deutsche Mark betragen hat oder

bb) eine Veranlagung nach § 46 Abs. 2 des Gesetzes in Betracht kommt.

Eine Steuererklärung ist außerdem abzugeben, wenn eine Veranlagung nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes beantragt wird (§ 72 Abs. 1). Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung entfällt, wenn nach Durchschnittssätzen zu ermittelnde Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft bezogen worden sind und die übrigen Einkünfte nicht mehr als 600 Deutsche Mark betragen haben.

(2) Zu den Einkünften, die der Steuerpflichtige in seiner Steuererklärung anzugeben hat, gehören auch die mit seinen Einkünften zusammenzurechnenden Einkünfte der Kinder, die mit ihm nach § 27 des Gesetzes zusammen veranlagt werden.

(3) Beschränkt Steuerpflichtige und die in § 1 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Personen haben eine jährliche Steuererklärung über ihre im abgelaufenen Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) bezogenen inländischen Einkünfte im Sinn des § 49 des Gesetzes abzugeben, soweit für diese die Einkommensteuer nicht durch den Steuerabzug als abgegolten gilt (§ 50 Abs. 4 des Gesetzes).

(4) Die jährlichen Steuererklärungen sind spätestens an dem von den obersten Finanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen bestimmten Zeitpunkt abzugeben. Im Fall des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes ist die Erklärung bis zum Schluß des dritten Kalendermonats, der auf den Schluß des Wirtschaftsjahrs folgt, das im Veranlagungszeitraum begonnen hat, abzugeben, frühestens aber bis zu dem in Satz 1 bezeichneten Zeitpunkt. Das Recht des Finanzamts, schon vor diesem Zeitpunkt Angaben zu verlangen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, bleibt unberührt.

(5) Personen, die nach den Absätzen 1 oder 3 nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, haben eine solche abzugeben, wenn das Finanzamt sie dazu auffordert. Die Aufforderung kann auch durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

§ 57

Steuererklärungspflicht im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes

Sind Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen, nach § 56 zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so hat jeder Ehegatte eine Steuererklärung abzugeben, wenn einer der Ehegatten die getrennte Veranlagung (§ 26 a des Gesetzes) wählt. Über die Sonderausgaben mit Ausnahme des Abzugs für den steuerbegünstigten nicht entnommenen Gewinn und des Verlustabzugs sowie über die außergewöhnlichen Belastungen sollen die Ehegatten eine gemeinsame Erklärung abgeben.

§ 57 a

Steuererklärungspflicht im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten nach § 26 b des Gesetzes

Sind Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen, nach § 56 zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so haben die Ehegatten eine gemeinsame Steuererklärung abzugeben, wenn keiner der Ehegatten die getrennte Veranlagung (§ 26 a des Gesetzes) wählt.

§ 58

Erklärung bei einheitlicher und gesonderter Feststellung der Besteuerungsgrundlagen

Die zur Geschäftsführung oder Vertretung einer Gesellschaft oder Gemeinschaft berechtigten Personen sind in den Fällen des § 215 Abs. 2 bis 4 der

Reichsabgabenordnung verpflichtet, eine Erklärung zur einheitlichen Feststellung der Einkünfte der Beteiligten abzugeben.

§ 59

Erklärung bei gesonderter Gewinnfeststellung

Ist im Fall des § 6 der Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren vom 3. Januar 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 11) der Gewinn aus dem gewerblichen Betrieb gesondert festzustellen, so ist der Unternehmer verpflichtet, eine besondere Erklärung über den Gewinn aus dem gewerblichen Betrieb an das Betriebsfinanzamt (§ 72 Ziff. 2 der Reichsabgabenordnung) abzugeben.

§ 60

Form der Erklärung

(1) Für die Erklärung (§§ 56 bis 59) sind die amtlichen Vordrucke zu verwenden. Sie müssen vom Steuerpflichtigen, in den Fällen einer gemeinsamen Erklärung der Ehegatten (§ 57 Satz 2, § 57 a) von den Ehegatten eigenhändig unterschrieben sein.

(2) Wird der Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermittelt, so ist der Erklärung eine Abschrift der Vermögensübersicht (Bilanz), die auf dem Zahlenwerk der Buchführung beruht, beizufügen. Werden Bücher geführt, die den Grundsätzen der doppelten Buchführung entsprechen, ist eine Verlust- und Gewinnrechnung und außerdem auf Verlangen des Finanzamts eine Hauptabschlußübersicht beizufügen.

(3) Enthält die Vermögensübersicht (Bilanz) Ansätze oder Beträge, die den steuerlichen Vorschriften nicht entsprechen, so sind diese Ansätze oder Beträge durch Zusätze oder Anmerkungen den steuerlichen Vorschriften anzupassen. Der Steuerpflichtige kann auch eine den steuerlichen Vorschriften entsprechende Vermögensübersicht (Steuerbilanz) beifügen.

(4) Liegen Jahresberichte (Geschäftsberichte) oder Prüfungsberichte vor, so sind sie der Erklärung beizufügen.

(5) Hat eine natürliche Person, eine Personengesellschaft oder eine juristische Person, die geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leistet, bei der Anfertigung der Erklärung oder der Anlagen (Absätze 2 bis 4) mitgewirkt, so sind ihr Name und ihre Anschrift in der Erklärung anzugeben.

Zu §§ 26 a und 26 b des Gesetzes

§ 61

Antrag auf anderweitige Verteilung der Sonderausgaben und der außergewöhnlichen Belastungen im Fall des § 26 a des Gesetzes

Der Antrag auf anderweitige Verteilung der Sonderausgaben und der als außergewöhnliche Belastungen vom Einkommen abzuziehenden Beträge (§ 26 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes) kann nur von beiden Ehegatten gemeinsam gestellt werden. Kann

der Antrag nicht gemeinsam gestellt werden, weil einer der Ehegatten dazu aus zwingenden Gründen nicht in der Lage ist, so kann das Finanzamt den Antrag des anderen Ehegatten als genügend ansehen.

§§ 62 bis 62 b

(gestrichen)

§ 62 c

Anwendung der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes bei der Veranlagung von Ehegatten

(1) Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten (§ 26 a des Gesetzes) ist Voraussetzung für die Anwendung der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes, daß derjenige Ehegatte, der diese Steuerbegünstigungen in Anspruch nimmt, zu dem durch diese Vorschriften begünstigten Personenkreis gehört. Die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns kann in diesem Fall jeder der Ehegatten, der die in § 10 a des Gesetzes bezeichneten Voraussetzungen erfüllt, bis zum Höchstbetrag von 20 000 Deutsche Mark geltend machen. Übersteigen bei dem getrennt veranlagten Ehegatten oder seinem Gesamtrechtsnachfolger die Entnahmen die Summe der bei der Veranlagung zu berücksichtigenden Gewinne, so ist bei ihm nach § 10 a Abs. 2 des Gesetzes eine Nachversteuerung durchzuführen. Die Nachversteuerung kommt innerhalb des in § 10 a Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes bezeichneten Zeitraums so lange und insoweit in Betracht, als ein nach § 45 Abs. 3 und § 46 Abs. 1 besonders festgestellter Betrag vorhanden ist. Hierbei ist auch der besonders festgestellte Betrag für Veranlagungszeiträume, in denen die Ehegatten zusammen veranlagt worden sind, zu berücksichtigen, soweit er auf nicht entnommene Gewinne aus einem dem getrennt veranlagten Ehegatten gehörenden Betrieb entfällt.

(2) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 26 b des Gesetzes) genügt es für die Anwendung der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes, wenn einer der beiden Ehegatten zu dem durch die bezeichneten Vorschriften begünstigten Personenkreis gehört. Die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns kann in diesem Fall nur unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 und nur bis zum Höchstbetrag von insgesamt 20 000 Deutsche Mark in Anspruch genommen werden. Die Nachversteuerung von Mehrentnahmen nach § 10 a Abs. 2 des Gesetzes ist in diesem Fall auch insoweit durchzuführen, als bei einem Ehegatten ein nach § 45 Abs. 3 und § 46 Abs. 1 besonders festgestellter Betrag für Veranlagungszeiträume, in denen die Ehegatten getrennt veranlagt worden sind, vorhanden ist.

§ 62 d

Anwendung des § 10 d des Gesetzes bei der Veranlagung von Ehegatten

(1) Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten (§ 26 a des Gesetzes) kann der Steuerpflichtige den Verlustabzug nach § 10 d des Gesetzes auch für Verluste derjenigen Veranlagungszeit-

räume geltend machen, in denen die Ehegatten zusammen veranlagt worden sind. Der Verlustabzug kann in diesem Fall nur für Verluste geltend gemacht werden, die in einem dem getrennt veranlagten Ehegatten gehörenden Betrieb entstanden sind.

(2) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 26 b des Gesetzes) kann der Steuerpflichtige den Verlustabzug nach § 10 d des Gesetzes auch für Verluste derjenigen Veranlagungszeiträume geltend machen, in denen die Ehegatten getrennt veranlagt worden sind.

§ 62 e

(gestrichen)

Zu § 32 des Gesetzes

§ 63

Abzug von Kinderfreibeträgen bei getrennter Veranlagung der Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes

Werden Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes getrennt veranlagt, so sind die Kinderfreibeträge (§ 32 Abs. 2 des Gesetzes) insgesamt in der Höhe abzuziehen, in der sie bei einer Zusammenveranlagung der Ehegatten zu berücksichtigen wären. Das gilt auch, wenn der Kinderfreibetrag für ein Kind nur einem Ehegatten zusteht oder zu gewähren ist; in diesem Fall ist der Kinderfreibetrag anzusetzen, der sich für dieses Kind nach der Reihenfolge aller Kinder der Ehegatten, für die die Voraussetzungen für den Abzug von Kinderfreibeträgen vorliegen, ergibt. Die Summe der den Ehegatten gemeinsam zustehenden oder zu gewährenden Kinderfreibeträge ist bei der Veranlagung jedes Ehegatten zur Hälfte abzuziehen.

Zu § 32 a des Gesetzes

§ 63 a

Verwitwete Personen

§ 32 a Abs. 3 des Gesetzes ist nicht auf solche Personen anzuwenden, die

1. für den Veranlagungszeitraum nach § 26 Abs. 1 des Gesetzes zwischen getrennter Veranlagung und Zusammenveranlagung wählen können oder
2. nach dem Tode ihres Ehegatten mindestens vier Monate im Veranlagungszeitraum entweder wiederverheiratet oder nach der Wiederverheiratung geschieden waren.

§ 63 b

Einkommensteuertabelle zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes

In den Fällen des § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes ergibt sich die zu veranlagende Einkommensteuer, vorbehaltlich der §§ 34, 34 b und 34 c des Gesetzes, aus der als Anhang beigefügten Einkommensteuertabelle¹⁾.

¹⁾ Hier nicht abgedruckt (s. Bundesgesetzbl. 1959 I S. 98 ff.).

Zu § 33 des Gesetzes

§ 64

Außergewöhnliche Belastungen

Die zumutbare Eigenbelastung beträgt bei Steuerpflichtigen

mit einem Einkommen, das um die nach § 32 Abs. 3 Ziff. 2 des Gesetzes und um die nach § 33 a des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) zu gewährenden Freibeträge vermindert ist, von	wenn sie			
	keinen Kinderfreibetrag erhalten		Kinderfreibeträge erhalten für	
	und nicht zu den in Spalte 3 bezeichneten Personen gehören.	und zu den 1. Ehegatten im Sinn des § 26 Abs. 1 des Gesetzes oder 2. verwitweten Personen, auf die § 32 a Abs. 3 Ziff. 1 des Gesetzes anzuwenden ist, oder 3. Personen, die den Freibetrag nach § 32 Abs. 3 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes erhalten, gehören.	ein Kind oder zwei Kinder,	drei oder mehr Kinder,
DM	2	3	4	5
höchstens 3 000	6	5	3	—
mehr als 3 000	7	6	4	2

vom Hundert dieses Betrags. Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes ist von der Summe der Einkommen beider Ehegatten auszugehen.

Zu § 33 a des Gesetzes

§ 65

Pauschbeträge für körperbeschädigte Personen

Körperbeschädigte Personen, denen auf Grund gesetzlicher Vorschriften Beschädigtenversorgung zusteht, erhalten auf Antrag wegen der Aufwendungen, die unmittelbar mit der Körperbeschädigung zusammenhängen, die folgenden Pauschbeträge, wenn sie nicht höhere Aufwendungen nachweisen:

Gruppe	Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um		Erwerbstätige Arbeitnehmer einen zusätzlichen Pauschbetrag für Werbungskosten von DM	Alle Steuerpflichtigen	
	vom Hundert	vom Hundert		einen zusätzlichen Pauschbetrag für Sonderausgaben von DM	einen Pauschbetrag für außergewöhnliche Belastung von DM
1	2		3	4	5
1	25 bis ausschl.	35	72	72	216
2	35 bis ausschl.	45	96	96	288
3	45 bis ausschl.	55	120	120	360
4	55 bis ausschl.	65	144	144	432
5	65 bis ausschl.	75	168	168	504
6	75 bis ausschl.	85	192	192	576
7	85 bis ausschl.	95	216	216	648
8	95 bis einschl.	100	240	240	720
9	Blinde und besonders pflegebedürftige Körperbeschädigte		720	720	2 160

Die Summe der in Spalte 3 der Übersicht und in § 9 a Ziff. 1 des Gesetzes bezeichneten Pauschbeträge darf nicht höher sein als der Arbeitslohn.

Zu § 34 a des Gesetzes

§ 66

Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeitslohn

Bei der Feststellung, ob der Arbeitslohn 15 000 Deutsche Mark nicht übersteigt, sind die steuerfreien Bezüge und die gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit nicht zu berücksichtigen.

Zu § 34 b des Gesetzes

§ 67

Ermittlung der Einkünfte aus den einzelnen Holznutzungsarten bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben

(1) Bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben, die nicht zur Buchführung verpflichtet sind, kann zur Abgeltung der Betriebsausgaben auf Antrag ein Pauschsatz von 40 vom Hundert der Einnahmen aus den einzelnen Holznutzungsarten abgezogen werden. Voraussetzung für den Abzug des Pauschsatzes ist, daß

1. die forstwirtschaftlich genutzte Fläche 100 Hektar nicht übersteigt,
2. eine ordnungsmäßige Buchführung nicht vorhanden ist und
3. ein Bestandsvergleich für das stehende Holz nicht vorgenommen wird.

(2) Der Pauschsatz zur Abgeltung der Betriebsausgaben beträgt 20 vom Hundert, soweit das Holz auf dem Stamm verkauft wird.

§ 68

Betriebsgutachten, Betriebswerk, Nutzungssatz

(1) Das amtlich anerkannte Betriebsgutachten oder das Betriebswerk, das der erstmaligen Festsetzung des Nutzungssatzes zugrunde zu legen ist, muß vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 spätestens auf den Anfang des drittletzten Wirtschaftsjahrs aufgestellt worden sein, das dem Wirtschaftsjahr vorangegangen ist, in dem die nach § 34 b des Gesetzes zu begünstigenden Holznutzungen angefallen sind. Der Zeitraum von zehn Wirtschaftsjahren, für den der Nutzungssatz maßgebend ist, beginnt mit dem Wirtschaftsjahr, auf dessen Anfang das Betriebsgutachten oder Betriebswerk aufgestellt worden ist.

(2) Liegt der Zeitpunkt, auf den das Betriebsgutachten oder Betriebswerk nach Absatz 1 Satz 1 aufzustellen ist, vor dem 1. Januar 1955, so genügt es, wenn das Betriebsgutachten oder Betriebswerk auf den 1. Januar 1955 aufgestellt worden ist.

(3) Liegt ein Betriebsgutachten oder Betriebswerk vor, das am 1. Januar 1955 nicht älter als zehn Jahre ist, so kann dieses Betriebsgutachten oder Betriebswerk der Festsetzung des Nutzungssatzes zugrunde gelegt werden. Der hiernach festgesetzte Nutzungssatz ist letztmals für das zehnte Wirtschaftsjahr maßgebend, das nach dem Zeitpunkt der Aufstellung des Betriebsgutachtens oder Betriebswerks endet.

(4) Bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben genügt es, wenn das Betriebsgutachten oder Betriebswerk auf den Anfang des Wirtschaftsjahrs aufgestellt wird, in dem die nach § 34b des Gesetzes zu begünstigenden Holznutzungen angefallen sind. Der Zeitraum von zehn Jahren, für den der Nutzungssatz maßgebend ist, beginnt mit dem Wirtschaftsjahr, auf dessen Anfang das Betriebsgutachten oder Betriebswerk aufgestellt worden ist. Absatz 2 gilt entsprechend.

(5) Ein Betriebsgutachten im Sinn des § 34b Abs. 4 Ziff. 1 des Gesetzes ist amtlich anerkannt, wenn die Anerkennung von einer Behörde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts des Landes, in dem der forstwirtschaftliche Betrieb belegen ist, ausgesprochen wird. Die Länder bestimmen, welche Behörden oder Körperschaften des öffentlichen Rechts diese Anerkennung auszusprechen haben.

Zu § 34 c des Gesetzes

§ 68 a

Ausländische Einkommensteuer

Eine ausländische Einkommensteuer kann nur angerechnet werden, wenn sie in einem ausländischen Staat nach Vorschriften erhoben wird, die für das ganze Staatsgebiet gelten. Eine ausländische Steuer entspricht nicht der deutschen Einkommensteuer, wenn sie

1. nach den Gesetzen einer Provinz, eines Landes oder einer anderen Gebietskörperschaft des ausländischen Staates oder
2. durch eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband dieses Staates

erhoben wird.

§ 68 b

Ausländische Einkünfte

Ausländische Einkünfte im Sinn des § 34c des Gesetzes sind

1. Einkünfte aus einer in einem ausländischen Staat betriebenen Land- und Forstwirtschaft (§§ 13 und 14 des Gesetzes) und Einkünfte der in den Ziffern 4, 6 und 7 genannten Art, soweit sie zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gehören;
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15 und 16 des Gesetzes), die durch eine in einem ausländischen Staat belegene Betriebsstätte oder durch einen in einem ausländischen Staat tätigen ständigen Vertreter erzielt werden, und Einkünfte der in den Ziffern 4, 6 und 7 genannten Art, soweit sie zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb gehören, sowie Einkünfte aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr, soweit die Einkünfte auf Beförderungen zwischen ausländischen Häfen oder vom Ausland in das Inland entfallen;
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 des Gesetzes), die in einem ausländischen Staat ausgeübt oder verwertet wird oder worden ist, und Einkünfte der in den Ziffern 4, 6 und 7

genannten Art, soweit sie zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit gehören;

4. Einkünfte aus der Veräußerung von
 - a) Wirtschaftsgütern, die zum Anlagevermögen eines Betriebs gehören, wenn die Wirtschaftsgüter in einem ausländischen Staat belegen sind,
 - b) Anteilen an Kapitalgesellschaften, wenn die Gesellschaft Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat;
5. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 des Gesetzes), die in einem ausländischen Staat ausgeübt oder verwertet wird oder worden ist, und Einkünfte, die von ausländischen öffentlichen Kassen mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gewährt werden. Einkünfte, die von inländischen öffentlichen Kassen einschließlich der Kassen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundesbank mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gewährt werden, gelten auch dann als inländische Einkünfte, wenn die Tätigkeit in einem ausländischen Staat ausgeübt wird oder worden ist;
6. Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 20 des Gesetzes), wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat oder das Kapitalvermögen durch ausländischen Grundbesitz gesichert ist;
7. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 des Gesetzes), soweit das unbewegliche Vermögen oder die Sachinbegriffe in einem ausländischen Staat belegen oder die Rechte zur Nutzung in einem ausländischen Staat überlassen worden sind;
8. sonstige Einkünfte im Sinn des § 22 des Gesetzes, wenn
 - a) der zur Leistung der wiederkehrenden Bezüge Verpflichtete Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat,
 - b) bei Spekulationsgeschäften die veräußerten Wirtschaftsgüter in einem ausländischen Staat belegen sind,
 - c) bei Einkünften aus Leistungen der zur Vergütung der Leistung Verpflichtete Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat.

§ 68 c

Einkünfte aus mehreren ausländischen Staaten

Die für die Einkünfte aus einem ausländischen Staat festgesetzte und gezahlte ausländische Steuer ist nur bis zur Höhe der deutschen Steuer anzurechnen, die auf die Einkünfte aus diesem ausländischen Staat entfällt. Stammen die Einkünfte aus mehreren ausländischen Staaten, so sind die Höchstbeträge der anrechenbaren ausländischen Steuern für jeden einzelnen ausländischen Staat gesondert zu berechnen.

§ 68d

**Nachweis über die Höhe
der ausländischen Einkünfte und Steuern**

Der Steuerpflichtige hat den Nachweis über die Höhe der ausländischen Einkünfte und über die Festsetzung und Zahlung der ausländischen Steuern durch Vorlage entsprechender Urkunden (z. B. Steuerbescheid, Quittung über die Zahlung) zu führen. Sind diese Urkunden in einer fremden Sprache abgefaßt, so kann eine beglaubigte Übersetzung in die deutsche Sprache verlangt werden.

§ 68e

**Nachträgliche Festsetzung
oder Änderung ausländischer Steuern**

(1) Der für einen Veranlagungszeitraum erteilte Steuerbescheid ist zu ändern (Berichtigungsveranlagung), wenn eine ausländische Steuer, die auf die in diesem Veranlagungszeitraum bezogenen ausländischen Einkünfte entfällt, nach Erteilung dieses Steuerbescheids, aber vor Ablauf der Verjährungsfrist erstmalig festgesetzt, nachträglich erhöht oder erstattet wird und sich dadurch eine höhere oder niedrigere Veranlagung rechtfertigt.

(2) Wird eine ausländische Steuer, die nach § 34c des Gesetzes auf die Einkommensteuer für einen Veranlagungszeitraum anzurechnen ist, nach der Abgabe der Steuererklärung für diesen Veranlagungszeitraum, aber vor Ablauf der Verjährungsfrist erstattet, so hat der Steuerpflichtige dies dem zuständigen Finanzamt unverzüglich mitzuteilen.

(3) Rechtsmittel gegen Steuerbescheide, die nach Absatz 1 geändert worden sind, können nur darauf gestützt werden, daß die ausländische Steuer nicht oder nicht zutreffend angerechnet worden sei.

§ 68f

**Abzug ausländischer Steuern
vom Gesamtbetrag der Einkünfte**

Unbeschränkt Steuerpflichtige, die mit ihren ausländischen Einkünften in einem ausländischen Staat zu einer Steuer vom Einkommen herangezogen werden, die nicht der deutschen Einkommensteuer entspricht, können diese ausländische Steuer in Höhe des nachweislich gezahlten Betrags vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen, soweit diese Steuer auf Einkünfte entfällt, die der deutschen Einkommensteuer unterliegen.

§ 68g

**Berücksichtigung ausländischer Steuern
bei Doppelbesteuerungsabkommen**

(1) Soweit in einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung eine Anrechnung ausländischer Steuern auf die Einkommensteuer vorgesehen ist, sind § 34c Abs. 1 Satz 2 und 3 des Gesetzes und §§ 68c bis 68e entsprechend anzuwenden.

(2) Wird bei Einkünften aus einem ausländischen Staat, mit dem ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht, nach den Vorschriften dieses Abkommens die Doppelbesteuerung nicht be-

seitigt, so sind die auf diese Einkünfte entfallenden ausländischen Steuern vom Einkommen nach den Vorschriften des § 34c Abs. 1 Satz 2 und 3 des Gesetzes und der §§ 68b bis 68e anzurechnen. Es können nur die festgesetzten und gezahlten ausländischen Steuern vom Einkommen angerechnet werden, auf die sich das Abkommen mit diesem Staat bezieht.

(3) § 68f ist entsprechend anzuwenden auf ausländische Steuern vom Einkommen, die in einem Staat erhoben werden, mit dem ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht, wenn sich das Abkommen auf diese ausländischen Steuern nicht bezieht.

Zu § 35 des Gesetzes

§ 69

Abweichende Vorauszahlungstermine

Die Oberfinanzdirektionen¹⁾ können für Steuerpflichtige, die überwiegend Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft haben, die Vorauszahlungstermine abweichend von § 35 Abs. 1 des Gesetzes bestimmen. Das gleiche gilt für Steuerpflichtige, die überwiegend Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen, wenn der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen wird und der Arbeitgeber zur Vornahme des Steuerabzugs nicht verpflichtet ist.

Zu § 46 des Gesetzes

§ 69a

**Veranlagung im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2
des Gesetzes**

Einkünfte aus mehr als einem Dienstverhältnis sind im Einkommen enthalten, wenn

1. im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 Buchstabe a oder b des Gesetzes der Arbeitnehmer gleichzeitig aus mehreren Dienstverhältnissen oder
2. im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 Buchstabe a des Gesetzes jeder Ehegatte

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen hat.

§ 70

Ausgleich von Härten in bestimmten Fällen

Betragen in den Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 1 bis 4 des Gesetzes die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark, aber nicht mehr als 1600 Deutsche Mark, so ist vom Einkommen der Betrag abzuziehen, um den die bezeichneten Einkünfte insgesamt niedriger als 1600 Deutsche Mark sind.

§ 71

**Veranlagung
auf Antrag nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 und 5
des Gesetzes**

(1) Sind Ehegatten, bei denen im Veranlagungszeitraum die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorgelegen haben, nach § 56 Abs. 1 Ziff. 1 Buchstabe b oder Abs. 5 nicht zur Abgabe einer

¹⁾ Im Land Berlin: Das Landesfinanzamt Berlin.

Steuererklärung verpflichtet, so kann der Antrag auf getrennte Veranlagung nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 des Gesetzes nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

(2) In den Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 5 des Gesetzes kann der Antrag auf Veranlagung nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

Zu § 46 a des Gesetzes

§ 72

Veranlagung auf Antrag nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes

(1) Der Antrag auf Veranlagung zur Einbeziehung von Einkünften im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 des Gesetzes kann nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

(2) Sind im Fall des Absatzes 1 in dem Einkommen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten und betragen die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark, aber nicht mehr als 1 600 Deutsche Mark, so ist § 70 entsprechend anzuwenden. Das gilt nicht, wenn das Einkommen 24 000 Deutsche Mark übersteigt.

Zu § 50 des Gesetzes

§ 73

Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige

(1) Bei beschränkt Steuerpflichtigen ist ein wirtschaftlicher Zusammenhang mit inländischen Einkünften im Sinn des § 50 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes auch dann gegeben, wenn Darlehen zur Förderung des inländischen Wohnungsbaues im Sinn des § 7 c des Gesetzes gegeben werden.

(2) Beschränkt Steuerpflichtige, die zu dem in § 10 a Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes bezeichneten Personenkreis gehören und ihre frühere Erwerbsgrundlage verloren haben, können § 10 a des Gesetzes anwenden, wenn ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen den in dieser Vorschrift bezeichneten Sonderausgaben und inländischen Einkünften besteht und der Gewinn auf Grund im Inland ordnungsmäßig geführter Bücher nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 des Gesetzes ermittelt wird.

(3) Die Bücher werden im Inland im Sinn des § 50 Abs. 1 des Gesetzes geführt, wenn sie im Geltungsbereich des Gesetzes geführt werden.

Zu § 50 a des Gesetzes

§ 73 a

Begriffsbestimmungen

(1) Inländisch im Sinn des § 50 a Abs. 1 des Gesetzes sind solche Unternehmen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes haben.

(2) Urheberrechte im Sinn des § 50 a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes sind Rechte, die nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Wer-

ken der Literatur und der Tonkunst, vom 19. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. S. 227) und des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie, vom 9. Januar 1907 (Reichsgesetzbl. S. 7) — beide Gesetze in der derzeit geltenden Fassung — geschützt sind.

(3) Gewerbliche Schutzrechte im Sinn des § 50 a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes sind Rechte, die nach Maßgabe des Geschmacksmustergesetzes vom 11. Januar 1876 (Reichsgesetzbl. S. 11), des Patentgesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 623), des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 637) und des Warenzeichengesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 643) geschützt sind.

§ 73 b

Bemessungsgrundlage für den Steuerabzug im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes

Dem Steuerabzug unterliegt der volle Betrag der Einnahmen. Abzüge (z. B. für Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben und Steuern) sind nicht zulässig.

§ 73 c

Zeitpunkt des Zufließens im Sinn des § 50 a Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes

Die Aufsichtsratsvergütungen oder die Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes fließen dem Gläubiger zu

1. im Fall der Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift:
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift;
2. im Fall der Hinausschiebung der Zahlung wegen vorübergehender Zahlungsunfähigkeit des Schuldners:
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift;
3. im Fall der Gewährung von Vorschüssen:
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift der Vorschüsse.

§ 73 d

Aufzeichnungen, Steueraufsicht

(1) Der Schuldner der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes (Schuldner) hat besondere Aufzeichnungen zu führen. Aus den Aufzeichnungen müssen ersichtlich sein:

1. Name und Wohnung des beschränkt steuerpflichtigen Gläubigers (Steuerschuldners),
2. Höhe der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen in Deutscher Mark,
3. Tag, an dem die Aufsichtsratsvergütungen oder die Vergütungen dem Steuerschuldner zugeflossen sind,
4. Höhe und Zeitpunkt der Abführung der einbehaltenen Steuer.

(2) Bei der Veranlagung des Schuldners zur Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) und bei örtlichen Prüfungen (Betriebsprüfungen usw.), die bei

dem Schuldner vorgenommen werden, ist auch zu prüfen, ob die Steuern ordnungsmäßig einbehalten und abgeführt worden sind.

§ 73e

Abführung und Anmeldung der Aufsichtsratssteuer und der Steuer von Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes (§ 50a Abs. 5 des Gesetzes)

Der Schuldner hat die innerhalb eines Kalender- vierteljahrs einbehaltene Aufsichtsratssteuer oder die Steuer von Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes unter der Bezeichnung „Steuer- abzug von Aufsichtsratsvergütungen“ oder „Steuer- abzug von Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes“ jeweils bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr folgenden Monats an das für seine Besteuerung nach dem Einkommen zuständige Finanzamt (Finanzkasse) abzuführen; ist der Schuldner keine Körperschaft und stimmen Betriebs- und Wohnsitzfinanzamt nicht überein, so ist die einbehaltene Steuer an das Betriebsfinanzamt abzuführen. Bis zum gleichen Zeitpunkt hat der Schuldner dem nach Satz 1 zuständigen Finanzamt eine Anmeldung über die Höhe der Aufsichtsrats- vergütungen oder der Vergütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes und die Höhe des Steuer- abzugs zu übersenden. Die Anmeldung muß vom Schuldner oder von einem zu seiner Vertretung Be- rechtigten unterschrieben sein.

§ 73f

Steuerabzug in den Fällen des § 50a Abs. 6 des Gesetzes

Der Schuldner der Vergütungen für die Nutzung oder das Recht auf Nutzung von Urheberrechten im Sinn des § 50a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes braucht den Steuerabzug nicht vorzunehmen, wenn er diese Vergütungen auf Grund eines Überein- kommens nicht an den beschränkt steuerpflichtigen Gläubiger (Steuerschuldner), sondern an die Gesell- schaft für musikalische Aufführungs- und mechani- sche Vervielfältigungsrechte (Gema) oder an einen anderen Rechtsträger abführt und die obersten Fi- nanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bun- desministers der Finanzen einwilligen, daß dieser andere Rechtsträger an die Stelle des Schuldners tritt. In diesem Fall hat die Gema oder der andere Rechtsträger den Steuerabzug vorzunehmen; § 50a Abs. 5 des Gesetzes sowie §§ 73d und 73e gelten entsprechend.

§ 73g

Haftungsbescheid

(1) Ist die Steuer nicht ordnungsmäßig einbehal- ten oder abgeführt, so hat das Finanzamt von dem Schuldner, in den Fällen des § 73f von dem dort bezeichneten Rechtsträger, oder von dem Steuer- schuldner die Steuer durch Haftungsbescheid anzu- fordern.

(2) Der Zustellung des Haftungsbescheids an den Schuldner bedarf es nicht, wenn der Schuldner die einbehaltene Steuer dem Finanzamt ordnungsmäßig

angemeldet hat (§ 73e) oder wenn er vor dem Finanzamt oder einem Prüfungsbeamten des Finanz- amts seine Verpflichtung zur Zahlung der Steuer schriftlich anerkannt hat.

§ 73h

Besonderheiten im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen

Ergibt sich aus einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, daß unter bestimmten Vor- aussetzungen Aufsichtsratsvergütungen oder Ver- gütungen im Sinn des § 50a Abs. 4 des Gesetzes nicht oder nur nach einem vom Gesetz abweichenden niedrigeren Steuersatz besteuert werden kön- nen, so darf der Schuldner den Steuerabzug nur unterlassen oder nach dem niedrigeren Steuersatz vornehmen, wenn das nach § 73e zuständige Finanzamt bescheinigt, daß die Voraussetzungen für die Nichterhebung der Abzugsteuer oder die Erhebung der Abzugsteuer nach dem niedrigeren Steuersatz vorliegen. Die Bescheinigung des Finanz- amts ist als Beleg zu den Aufzeichnungen im Sinn des § 73d aufzubewahren.

§ 73i

Abgeltung nach § 50 Abs. 4 des Gesetzes

Die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) für die in § 50a Abs. 1 und 4 des Gesetzes bezeichneten Einkünfte gilt durch den Steuerabzug als abgelo- tet, wenn die Einkünfte nicht Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind.

Zu § 51 des Gesetzes

§ 74

Rücklage für Preissteigerung

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 des Ge- setzes ermitteln, können für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, halbfertigen Erzeugnisse, fertigen Er- zeugnisse und Waren, die vertretbare Wirtschaftsgüter sind und deren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des Wirt- schaftsjahrs gegenüber dem Börsen- oder Markt- preis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des vor- angegangenen Wirtschaftsjahrs um mehr als 10 vom Hundert gestiegen ist, im Wirtschaftsjahr der Preissteigerung eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage für Preissteigerung nach Maß- gabe der Absätze 2 bis 4 bilden.

(2) Zur Errechnung der Rücklage für Preissteige- rung ist der Vomhundertsatz zu ermitteln, um den der Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungs- preis) der Wirtschaftsgüter im Sinn des Absatzes 1 am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs zuzüglich 10 vom Hundert dieses Preises niedriger ist als der Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaf- fungspreis) dieser Wirtschaftsgüter am Schluß des Wirtschaftsjahrs.

(3) Die Rücklage darf den steuerlichen Gewinn nur bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich bei Anwendung des nach Absatz 2 berechneten Vom- hundertsatzes auf die am Schluß des Wirtschaftsjahrs

in der Steuerbilanz ausgewiesenen und nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 Satz 1 des Gesetzes mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewerteten Wirtschaftsgüter im Sinn des Absatzes 1 ergibt. Ist ein Wirtschaftsgut im Sinn des Absatzes 1 am Schluß des Wirtschaftsjahrs in der Steuerbilanz niedriger als mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet worden, so darf die Rücklage den steuerlichen Gewinn bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich bei Anwendung des nach Absatz 2 berechneten Vomhundertsatzes auf den in der Steuerbilanz ausgewiesenen niedrigeren Wert ergibt. Liegt dieser Wert unter dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des Wirtschaftsjahrs, so kann eine Rücklage nicht gebildet werden.

(4) Für Wirtschaftsgüter, die sich am Schluß des Wirtschaftsjahrs im Zustand der Be- oder Verarbeitung befinden und für die ein Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) nicht vorhanden ist, sind die Absätze 1 bis 3 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Preissteigerung nach dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des nächsten Wirtschaftsguts zu berechnen ist, in das das im Zustand der Be- oder Verarbeitung befindliche Wirtschaftsgut eingeht und für das ein Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) vorliegt.

(5) Die Rücklage für Preissteigerung ist spätestens bis zum Ende des auf die Bildung folgenden sechsten Wirtschaftsjahrs gewinnerhöhend aufzulösen. Bei Eintritt wesentlicher Preissenkungen, die auf die Preissteigerungen im Sinn des Absatzes 1 folgen, kann eine Auflösung zu einem früheren Zeitpunkt bestimmt werden.

§ 75

Bewertungsfreiheit

für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens privater Krankenanstalten

(1) Steuerpflichtige, die eine im besonderen Maße der minderbemittelten Bevölkerung dienende private Krankenanstalt betreiben und die den Gewinn aus dem Betrieb dieser Anstalt auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können von den Aufwendungen für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Jahr neben den nach § 7 des Gesetzes von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, höchstens jedoch für alle in Betracht kommenden Wirtschaftsgüter bis zu 100 000 Deutsche Mark jährlich. In den folgenden Jahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

(2) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können für die Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1961 angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(3) Eine Krankenanstalt dient in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung, wenn die Voraussetzungen des § 10 Abs. 2 oder 3 der Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592) erfüllt sind.

(4) Hat der Steuerpflichtige keine Konzession zum Betrieb der Krankenanstalt, so ist Absatz 1 nicht anzuwenden, es sei denn, daß die Krankenanstalt in einem Gebiet betrieben wird, in dem die Konzession nicht erforderlich ist.

(5) § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 76

Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln

(1) Land- und Forstwirte, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können von den Aufwendungen für die in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. In den folgenden Jahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

(2) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können für die Wirtschaftsgüter und für die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern vorgenommen werden, die in der Zeit vom Beginn des Wirtschaftsjahrs 1954/55 bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs 1960/61 angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen. Dabei ist für die unbeweglichen

Wirtschaftsgüter und für die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern von einer höchstens 30jährigen Nutzungsdauer auszugehen.

(3) Die Abschreibungen nach Absatz 1 dürfen insgesamt 50 vom Hundert des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nicht übersteigen, der sich vor Berücksichtigung der Abschreibungen ergibt.

(4) Die beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind in ein besonderes, laufend zu führendes Verzeichnis aufzunehmen, das den Tag der Anschaffung oder Herstellung, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die Absetzungen für Abnutzung und die Abschreibungen zu enthalten hat.

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 sind bei der Berechnung der in § 161 Abs. 1 Ziff. 1 Buchstabe e der Reichsabgabenordnung bezeichneten Grenze nicht zu berücksichtigen.

(6) § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 77

Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, die den Gewinn nicht auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln

(1) Land- und Forstwirte, die nicht zur Buchführung verpflichtet sind und Bücher nicht oder nicht ordnungsmäßig führen und deren Gewinn nicht nach der Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juni 1949 — VOL — (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 95)¹⁾ ermittelt wird, können bei Anschaffung oder Herstellung der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern bis zur Höhe von insgesamt 25 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern bis zur Höhe von insgesamt 15 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vom Gewinn abziehen.

(2) Der Abzug nach Absatz 1 kann für die beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und für die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern vorgenommen werden, die in der Zeit vom Beginn des Wirtschaftsjahrs 1954/55 bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs 1960/61 angeschafft oder hergestellt werden.

(3) Der nach Absatz 1 abzuziehende Betrag darf 50 vom Hundert des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nicht übersteigen, der sich vor Abzug dieses Betrags ergibt.

(4) § 14 Abs. 1 und § 76 Abs. 5 gelten entsprechend.

§ 78

Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, deren Gewinn nach Durchschnittssätzen zu ermitteln ist

(1) Land- und Forstwirte, deren Gewinn nach der Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juni 1949 — VOL — (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 95)¹⁾ zu ermitteln ist, können vorbehaltlich des Absatzes 2 bei Anschaffung oder Herstellung der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern 25 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern 15 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von dem nach der bezeichneten Verordnung ermittelten Gewinn abziehen. Der Abzug nach Satz 1 darf insgesamt 1 000 Deutsche Mark nicht übersteigen und nicht zu einem Verlust aus Land- und Forstwirtschaft führen.

(2) Bei Land- und Forstwirten, deren Einkommensteuer nach § 10 der in Absatz 1 bezeichneten Verordnung für mehrere Jahre festgesetzt wird, sind die Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern in der Weise zu berücksichtigen, daß die Einkommensteuer für das Kalenderjahr, in dem das Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung endet, um 10 vom Hundert dieser Aufwendungen, höchstens um 200 Deutsche Mark ermäßigt wird.

(3) Der Abzug nach Absatz 1 oder die Ermäßigung nach Absatz 2 kann für die Wirtschaftsgüter vorgenommen werden, die in der Zeit vom Beginn des Wirtschaftsjahrs 1954/55 bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs 1960/61 angeschafft oder hergestellt werden.

(4) § 14 Abs. 1 gilt entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 gilt auch § 76 Abs. 5 entsprechend.

§ 79

Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei abnutzbaren

¹⁾ Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1131.

Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, Schädigungen durch Abwässer zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern,
2. die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich ist und
3. die für die Wasserwirtschaft zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle das Vorliegen der Voraussetzungen der Ziffern 1 und 2 bescheinigt.

(3) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei Hingabe eines Zuschusses zur Finanzierung der Anschaffung oder Herstellung von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens im Sinn des Absatzes 2 unter den Voraussetzungen des Absatzes 4 bei dem durch den Zuschuß erworbenen Wirtschaftsgut im Wirtschaftsjahr der Hingabe und in dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert des Zuschusses vornehmen. Absatz 1 Satz 2 ist anzuwenden.

(4) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 3 ist, daß

1. der Steuerpflichtige den Zuschuß zum Zweck der Mitbenutzung der in Absatz 2 bezeichneten Wirtschaftsgüter gibt und
2. der Empfänger den Zuschuß unverzüglich und unmittelbar zur Anschaffung oder Herstellung dieser Wirtschaftsgüter verwendet und diese Verwendung und das Vorliegen einer Bescheinigung im Sinn des Absatzes 2 Ziff. 3 dem Steuerpflichtigen bestätigt.

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können bei Wirtschaftsgütern in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1960 angeschafft oder hergestellt werden. Die Abschreibungen nach Absatz 3 können

bei Zuschüssen in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1960 gegeben werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 oder Absatz 3 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(6) Bei Wirtschaftsgütern, die mit Zuschüssen im Sinn des Absatzes 3 angeschafft oder hergestellt worden sind, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um den Betrag dieser Zuschüsse anzusetzen.

§ 80

Bewertungsabschlag für bestimmte Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 des Gesetzes ermitteln, können die in der Anlage 3 oder in der Anlage 4 zu dieser Verordnung bezeichneten Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens statt mit dem sich nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes ergebenden Wert mit einem niedrigeren Wert ansetzen, und zwar

1. die in der Anlage 3 bezeichneten Wirtschaftsgüter mit einem Wert, der bis zu 20 vom Hundert,
2. die in der Anlage 4 bezeichneten Wirtschaftsgüter mit einem Wert, der bei dem Mehrbestand an diesen Wirtschaftsgütern bis zu 30 vom Hundert und bei dem übrigen Bestand bis zu 20 vom Hundert

unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des Bilanzstichtags liegt.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. das Wirtschaftsgut im Ausland erzeugt oder hergestellt worden ist,
2. das Wirtschaftsgut nach der Anschaffung nicht bearbeitet oder verarbeitet worden ist,
3. das Land Berlin für das Wirtschaftsgut nicht vertraglich das mit der Einlagerung verbundene Preisrisiko übernommen hat und
4. das Wirtschaftsgut sich am Bilanzstichtag im Geltungsbereich des Gesetzes oder im Saarland befunden hat; im Fall der Inanspruchnahme des Bewertungsabschlages nach Absatz 1 Ziff. 1 genügt es auch, wenn sich das Wirtschaftsgut zwar am Bilanzstichtag noch nicht in den bezeichneten Gebieten befunden hat, jedoch nachweislich zur Einfuhr in diese Gebiete bestimmt gewesen ist. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn sich das Wirtschaftsgut spätestens neun Monate nach dem Bilanzstichtag im Geltungsbereich des Gesetzes oder im Saarland befindet.

Ob eine Bearbeitung oder Verarbeitung im Sinn der Ziffer 2 vorliegt, bestimmt sich nach § 12 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz.

setz. Die nach § 22 oder nach § 29 Abs. 1 Ziff. 4 in Verbindung mit § 30 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz besonders zugelassenen Bearbeitungen und Verarbeitungen schließen die Anwendung des Absatzes 1 nicht aus, es sei denn, daß durch die Bearbeitung oder die Verarbeitung ein Wirtschaftsgut entsteht, das nicht in der Anlage 3 oder in der Anlage 4 aufgeführt ist.

(3) Mehrbestand im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2 ist die mengenmäßige Erhöhung der Bestände an den in der Anlage 4 bezeichneten Wirtschaftsgütern am Schluß des Wirtschaftsjahrs (Bilanzstichtag) gegenüber den Beständen an den in der Anlage 4 bezeichneten Wirtschaftsgütern am Schluß des ersten nach dem 30. September 1955 endenden Wirtschaftsjahrs (Vergleichsstichtag), die nach Abzug etwaiger bei diesen Wirtschaftsgütern eingetretener mengenmäßiger Bestandsminderungen verbleibt. Die mengenmäßigen Bestandsänderungen am Bilanzstichtag gegenüber dem Vergleichsstichtag sind dabei für Wirtschaftsgüter nicht gleicher Art und Güte getrennt zu ermitteln. Der Abzug der Bestandsminderungen ist in der Weise durchzuführen, daß bei den Bestandserhöhungen die Mengen abzusetzen sind, die dem Wert der Bestandsminderungen entsprechen; dabei sind die Wirtschaftsgüter mit dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Bilanzstichtag zu bewerten. Bei der Ermittlung des Mehrbestands im Sinn des Satzes 1 sind nur Wirtschaftsgüter zu berücksichtigen, die sich im Geltungsbereich des Gesetzes oder im Saarland befunden haben.

(4) Der Wertansatz nach Absatz 1 Ziff. 2 ist nur in Wirtschaftsjahren zulässig, die vor dem 1. Januar 1962 enden.

§ 81

Bewertungsfreiheit für bestimmte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Kohlen- und Erzbergbau

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen die in den Absätzen 2 bis 4 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen, im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier folgenden Wirtschaftsjahren neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. § 14 Abs. 1 gilt entsprechend. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Satz 1 in Anspruch genommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist,

1. daß die Wirtschaftsgüter
 - a) im Tiefbaubetrieb des Steinkohlen-, Pechkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbaues
 - aa) für die Errichtung von neuen Förderschachtanlagen, auch in der Form von Anschlußschachtanlagen,
 - bb) für die Errichtung von neuen Schächten in Verbindung mit Aufschlußarbeiten unter Tage,
 - cc) für die Zusammenfassung von mehreren Förderschachtanlagen zu einer einheitlichen Förderschachtanlage oder
 - dd) für den Wiederaufschluß stillliegender Grubenfelder und Feldesteile,
 - b) im Tagebaubetrieb des Braunkohlen- und Erzbergbaues für die Erschließung neuer Tagebaue und beim Übergang zum Tieftagebau für die Freilegung und Gewinnung der Lagerstätte

angeschafft oder hergestellt werden,

2. daß mit der Durchführung der in Ziffer 1 bezeichneten Vorhaben vor dem 1. Januar 1961 begonnen und
3. daß die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben von der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft bescheinigt worden ist.

(3) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können nur in Anspruch genommen werden

1. in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe a
bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens unter Tage und bei den in der Anlage 5 zu dieser Verordnung bezeichneten Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens über Tage,
2. in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe b
bei den in der Anlage 6 zu dieser Verordnung bezeichneten Wirtschaftsgütern des beweglichen Anlagevermögens,

die nach dem 31. Dezember 1955 ganz oder zum Teil angeschafft oder hergestellt werden. Sie können nur für den Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Anspruch genommen werden, der nach dem 31. Dezember 1951 entstanden ist. Bei Wirtschaftsgütern, für die von der Abschreibungsfreiheit nach § 36 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft Gebrauch gemacht worden ist, sind Abschreibungen nach Absatz 1 nur insoweit zulässig, als sie zusammen mit den Abschreibungen nach § 36 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft die in Absatz 1 Ziff. 1 und 2 bezeichneten Vomhundertsätze nicht übersteigen.

(4) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können nicht mehr in Anspruch genommen werden für Wirtschaftsgüter, die

1. in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe a Doppelbuchstaben aa und dd für die Errichtung von neuen Förderschachtanlagen, jedoch nicht in der Form von Anschlußschachtanlagen, nach dem 31. Dezember 1970 und
2. in den übrigen Fällen nach dem 31. Dezember 1965

angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern, die nach den in den Ziffern 1 und 2 bezeichneten Stichtagen angeschafft oder hergestellt werden, können die Abschreibungen von den vor diesen Stichtagen aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilherstellungskosten vorgenommen werden.

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Teilherstellungskosten im Wirtschaftsjahr der Anzahlung oder Teilherstellung und den vier folgenden Wirtschaftsjahren in Anspruch genommen werden. Die Summe der Abschreibungen auf ein Wirtschaftsgut darf jedoch in diesem Fall nicht höher sein als die Summe der Abschreibungen, die nach Absatz 1 im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier folgenden Wirtschaftsjahren zulässig gewesen wären.

(6) Bei den in Absatz 2 Ziff. 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben können die nach dem 31. Dezember 1955 und vor dem 1. Januar 1966 aufgewendeten Kosten für den Vorabraum bis zu 50 vom Hundert als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben behandelt werden.

§ 82

Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Verunreinigung der Luft

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung bis zu insgesamt 50 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abschreiben. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, die Verunreinigung der Luft zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern,
2. die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich ist und

3. die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle das Vorliegen der Voraussetzungen der Ziffern 1 und 2 bescheinigt.

(3) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können bei Wirtschaftsgütern in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1960 angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(4) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können nicht in Anspruch genommen werden für Wirtschaftsgüter, die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebstätten angeschafft oder hergestellt werden.

§ 82 a

Erhöhte Absetzungen von Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden

(1) Der Steuerpflichtige kann neben den Absetzungen für Abnutzung für das Gebäude von den Herstellungskosten, die für den Einbau der in der Anlage 7 zu dieser Verordnung bezeichneten Anlagen und Einrichtungen bei einem nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Gebäude aufgewendet worden sind, an Stelle der nach § 7 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu 10 vom Hundert absetzen. Nach Ablauf dieser zehn Jahre bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung für den noch vorhandenen Restwert nach der Restnutzungsdauer des Gebäudes. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der erhöhten Absetzungen ist, daß

1. das Gebäude vor dem 21. Juni 1948 hergestellt worden ist und
2. die Grundfläche der Wohnzwecken dienenden Räume des Gebäudes mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche beträgt.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 bei der Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus gilt § 15 Abs. 3 entsprechend.

(3) Steht das Gebäude im Eigentum mehrerer Personen, so sind die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Herstellungskosten von allen Eigentümern mit einem einheitlichen Vomhundertsatz abzusetzen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auf Herstellungskosten für den Einbau von Anlagen und Einrichtungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1957 und vor dem 1. Januar 1963 fertiggestellt werden.

(5) § 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

Zu § 52 des Gesetzes

§ 83

Weitergeltung des § 33 a des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953

(1) Die Voraussetzungen für die Gewährung eines Freibetrags nach § 33 a Abs. 1 des Gesetzes in

der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) sind bei einem Steuerpflichtigen in dem Kalenderjahr eingetreten, in dem er als unbeschränkt Steuerpflichtiger erstmals zu den in dieser Vorschrift bezeichneten Personengruppen gehört hat.

(2) In den Fällen, in denen § 33 a Abs. 1 und 2 und § 41 Abs. 1 Ziff. 5 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 auch weiterhin gelten, ist § 51 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1953) vom 31. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 67) weiter anzuwenden.

Schlußvorschriften

§ 84

Geltungsbereich

(1) Die vorstehende Fassung dieser Verordnung ist vorbehaltlich der Regelung in den Absätzen 2 bis 8 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1958 anzuwenden.

(2) Die Vorschriften des § 68 b Ziff. 2 und Ziff. 4 Buchstabe b sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1957 anzuwenden.

(3) Die Vorschriften der §§ 11 a und 11 b sowie Anlage 5 Ziff. 3 sind erstmals auf Wirtschaftsgüter anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1957 angeschafft oder hergestellt worden sind.

(4) Die Vorschriften des § 49 sind erstmals auf Ausgaben anzuwenden, die nach dem 23. Juni 1958 geleistet worden sind.

(5) Die Vorschriften des § 80, die Anlage 1 Ziff. 5 und 7 sowie die Anlage 2 Abschnitt A Ziff. 3 sind erstmals auf Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1958 enden.

(6) Die Vorschriften der §§ 73 a bis 73 i sind erstmals auf Vergütungen anzuwenden, die den Aufsichtsratsmitgliedern oder Gläubigern nach dem 31. Dezember 1958 zufließen.

(7) Die Vorschriften des § 9 sind erstmals auf Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1959 enden.

(8) Die Vorschriften der §§ 43 und 44 sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1959 anzuwenden; die Vorschriften der §§ 32 bis 43 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1956/57) in der Fassung vom 26. April 1958 (Bundesgesetzbl. 1958 I S. 306) sind letztmals für den Veranlagungszeitraum 1958 anzuwenden.

§ 85

Anwendung im Land Berlin

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 15 des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473) auch im Land Berlin.

§ 86

Nichtanwendung im Saarland

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung gilt nicht im Saarland.

Anlage 1
(Zu §§ 76 bis 78)

Verzeichnis
der Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens
im Sinn des § 76 Abs. 1 Ziff. 1, des § 77 Abs. 1 Ziff. 1
und des § 78 Abs. 1 und 2

1. Ackerschlepper (auch Geräteträger) und Einachsschlepper, Einbau- und Anhängemaschinen und Anhängegeräte
2. Mit Aufbaumotoren versehene Maschinen und Geräte zur Bodenbearbeitung und Pflanzenpflege
3. Schlepper und Motorseilwinden und die zugehörigen Arbeitsmaschinen und -geräte für Obst-, Garten- und Weinbau und Forstwirtschaft, Motorseilwinden auch für Landwirtschaft
4. Mähdrescher (einschl. Zusatzgeräte), Zusatzgeräte zu Dreschmaschinen für den Erntehofdrusch, Feldhäcksler, Sammelpressen und Vielfachgeräte zur Heuwerbung
5. Maschinen, Geräte und Vorrichtungen zur Bekämpfung von Schädlingen und Frostschäden
6. Pflanz- und Legemaschinen
7. Vorrats- und Sammelerntemaschinen für Hackfrüchte, Hopfen und Gemüse
8. Maschinen zur Verteilung von Stall- und Handelsdünger
9. Gummibereifte Wagen und Triebachsanhänger
10. Maschinen zur Sortierung und Aufbereitung
11. Maschinen und Geräte zur Erdaufbereitung einschließlich Dämpfer und Erdtopfpresen
12. Kelttern, Pressen und Filtriergeräte
13. Maschinen und Vorrichtungen zur Flaschenabfüllung im Obst- und Weinbau
14. Gär- und Lagertanks
15. Transportable Motorsägen mit Vergasermotor
16. Kulturzäune in der Forstwirtschaft
17. Fördereinrichtungen (mechanische und pneumatische) einschließlich der erforderlichen baulichen Anlagen
18. Siloanlagen für Futter
19. Trocknungsanlagen und -einrichtungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse
20. Melkmaschinen, Weidemelk- und Melkstandanlagen
21. Kühlanlagen zur Erhaltung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen
22. Be- und Entwässerungsanlagen, Grabenzieh- und Räummaschinen und bewegliche Pumpen
23. Maschinelle Einrichtungen zu Gülle- und Jaucheanlagen
24. Entrappungsmaschinen
25. Gewächshäuser und Frühbeetanlagen einschließlich Heizungs- und Belichtungseinrichtungen
26. Getreidesilos im Zusammenhang mit der Haltung von Mähdreschern
27. Gärfutterbehälter
28. Dungstätten, Jauchegruben, Gülleanlagen und Mistilos
29. Schattenhallen, Überwinterungsräume und Vorkeimräume
30. Wasserversorgungsanlagen (Pumpen, Rohrleitungen und ähnliche Anlagen)
31. Elektrische Anlagen und Geräte, die ihrer Art nach ausschließlich land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen können

wenn sie Betriebs-
vorrichtungen sind¹⁾

¹⁾ Vgl. auch Anlage 2 Abschnitt C Buchstaben a bis c und Abschnitt D Ziff. 1 Buchstaben a und b.

Verzeichnis
der Wirtschaftsgebäude und Um- und Ausbauten an Wirtschaftsgebäuden im Sinn des § 76 Abs. 1 Ziff. 2, des § 77 Abs. 1 Ziff. 2 und des § 78 Abs. 1 und 2

A. Baumaßnahmen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

1. Trennung der Reagenten von den Nichtreagenten bei der Tuberkulose- und Brucellosebekämpfung
 - a) Einbau von Trennwänden in Rindviehställen
 - b) Umbau von Einraumställen zu Mehrraumställen
 - c) Einbau von Jungviehlaufställen in vorhandene Gebäude (z. B. in Scheunen)
2. Verbesserung der Stallgebäude
 - a) Einbau größerer Fenster
 - b) Einbau von üblichen Lüftungsvorrichtungen
 - c) Verbesserung des Wärmeschutzes der Wände, Decken und Fußböden
3. Neubau von Ställen

B. Baumaßnahmen im Rahmen der Technisierung und Rationalisierung der Innenwirtschaft

1. Verstärkung der Decken in Wirtschaftsgebäuden zu Lagerzwecken
2. Neubau, Anbau und Einbau von Melkständen und Milchkammeranlagen
3. Einbau von Trocknungs-, Kühl- und Gefrieranlagen
4. Neubau, Umbau und Einbau von Maschinenschuppen, Schleppergaragen und Treibstofflagern
5. Errichtung oder Umbau von Wirtschaftsküchen

C. Baumaßnahmen zur Verminderung der Lagerungsverluste landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Errichtung von

- | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|---------------------------------------------------------|
| <ol style="list-style-type: none"> a) Getreidesilos oder Schüttböden im Zusammenhang mit der Haltung von Mähdreschern b) Gärfutterbehältern c) Dungställen, Jauchegruben, Gülleanlagen und Mistsilos | } | wenn sie nicht Betriebsvorrichtungen sind ¹⁾ |
| <ol style="list-style-type: none"> d) Düngerschuppen e) Baulichkeiten zur Lagerung von Gemüse, Obst und Kartoffeln einschließlich Sortier- und Verpackungsräumen | | |

D. Sonstige Baumaßnahmen

1. Errichtung von
 - a) Schattenhallen, Überwinterungsräumen und Vorkeimräumen
 - b) Gewächshäusern einschließlich Heizungs- und Belichtungseinrichtungen
 - c) Waldarbeiter- und Geräteschutzhütten
 - d) Weinberghütten
2. Ausbau von Räumen zur Aufnahme einer sterilen Abfüllanlage im Obst- und Weinbau
3. Neubau, Umbau und Ausbau von Kelterschuppen

¹⁾ Vgl. auch Anlage 1 Ziff. 25 bis 29.

Verzeichnis
der Wirtschaftsgüter im Sinn des § 80 Abs. 1 Ziff. 1

1. Eiprodukte
2. Haare, Borsten, Därme, Bettfedern und Daunen; Meerschwämme
3. Hülsenfrüchte, Reis
4. Trockenfrüchte, Schalenfrüchte, Gewürze, konservierte Südfrüchte und Säfte aus Südfrüchten
5. Rohkaffee, Rohkakao, Tee, Mate
6. Tierische und rohe pflanzliche Öle und Fette sowie Olsaaten und Ölfrüchte, Ölkuchen, Ölkuchenmehle und Extraktionsschrote; Fettsäuren, Rohglyzerin
7. Rohdrogen, ätherische Öle
8. Wachse, Paraffine
9. Rohtabak
10. Asbest
11. Pflanzliche Gerbstoffe
12. Harze, Gummien, Terpentinöle und sonstige Lackrohstoffe; Kasein
13. Kautschuk, Balata und Guttapercha
14. Häute und Felle (auch für Pelzwerk)
15. Roh- und Schnittholz, Naturkork, Zellstoff, Linters (nicht spinnbar)
16. Muschelschalen, Steinnüsse, Naturhorn
17. Wolle (auch gewaschene Wolle und Kammzüge), andere Tierhaare, Baumwolle und Abfälle dieser Wirtschaftsgüter
18. Flachs, Ramie, Hanf, Jute, Sisal, Kokosgarne, Manila, Hartfasern und sonstige pflanzliche Spinnstoffe (einschließlich Kokosfasern), Werg und ver-spinnbare Abfälle dieser Wirtschaftsgüter
19. Polsterfasern (Kapok, Palmfaser [Crin d'Afrique], Polsterhede, Polsterwerg und Abfälle dieser Wirtschaftsgüter), pflanzliche Bürstenrohstoffe und Flechtrohstoffe (auch Stuhlrohr)
20. Seidengarne, Seidenkammzüge
21. Hadern und Lumpen
22. Uedle NE-Metalle, roh und deren Vormaterial einschließlich Alkali- und Erdalkalimetalle, Metalle der seltenen Erden, Quecksilber, metallhaltige Vorstoffe und Erze zur Herstellung von Ferrolegierungen, feuerfesten Erzeugnissen und chemischen Verbindungen; Silicium, Selen und seine Vorstoffe; Silber, Platin und deren Vorstoffe
23. Eisen- und Stahlschrott (einschließlich Schiffe zum Zerschlagen)
24. Bergkristalle sowie Edelsteine und Schmucksteine, roh oder einfach gesägt, gespalten oder angeschliffen, Pulver von Edelsteinen und Schmucksteinen, Perlen
25. Feldfuttersaaten, Gemüse- und Blumensaaten einschließlich Saatgut von Gemüsehülsenfrüchten
26. Fleischextrakte
27. Fischmehl, Fleischmehl, Blutmehl, Tapioka-(Cassava-, Manioka-)mehl
28. Sintermagnesit

Anlage 4
(Zu § 80 Abs. 1 Ziff. 2)

Verzeichnis
der Wirtschaftsgüter im Sinn des § 80 Abs. 1 Ziff. 2

1. Hülsenfrüchte, Reis
2. Tierische und rohe pflanzliche Öle und Fette sowie Olsaaten und Ölfrüchte, Ölkuchen und Extraktionsschrote; Fettsäuren, Rohglyzerin
3. Asbest, Glimmer, Industriediamanten
4. Harze, Gummen, Terpentinöle und sonstige natürliche Lackrohstoffe
5. Naturkautschuk
6. Häute und Felle (nicht für Pelzwerk)
7. Roh- und Schnittholz, Zellstoff
8. Textile Rohstoffe (Wolle [auch gewaschene Wolle und Kammzüge], andere Tierhaare, Baumwolle, Jute, Hanf, Flachs, Sisal und Manila)
9. Uedle NE-Metalle, roh und deren Vormaterial; Platin
10. Eisenerze, Abbrände; metallhaltige Vorstoffe und Erze zur Herstellung von Ferrolegierungen, feuerfesten Erzeugnissen und chemischen Verbindungen; Ferronickel; Eisen- und Stahlschrott
11. Hartgrießweizen (durum) und Qualitätsweizen, Industriegerste, Industriehafer und Industriemais
12. Kaolin
13. Schwefelkies
14. Bormineral
15. Rohphosphat
16. Zeitungsdruckpapier

Anlage 5
(Zu § 81 Abs. 3 Ziff. 1)

Verzeichnis
der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens über Tage
im Sinn des § 81 Abs. 3 Ziff. 1

Die Bewertungsfreiheit des § 81 kann im Tiefbaubetrieb des Steinkohlen-, Pechkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbaues für die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens über Tage in Anspruch genommen werden, die zu den folgenden, mit dem Grubenbetrieb unter Tage in unmittelbarem Zusammenhang stehenden, der Förderung, Seilfahrt und Wetterführung sowie der Aufbereitung des Minerals dienenden Anlagen und Einrichtungen gehören:

1. Förderanlagen und -einrichtungen einschließlich Schachthalle, Hängebank, Wagenumlauf und Verladeeinrichtungen sowie Anlagen der Berge- und Grubenholzwirtschaft
2. Anlagen und Einrichtungen der Wetterwirtschaft
3. Waschkauen sowie Einrichtungen der Grubenlampenwirtschaft, des Grubenrettungswesens und der Ersten Hilfe
4. Sieberei, Wäsche und sonstige Aufbereitungsanlagen; im Erzbergbau alle der Aufbereitung dienenden Anlagen sowie die Anlagen zum Rösten von Eisenerzen, wenn die Anlagen nicht zu einem Hüttenbetrieb gehören

Anlage 6
(Zu § 81 Abs. 3 Ziff. 2)

Verzeichnis
der Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens
im Sinn des § 81 Abs. 3 Ziff. 2

Die Bewertungsfreiheit des § 81 kann im Tagebaubetrieb des Braunkohlen- und Erzbergbaues für die folgenden Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens in Anspruch genommen werden:

1. Grubenaufschluß
2. Wirtschaftsgüter, die der Entwässerung der Lagerstätte dienen
3. Großgeräte, die der Lösung, Bewegung und Verkipfung der Abraummassen sowie der Förderung und Bewegung des Minerals dienen, soweit sie wegen ihrer besonderen, die Ablagerungs- und Größenverhältnisse des Tagebaubetriebs berücksichtigenden Konstruktion nur für diesen Tagebaubetrieb oder anschließend für andere begünstigte Tagebaubetriebe verwendet werden
4. Wirtschaftsgüter, die zu den Aufbereitungsanlagen im Erzbergbau gehören, wenn die Aufbereitungsanlagen nicht zu einem Hüttenbetrieb gehören

Anlage 7
(Zu § 82 a)

Verzeichnis
der Anlagen und Einrichtungen im Sinn des § 82 a Abs. 1

1. Wohnungsabschluß mit oder ohne Vorraum in der Wohnung
2. Kochraum mit Entlüftungsmöglichkeiten, Wasserzapfstelle und Spülbecken, Anschlußmöglichkeit für Kohle-, Gas- oder Elektroherd; entlüftbare Speisekammer oder entlüftbarer Speiseschrank
3. neuzeitliche sanitäre Anlagen
4. ein eingerichtetes Bad oder eine eingerichtete Dusche je Wohnung sowie Waschbecken
5. Anschlußmöglichkeit für Ofen oder gleichwertiges Heizgerät
6. elektrische Brennstellenanschlüsse und Steckdosen

**Fünfte Verordnung zur Ergänzung
der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes.**

Vom 6. März 1959.

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a des Feststellungsgesetzes in der Fassung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 12. Juli 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 403) und des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809) in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des Feststellungsgesetzes verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

**Ergänzung
des Verzeichnisses der Kreis-Hektarsätze**

Die Anlage (Verzeichnis der Kreis-Hektarsätze) zu § 2 Abs. 1 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes (3. Feststellungs-DV) vom 24. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 518) in der Fassung der Ersten Verordnung zur Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 17. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 809), der Dritten Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 19. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 161) und der Vierten Verordnung zur Änderung und Ergän-

zung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 15. April 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 217) wird entsprechend der beigefügten Anlage ergänzt.

§ 2

Anwendung im Land Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 44 des Feststellungsgesetzes, Artikel VI des Vierten und § 15 des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Nichtanwendung im Saarland

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom Inkrafttreten der 3. FeststellungsDV in Kraft.

Bonn, den 6. März 1959.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

		Anlage (zu § 1)	
		Kreis- Hektarsatz	Kreis- Hektarsatz
		RM	RM
Vertreibungsgebiet Estland			
Kreis			
Dorpat Landkreis	500	Utena	460
Dorpat Stadtkreis	680	Vilkaviskis	790
Fellin	610	Zarasai	460
Harrien	440	Vertreibungsgebiet Polen I	
Jerven	640	Kreis	
Osel	330	Hermannsbad	810
Pernau	410	Kalisch	730
Petschur	450	Konin	620
Reval Stadtkreis	500	Leipe	790
Walk	480	Litzmannstadt Landkreis	620
Werro	420	Litzmannstadt Stadtkreis	670
Wick	370	Mielau	410
Wierland	420	Plöhnen	600
Vertreibungsgebiet Lettland			
Kreis			
Abrehnen	440	Rippin	680
Bauske	660	Scharfenwiese	390
Dünaburg Landkreis	480	Schieratz	680
Dünaburg Stadtkreis	530	Sudauen	380
Goldingen	620	Tureck	610
Hasenpoth	670	Warthbrücken	740
Illuxt	500	Welungen	690
Jakobstadt	590	Vertreibungsgebiet Polen II	
Libau Landkreis	610	Kreis	
Libau Stadtkreis	610	Augustow	500
Ludsen	360	Baranowicze	600
Mitau Landkreis	670	Biala Podlaska	770
Mitau Stadtkreis	700	Bialystok	660
Modohn	640	Bielsk	520
Riga Landkreis	590	Bilgoraj	1000
Riga Stadtkreis	780	Blonie	980
Rositten	400	Braslaw	480
Talsen	570	Brzeziny	840
Tuckum	640	Dzisna	570
Walk	550	Garwolin	1180
Wenden	590	Grodno	590
Windau	560	Grojec	990
Wolmar	630	Ilza	860
Vertreibungsgebiet Litauen			
Kreis			
Alytus	440	Janow	1170
Birzai	700	Jendrzejow	910
Kaunas Landkreis	530	Kielce	710
Kaunas Stadtkreis	580	Konskie	620
Kedainiai	530	Kozienice	870
Kretinga	430	Krasnystaw	1200
Lazdijai	430	Lida	570
Mariampole	760	Lomscha (Lomza)	820
Mazeikiai	620	Lowitsch	980
Panevezys	690	Lubartow	860
Raseiniai	500	Lublin Landkreis	1150
Rokiskis	640	Lukow	700
Sakiai	550	Minsk	870
Siauliai Landkreis	670	Molodeczno	450
Siauliai Stadtkreis	710	Nieswicz	500
Taurage	480	Nowogrodek	880
Telsiai	480	Opatow	920
Trakiai	340	Opoczno	770
Ukmerge	460	Oszmiana	610
		Ostrow Maz.	870
		Petrikau	820
		Postawy	580
		Radom	760
		Radomsko	620
		Radzymin	780
		Radzyn	900

	Kreis- Hektarsatz RM		Kreis- Hektarsatz RM
Rawa Maz.	670	Wilna Stadtkreis	780
Sandomir	960	Wlodawa	870
Siedlce	980	Wloszczowa	630
Skierniewice	940	Wolkowysk	590
Slonim	620	Wolozyn	510
Sochatschew	1040	Wysokie Maz.	650
Sokolka	560	Zamosc	1130
Sokolow	790		
Stolpce	500		
Stopnica	900		
Swienciany	550	Gebiet der Heimatauskunftstelle für das Industriegebiet Ostoberschlesien	
Szczuczyn	560	Kreis	
Szczuczyn-Grajewo	650	Bielitz	1220
Tomaszow Lub.	1110	Krenau	800
Tschenstochau	640	Saybusch	760
Wengrow	900	Sosnowitz	810
Wilejka	490	Teschen	1120
Wilna Landkreis	640		

Verkündungen im Bundesanzeiger.

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündeten Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger		Tag des Inkraft- tretens
	Nr.	vom	
Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut. Vom 10. Februar 1959.	29	12. 2. 59	1. 7. 59
Dreizehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft. Vom 12. Februar 1959.	32	17. 2. 59	1. 1. 59
Verordnung Nr. 3/59 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt. Vom 14. Februar 1959.	34	19. 2. 59	Inkrafttreten gemäß § 4
Verordnung M Nr. 1/59 über Preise für Milch. Vom 16. Februar 1959.	36	21. 2. 59	1. 3. 59
Verordnung zur Änderung der Fernsprechordnung. Vom 19. Februar 1959.	36	21. 2. 59	1. 3. 59
Verordnung über die allgemeine Durchführung und die Nachprüfung der Bodennutzungserhebung 1959. Vom 23. Februar 1959.	38	25. 2. 59	26. 2. 59
Verordnung über die Führung der Grundbücher bei den Amtsgerichten Darmstadt, Dillenburg und Bad Nauheim. Vom 23. Februar 1959.	39	26. 2. 59	27. 2. 59
Verordnung TS Nr. 2/59 über Tarife für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen. Vom 23. Februar 1959.	39	26. 2. 59	2. 3. 59
Bekanntmachung der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen Münster und Hannover über die Schleusenbetriebszeiten auf den westdeutschen Kanälen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen Münster und Hannover. Vom 19. Februar 1959.	41	28. 2. 59	1. 3. 59

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II.

Laufender Bezug nur durch die Post. — Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr.

Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe DM 1,20 zuzüglich Versandgebühr DM 0,20.